

**BRANDENBURG BEWEGT UNS.
GEMEINSAM BEWEGEN WIR BRANDENBURG.
Programm zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg**



Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 14. September 2014 liegt es in Ihrer Hand, Bilanz zu ziehen und eine Entscheidung zu treffen: Sie bewerten die Arbeit aller Parteien im Landtag. Sie entscheiden, wer wie stark im nächsten Landtag vertreten ist – und damit auch über die nächste Landesregierung. Sie entscheiden: Stillstand oder Bewegung.

Mit dem vorliegenden Wahlprogramm machen wir Ihnen dazu ein Angebot, wie Brandenburg sich entwickeln soll. Wir werben um Sie – und möchten Sie mit fünf Argumenten überzeugen, uns Ihre Stimme zur Landtagswahl zu geben.

1. Wahlversprechen: Eingelöst! Grün bewegt was.

Wir haben zur letzten Landtagswahl im September 2009 versprochen, „eine gewichtige grüne Fraktion zu sein, die die Zukunftsfragen stellt und sich konstruktiv in die Erneuerung Brandenburgs einbringt. Die konsequent ihre Stimme für die ökologische Modernisierung unseres Landes und ein zukunftsfähiges Bildungssystem erhebt, eine Partei, die konsequent für die Ausweitung der demokratischen Rechte streitet.“ Für diese Aufgabe haben Sie uns 2009 nach 15 Jahren erstmals wieder in den Brandenburger Landtag gewählt. Wir haben diesen Auftrag ernst genommen und uns die Rolle als „Oppositionsführer“ (Märkische Allgemeine Zeitung) und „Motor der Opposition“ (rbb) hart erarbeitet.

Mit diesem Kurs haben wir, als kleinste Fraktion im Brandenburger Landtag, einiges bewegt: Die Ausschüsse im Landtag tagen inzwischen öffentlich und nicht mehr hinter verschlossenen Türen. Dass das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wurde, ist auch auf unseren energischen Einsatz zurückzuführen. Wir haben unsere Minderheitenrechte konsequent genutzt und eine Enquete-Kommission zur DDR-Aufarbeitung durchgesetzt. In der Enquete-Kommission zur Reform der Kommunal- und Landesverwaltung konnten wir verhindern, dass sich die SPD mit ihrer Forderung nach riesigen Einheitsgemeinden durchsetzt. Wir konnten den Anstoß geben, die Situation von Flüchtlingen in Brandenburg zu verbessern und das Verfahren zum Einleiten

von Volksbegehren zu vereinfachen. Damit konnte es erstmals in der Geschichte Brandenburgs zu einem erfolgreichen Volksbegehren (Nachtflugverbot am BER) kommen. Und auch dank unserer Initiative darf auf landeseigenen Flächen in Brandenburg keine Gentechnik angebaut werden – ein kleiner, aber wichtiger Erfolg.

Das alles war nur möglich, weil wir keine Blockade-Opposition sind: Als Konzeptpartei haben wir nicht nur kritisiert, was die Regierung falsch macht. Wir erkennen auch an, was gut ist – uns sind die Inhalte wichtig, nicht, von wem ein Antrag in den Landtag gebracht wird. Und wir entwickeln in vielen Politikfeldern Konzepte, wie es anders besser gehen könnte. Auch deshalb gelingt es uns, immer wieder für unsere Inhalte Mehrheiten zu erringen.

In den letzten fünf Jahren haben wir aus der Opposition heraus das Land bewegt und mitgestaltet. Wir haben viel geschafft, aber vieles steht noch auf der Tagesordnung! Damit Brandenburg sich weiter entwickelt, braucht es starke Bündnisgrüne. Für den Klimaschutz und die Energiewende. Für eine gute Landwirtschaft. Für die Zukunft unserer Kinder. Und dafür brauchen wir Sie. Mit Ihrer Stimme für Bündnis 90/Die Grünen bewegen Sie Brandenburg.

2. Unsere Vision von Brandenburg: ökologisch, gerecht, modern und weltoffen.

Wir werben um Ihre Stimme, um Brandenburg ökologischer, gerechter, moderner und weltoffener gestalten zu können. Wenn Sie bündnisgrün wählen, entscheiden Sie sich für mehr Lebensqualität. Dafür, dass in Brandenburg gesundes Essen auf dem Tisch kommt, nicht Pestizide oder Fleisch aus Massentierhaltung. Dafür, dass man auch am Flughafen BER nachts schlafen kann, dass auch auf dem Land Bus, Bahn und Ruftaxi fahren. Dafür, dass kein Brandenburger Dorf mehr den Braunkohlebaggern zum Opfer fällt und die Städte und Dörfer selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Sie stimmen dafür, dass unsere Enkel die Feldlerche noch hören können, und wir ihnen die Spree sauber – statt von den Tagebauen verdreckt – hinterlassen. Sie wählen vorbeugenden Hochwasserschutz statt Gummistiefel-Politiker auf den Deichen und immer teurerer Reparaturmaßnahmen. In unserer Vision von einem nachhaltigen Brandenburg profitieren die Menschen vor Ort von der Energiewende, entstehen in der grünen Industrie mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze, ist Energie auch morgen noch für alle bezahlbar. Wir wollen eine ökologische Landwirtschaft in Brandenburg, mehr regionale Strukturen, eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und einen starken Mittelstand.

Wir werben um Ihre Stimme für ein Brandenburg, in dem alle Kinder und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen haben. Ein Land, in dem in Köpfe, nicht nur in Beton investiert wird. In dem die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas mehr Zeit haben für die Kinder und in dem die Schule Spaß macht. Ein Land mit guter Ausbildung an Hochschulen und in der Wirtschaft.

Unser Brandenburg ist ein solidarisches Land, in dem alle ihren Platz finden und Armut bekämpft wird. In dem niemand auf Grund von Herkunft oder sexueller Orientierung, Alter oder Religion, Geschlecht oder Behinderung diskriminiert oder ausgegrenzt wird. Ein Brandenburg, in dem Frauen und Männer in Parlamenten und in Führungspositionen gleichberechtigt vertreten sind. Mit einem Gesundheitssystem, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt und mit dem man bis ins hohe Alter gut leben kann.

Unser Brandenburg soll ein modernes Land werden, in dem die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger da ist, nicht umgekehrt. Ein Land mit schnellem Internet und digitaler Teilhabe für alle Menschen, bei dem Freiheit und Bürgerrechte auch im Netz gelten – ohne Schnüffelei durch den Staat. Ein Land mit einer vielfältigen, freien und kritischen Medienlandschaft. Unser Brandenburg hat lebenswerte Städte und lebendige Dörfer. Wir wollen ein weltoffenes, tolerantes und europäisches Brandenburg, mit guten Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn. Ein Land, das zu seiner globalen Verantwortung steht und Menschen, die verfolgt werden, gezielt aufnimmt und schützt.

Für all das, für unsere Vision von einem lebenswerten Brandenburg, werben wir um Ihre Stimme. Für eine Vision, die Sie entscheidend mitgestalten können.

3. Unser Auftrag: Ihr Recht auf mehr Mitbestimmung

Mit Ihrer Stimme für Bündnis 90/Die Grünen bekommen Sie mehr Mitbestimmung. Unsere Wurzeln liegen in der Bürgerbewegung. Wir setzen darauf, ganz Brandenburg zusammen mit den Menschen zu entwickeln. Wir nennen das „Politik des Ermöglichens“ und meinen damit: Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die ihr Leben vor Ort aktiv gestalten wollen. Es ist gut, wenn Eltern selbst eine Initiative für Kinderbetreuung gründen – noch besser ist es, wenn der Staat ihnen dabei zur Seite steht. Wir streiten dafür, dass Bürgerinnen und Bürger endlich auch bei Bauprojekten per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid mitreden können. Bei Volksinitiativen und Volksbegehren auf Landesebene wollen wir, dass Sie endlich

anders als bisher auch über Projekte mitbestimmen dürfen, die Geld kosten. Sie gestalten, wir schaffen den Rahmen mit fachkompetenter Begleitung. Das ist unser Angebot.

4. Wir vertreten Sie im Landtag.

Veränderung braucht auch die Unterstützung durch die Politik. Selbst als bisher kleinste Fraktion bestimmen unsere Themen oft die Tagesordnung des Landtags. Ohne uns Bündnisgrüne hätten die Themen Lärmschutz und Nachtflugverbot am neuen Flughafen BER im Landtag nur ein Schattendasein gefristet. Ohne uns wären Strategien zum Schutz unserer Lebensgrundlagen, der biologischen Vielfalt oder zur Förderung gentechnikfreier Regionen kaum diskutiert worden – von der CO₂-Verpressung in Ostbrandenburg bis zu der Frage, wie der Ausstieg aus der Braunkohle gestaltet werden kann. Ohne starke Grüne werden auch im nächsten Landtag Massentierhaltung, Fluglärm und die ländlichen Räume kein Thema sein.

Wir setzen die Themen auf die Tagesordnung, die sonst kaum Gehör finden: Freiräume für Jugendliche. Die Arbeit der Hebammen in Brandenburg. Die braune Spree. Die Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer. Die Rechte der sorbischen/wendischen Minderheit. Die Freiheit der Kunst. Der Erhalt alter Dorfkirchen und anderer Baudenkmäler. Schuldenfreie Haushalte. Und vieles mehr.

Damit wir Sie künftig noch stärker im Landtag vertreten können, bitten wir Sie um Ihre Stimme.

5. Grün wählen: Eine Frage des Stils.

Grüne Politik ist auch eine Stilfrage. Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen ist eine Stimme für echte Auseinandersetzungen in der Sache, mit Respekt und persönlicher Wertschätzung für den Menschen. Es ist eine Stimme für eine andere politische Kultur: Für den Dialog statt für Entscheidungen von oben, für lebendige Debatten und für die Suche nach kreativen Lösungen statt vorgefertigten Antworten. Und vor allem: für eine wertegeleitete Politik. Für Morgen.

Jetzt liegt die Entscheidung bei Ihnen. Wir bitten Sie: Bewegen Sie am 14. September 2014 mit Ihrer Stimme Brandenburg. Wählen Sie Bündnis 90/Die Grünen!

Inhalt

1.	Erhalten, was uns erhält: Für einen neuen Aufbruch im Natur- und Umweltschutz.....	6
2.	Neue Energie für Brandenburg	18
3.	Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für einen Kurswechsel in der Agrarpolitik!	25
4.	Gute Bildung – Mehr Qualität in Kita und Schule ermöglichen!	35
5.	Brandenburg auf neuen Wegen – Mobilität für alle Menschen	47
6.	Brandenburgs Kommunen: zukunftsfest, nachhaltig und bürgernah	57
7.	Mehr Demokratie für Brandenburg	64
8.	Anders Wirtschaften: ökologisch, demokratisch, sozial & fair	71
9.	Gute Arbeit für ein Leben in Würde	76
10.	Sparen und gestalten – Solide Finanzpolitik für Brandenburgs Zukunft	83
11.	Solidarisches und gerechtes Brandenburg: Teilhabe für alle ermöglichen!.....	89
12.	Innen- und Rechtspolitik: Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren	101
13.	Gesundheit für alle in Brandenburg fördern.....	107
14.	Brandenburgs Hochschulen in Hochform bringen	113
15.	Grüne Netz- und Medienpolitik: Freiheit im Internet und ein starker Medienstandort ..	123
16.	Kulturland Brandenburg: kreativ, offen und bunt.....	130
17.	Wir bringen Brandenburg in Bewegung: Sport für Alle	137
18.	Wir in Europa und der Einen Welt	141
	Index	

1. Erhalten, was uns erhält: Für einen neuen Aufbruch im Natur- und Umweltschutz

Einzigartige Landschaften, wunderbare Seen und Wälder und eine reiche Natur gehören zu Brandenburgs größten Schätzen. Sie bilden die Grundlage für ein gutes Leben aller Menschen. Doch Brandenburgs Naturerbe ist in Gefahr. Jede zweite Tier- und Pflanzenart steht auf der Roten Liste, jede zehnte droht auszusterben. Viele Ressourcen unserer Natur nutzen wir an der Grenze des Belastbaren, einige sogar weit darüber hinaus.

Mit verantwortlich dafür ist die halbherzige Umweltpolitik der Landesregierungen aus SPD, CDU und LINKEN. Sie hat dem Artensterben durch eine immer intensivere Land- und Forstwirtschaft tatenlos zugeschaut. Jahr für Jahr verschwinden viele Hektar Natur unter Beton und Asphalt. Tag für Tag landen Tonnen von Müll auf unseren Deponien. Brandenburgs Wasserhaushalt ist großflächig gestört, Hochwasser-Katastrophen und „Braune Spree“ sind nur zwei Stichworte hierzu.

Bündnis 90/Die Grünen treten dagegen für einen neuen Aufbruch in der Umweltpolitik Brandenburgs an. Die Menschen sollen sich auch in Zukunft an unserer vielfältigen Natur erfreuen können. Wir schützen Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen. Deshalb werden wir uns für den Erhalt der biologischen Vielfalt und für eine intakte Natur und Umwelt einsetzen sowie einen umweltverträglichen Tourismus in Brandenburg stärken.

Mit einem Konzept zum ökologischen Hochwasserschutz wollen wir die Risiken senken, dass neue Flutwellen unsere Siedlungen zerstören. Gegen die Verockerung der Spree brauchen wir weitere wirksame Maßnahmen. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sollen im Einklang mit der Natur erfolgen. Wir wollen artenreiche Kulturlandschaften, vielfältige und lebendige Mischwälder, saubere und naturnahe Gewässer schützen und entwickeln.

Weitere Informationen finden Sie in unserem Parteitagbeschluss „Für eine lebenswerte Zukunft, Brandenburgs wichtigste Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz“ (<http://gruenlink.de/pdr>) und zu unserer Landwirtschafts- und Verkehrspolitik in den entsprechenden Kapiteln dieses Wahlprogramms.

Artenvielfalt in Brandenburg sichern

Brandenburg muss seinen nationalen und internationalen Pflichten zum Erhalt der biologischen Vielfalt endlich nachkommen. Hierzu bringen wir eine ressortübergreifende Strategie auf den Weg: mit gezielten Maßnahmen für den Artenschutz, die auch die Begrenzung von gesetzlichen Ausnahmen beinhaltet, sowie mit verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplänen. Das Landschaftsprogramm und die untergeordneten Fachpläne sind zügig an die Vorgaben einer solchen Strategie anzupassen, ebenso an die Erkenntnisse der Klimafolgenforschung. Das Naturschutzgesetz wollen wir überarbeiten, damit es seinem Namen wieder zu Recht trägt.

Entscheidungen vorab auf ihre Umweltwirkungen prüfen

Wir fordern eine Nachhaltigkeitsprüfung für politische Entscheidungen – alle Landesgesetze sollen vorab darauf untersucht werden, ob sie den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden sowie nachhaltige Entwicklung nicht behindern. Der Erhalt der biologischen Vielfalt soll ein maßgebliches Kriterium solcher Prüfungen werden. Damit wollen wir die Belange des Natur- und Umweltschutzes stärker in andere Politikbereiche integrieren und ein Bewusstsein für die jeweiligen Wechselwirkungen schaffen.

Typisch Brandenburg: Lebensräume mit Charakter bewahren

Wir wollen den Verbund der Lebensräume in Brandenburg stärken und bestehende Konzepte zügig umsetzen. Hierzu zählen der Bau weiterer Grünbrücken und Kleintierdurchlässe an stark befahrenen Straßen. Lebensräume wie Hecken, Blühstreifen und Staudensäume wollen wir erhalten und neu schaffen. Unsere Bäume brauchen mehr Schutz, wenn wir sie der Nachwelt erhalten wollen. Vor allem wo sie unsere Landschaften, Städte und Dörfer prägen, werden wir Bäume besser gesetzlich schützen. Wir wollen die Alleen-Konzeption des Landes so überarbeiten, dass Alleen als typische Bestandteile unserer Kulturlandschaft und als Lebensräume eine Zukunft haben. Wir wollen, dass die Verkehrs- und Siedlungsplanung die Belange des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit integriert.

Mehr integrative Projekte im Naturschutz fördern

Das Artensterben in der Agrarlandschaft gehört zu den größten Herausforderungen für den Naturschutz der kommenden Jahre. Deshalb setzen wir uns für zielgenaue und verlässlich finanzierte Agrarumweltprogramme ein. Hier setzen wir vor allem auf integrative Projekte: auf neue Formen der Kooperation von Landnutzern und Naturschutz, auf Information, Dialog und auf eine bessere Beratung in der Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen verstärkt freiwillige vertragliche Vereinbarungen (Vertragsnaturschutz) abschließen und hierzu die Finanzmittel erhöhen. Weitere Informationen zu unseren umweltpolitischen Vorstellungen für die Landwirtschaft finden Sie im Kapitel Landwirtschaft.

Mehr Wildnis ist möglich - auf zwei Prozent der Landesfläche

Wir wollen Brandenburgs Naturschätze bewahren und mehren. Das bundesweite Ziel, für mindestens zwei Prozent der Landfläche Wildnis zu entwickeln, wollen wir effektiv umsetzen (Stand heute in Brandenburg: 0,8 Prozent). Dafür wollen wir vor allem Bergbaufolgelandschaften und ehemalige Truppenübungsplätze wie die Lieberoser Heide oder die Wittstock-Ruppiner Heide nutzen. Aber auch in den bestehenden Schutzgebieten, insbesondere den Biosphärenreservaten Spreewald und Elbe wollen wir den Anteil der Wildnisflächen erhöhen. Für den Nationalpark und die Naturparke müssen endlich die Kriterien der IUCN (International Union for Conservation of Nature) erfüllt werden. Die Wildnisgebiete möchten wir in geeigneter Weise möglichst vielen Menschen erlebbar machen. Deshalb unterstützen wir Projekte wie die geplante internationale Naturausstellung in der Lieberoser Heide.

Wolf, Biber, Kormoran, Kranich & Co gehören zu Brandenburg wie Sanssouci zu Potsdam. Es liegt in der Natur der Sache, dass wildlebende Tiere auch Probleme aufwerfen. Deshalb brauchen wir für Arten, die Konflikte beispielsweise mit der Landwirtschaft, dem Verkehr oder beim Bau verursachen können, besonders umfassende Beratungsangebote, weitere Forschung und mehr präventive Maßnahmen.

Durch die Erderwärmung und die Folgen der Globalisierung breiten sich bei uns neue Arten wie beispielsweise Waschbären oder Ambrosia aus, die zum Teil in unserem Ökosystem keine natürlichen Feinde haben. Dies kann für Mensch und Natur gravierende negative Folgen haben. Für solche invasiven Arten wollen daher wir ein umfassendes Monitoring einführen und bei Bedarf auch Gegenmaßnahmen ergreifen.

Landesweite Erfassung der Tier- und Pflanzenvorkommen

Der Naturschutz braucht ein fachlich gutes Monitoring. Wir fordern deshalb für die kommende Wahlperiode eine aktualisierte Bestandsaufnahme der Biotop-, Pflanzen- und Tiervorkommen. Damit sollen auch die teilweise veralteten Roten Listen Brandenburgs überarbeitet und notwendige Maßnahmen zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt abgeleitet werden. In diesem Zuge soll auch dokumentiert werden, welche „Klimaflüchtlinge“ bei Tieren und Pflanzen sich in Brandenburg ansiedeln. Wir wollen das Engagement und Fachwissen des ehrenamtlichen Naturschutzes in die Umweltbeobachtung integrieren.

Tiere haben Rechte – Tierschutz in Brandenburg stärken

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Sie verdienen einen respektvollen und ethisch verantwortbaren Umgang. Dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wurde, war ein großer Erfolg grüner Politik für den wir jahrelang hart gekämpft haben. Doch in der Praxis hat sich das bisher kaum ausgewirkt. Es gibt im Tierschutz erhebliche Vollzugsdefizite. Dies wollen wir ändern.

Die industrielle Tierhaltung in der Landwirtschaft und die Schlachtung offenbaren immer wieder erhebliche Defizite und teilweise unerträgliche Zustände (siehe Kapitel Landwirtschaft). Auch deshalb unterstützt Bündnis 90/Die Grünen die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“.

Weil Tiere ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen können, brauchen sie starke Anwälte. Hierfür werden wir das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände in Brandenburg einführen. Vorbild dafür soll das Klagerecht der anerkannten Naturschutzverbände sein. Weiterhin wollen wir in Brandenburg die Stelle einer/eines unabhängigen Landesbeauftragten für den Tierschutz einrichten. Die Tierschutzpädagogik wollen wir ausbauen. Entsprechende Projekte, zum Beispiel in den Jagd- und Fischereiverbänden oder durch die Träger von Tierheimen, werden wir unterstützen.

Bei Heimtieren gibt es oft massive Probleme bei der tiergerechten Haltung. Wir unterstützen deshalb ein bundesweites Heimtiergesetz, um Mindestanforderungen für Haltung, Zucht und Handel verbindlich zu regeln.

Die Zahl der Tierversuche steigt Jahr für Jahr. Wir Grüne setzen uns für eine deutliche Reduzierung und langfristig für die Abschaffung von Tierversuchen ein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen mehr Forschungsmittel in die tierversuchsfreie Forschung fließen. Die Praxis

bei Genehmigung und Kontrolle von Tierversuchen wollen wir stärker an den Belangen des Tierschutzes ausrichten und transparenter gestalten.

Handlungsfähigkeit der Umweltverwaltung wieder herstellen

Die massiven Stellenkürzungen haben dazu geführt, dass die Umweltverwaltung ihren Aufgaben nur unzureichend nachkommen kann. Selbst Pflichtaufgaben werden nicht mehr angemessen erfüllt. Zahlreiche Unterschutzstellungen sowie Managementplanungen für die Natura2000-Gebiete wurden nicht beendet. Für kaum ein Vogelschutzgebiet gibt es eine Schutzgebietsverordnung. Wir fordern deshalb einen Stopp des Stellenabbaus, eine genaue Analyse der Defizite und bei Bedarf eine Aufstockung des Personals. Weitere Aufgabenübertragungen im Naturschutz vom Land an die Kommunen lehnen wir ab. Wir wollen die einheitliche Verwaltung der Nationalen Naturlandschaften (Nationalpark, Biosphärenreservate, Naturparke) erhalten.

Ehrenamtlichen Naturschutz und Landschaftspflegeverbände unterstützen

Ob Artenschutz oder Umweltbildung - der ehrenamtliche Naturschutz in Brandenburg leistet einen enormen Beitrag für unser Land. Deshalb wollen wir die ehrenamtlichen Naturschützer und Naturschützerinnen stärker finanziell unterstützen, das Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände stärken und ihre Mitwirkungsrechte verbessern. Das Widerspruchsrecht der Naturschutzbeiräte wollen wir wieder einführen. Auch die Landschaftspflegeverbände sind wichtige Partner bei der praktischen Naturschutzarbeit vor Ort, bisher jedoch nicht in allen Regionen vorhanden. Wir wollen deshalb ein flächendeckendes Netz von Landschaftspflegeverbänden in Brandenburg etablieren.

Erlebnis Natur: Chancen des Öko-Tourismus besser nutzen

Brandenburgs Naturerbe bietet die besten Chancen für den Öko-Tourismus. Unsere Nachbarn in Berlin und immer mehr Touristen wissen dies zu schätzen. Kein Wunder, denn eine reizvolle Natur ist für die meisten unserer Gäste das Hauptmotiv bei der Wahl ihres Urlaubsortes. Wir wollen den Naturtourismus in Brandenburg ausbauen. Hierbei setzen wir vor allem auf das Netz der Großschutzgebiete, in denen es schon heute ein vielfältiges Angebot an Naturerlebnissen für alle Sinne gibt. Regionale Pläne zur Entwicklung der Nationalen Naturlandschaften wie etwa das in der Niederlausitz entwickelte Konzept für ein neues Biosphärenreservat werden wir unterstützen.

Für viele Touristen gehört eine gute Mischung aus Naturerlebnis, Wellness, leckerem (Bio-) Essen und Kultur zu einem gelungenen Urlaub. Wir wollen deshalb die Akteure und Angebote im Naturtourismus besser vernetzen und die Entwicklung neuer Angebote gezielt fördern. Hierzu brauchen wir neben den vielen Ehrenamtlichen auch personell handlungsfähige Schutzgebietsverwaltungen und eine ausfinanzierte Naturwacht.

Angebote im Naturtourismus ausbauen - Qualität verbessern

Wir wollen unsere Großschutzgebiete als Modellregionen einer nachhaltigen Regionalentwicklung konsequent fördern und entwickeln. In der neuen EU-Förderperiode ab 2014 wollen wir in Brandenburg attraktive Förderprogramme schaffen: Für neue und regionaltypische Angebote, für mehr Qualität der Infrastruktur zum Wandern, Radfahren, Reiten oder Wassersport. Hierzu gehören bessere Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme in Bus und Bahn sowie mehr Zertifizierungen wie „Bett & Bike“ (Marke des ADFC für radfreundliche Angebote) oder „NaturaTrails“ (Marke der Naturfreunde für natur- und umweltverträgliche Freizeitgestaltung).

Auch in Gebieten mit starkem Reittourismus möchten wir Radfahrenden, Fußgängerinnen und Fußgängern wieder ein Naturerlebnis gönnen. Um die Wegenetze für diese Nutzergruppen zu entflechten, müssen Gemeinden, Forstverwaltungen, Naturschutzbehörden und -verbände, Reiterhöfe und Vertretungen für Rad- und Fußverkehr an einen Tisch. Wir wollen es den für die Regelung der Waldwegenutzung zuständigen Forstverwaltungen nach gefundenen Kompromissen erleichtern, die neuen Regelungen umzusetzen.

Breitwasser statt Hochwasser – Flüssen mehr Raum geben

Brandenburg wurde in den letzten elf Jahren drei Mal von sogenannten Jahrhundertfluten heimgesucht. Klimaforscher sagen voraus, dass Starkregenereignisse weiter zunehmen und unsere Flüsse noch häufiger zur Bedrohung werden. Alleine 2013 hatte Brandenburg Flutschäden in Höhe von 92 Mio. Euro zu verzeichnen. Vorsorgende Maßnahmen für den Hochwasserschutz dürfen deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es ist Zeit zu handeln.

Der technische Hochwasserschutz stößt längst an seine Grenzen. Ein enges Deichkorsett beschleunigt den Wasserabfluss und erhöht die Flutwelle flussabwärts. Wir brauchen deshalb eine intelligente Verzahnung von technischem und ökologischem Hochwasserschutz. Starke

Deiche sollen unsere Siedlungen schützen. Außerhalb der Siedlungen brauchen unsere Flüsse aber mehr Raum, damit Hochwasserpegel und Fließgeschwindigkeit sinken. Wir fordern Breitwasser statt Hochwasser!

Der ökologische Hochwasserschutz wurde viel zu lange vernachlässigt, nicht nur in Brandenburg. So ist die Schwarze Elster als einer der naturfernsten Flüsse Deutschlands noch immer fast komplett eingedeicht. Investitionen in Höhe von 30 Mio. Euro jährlich wurden vorwiegend für Deichverstärkungen auf den alten Deichtrassen statt für Deichrückverlegungen ausgegeben. Bündnis 90/Die Grünen setzen den ökologischen Hochwasserschutz auf Platz eins der politischen Prioritätenliste zum Hochwasserschutz. Wir brauchen nachhaltige Lösungen unter Beteiligung der Menschen vor Ort. Dabei machen wir uns dafür stark, die Konzepte für den Hochwasserschutz auch über Ländergrenzen zu entwickeln, beispielsweise mit Polen für ein Gesamtsystem „Oder und Nebenflüsse“.

Wir brauchen einen Richtungswechsel im Hochwasserschutz und in der Baupolitik: Nicht mehr gegen, sondern mit dem Wasser wollen wir bauen und leben. Daher werden wir Deiche rückverlegen und so großflächige Überschwemmungsgebiete in den ehemaligen Auen wieder an die Flüsse anbinden. Denn intakte Flussauen bieten einmalige Lebensräume und verbessern die Wasserqualität. Vor allem aber senken sie die Hochwasserspitzen und bewahren uns damit vor Millionenschäden.

Nach dem Elbehochwasser 2002 wurde von der SPD-geführten Landesregierung viel versprochen. Aber nur ein Bruchteil der geplanten Überschwemmungsflächen für den Hochwasserschutz wurde tatsächlich geschaffen. Hier wollen wir mehr Verantwortung übernehmen. Verantwortliche Politik bedeutet für uns Grüne auch, persönlichem Leid und materiellen Schäden vorzubeugen: In allen von Hochwasser bedrohten Gebieten, die nicht eingedeicht sind, dürfen deshalb keine neuen Baugenehmigungen erteilt werden. Daher fordern wir eine rechtliche verbindliche Bauleitplanung entlang der hochwassergefährdeten Flüsse. In besonders stark durch Überflutung bedrohten Gebieten soll der Ackerbau durch extensive Grünlandwirtschaft abgelöst werden.

Mit einer Initiative im Bundesrat wollen wir die Versicherungswirtschaft verpflichten, verbraucherfreundliche Versicherungen für Elementarschäden (Feuer, Sturm, Hochwasser) anzubieten.

Landschaftswasserhaushalt stabilisieren

Wir schauen aufs Ganze: Versiegelung, verdichtete Böden und die großflächige Entwässerung leisten Hochwassern enormen Vorschub. Umgekehrt fehlt nicht nur in Trockenzeiten Wasser in unserer Landschaft. Unser Ziel ist es deshalb, den Wasserabfluss insgesamt zu verlangsamen: durch ein intelligentes Wassermanagement das sowohl Hochwasser als auch Trockenperioden vorbeugt. Durch die Renaturierung und angepasste Bewirtschaftung von Moor- und Feuchtstandorten. Durch eine bessere Versiegelungs-/Entsiegelungsbilanz sowie durch bodenschonende Landnutzungsformen. Langfristig wollen wir die kleinen Wasserkreisläufe auf der gesamten Landesfläche wiederherstellen. Maßnahmen und Vorgaben für die Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts werden wir auch im Klimaschutzgesetz (Klimaschutzplan) verankern.

Brandenburgs Wasser- und Bodenverbänden kommt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu. Sie brauchen verlässliche (personal-) politische Rahmenbedingungen und Förderprogramme zur ökologischen Sanierung unserer Moore und Gewässer. Langfristig wollen wir die kleinen Wasserkreisläufe auf der gesamten Landesfläche wiederherstellen.

Einen guten ökologischen und chemischen Zustand der Gewässer erreichen

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert für alle Gewässer „einen guten chemischen und ökologischen Zustand“ bis zum Jahr 2015. Davon ist Brandenburg weit entfernt. Die Konzepte zur Gewässerentwicklung müssen zügig abgeschlossen, die darin geforderten Maßnahmen forciert werden. Die Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit für wandernde Tiere ist uns dabei ein besonders wichtig. Ökologisch bedenkliche Ausbaumaßnahmen der Fließgewässer lehnen wir hingegen ab.

Wasserver- und -entsorgung ökologisch gestalten

Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung und Neuorientierung der kommunalen Abwasserkonzepte ein. Damit wollen wir auch erreichen, dass Grundstücke mit geeigneten ökologischen Kläranlagen nicht mehr zwingend dem Anschlusszwang unterworfen werden. Überdimensionierte und unrentabel werdende Anlagen und Zuleitungen wollen wir mittel- und langfristig durch dezentrale Lösungen wie Gruppenkläranlagen ersetzen und in lokale Wasserkreisläufe einbinden. Wir setzen uns für eine landesweite Regelung ein, die sicherstellt, dass Niederschlagswasser möglichst auf den jeweiligen Grundstücken versickern muss. Einige Kommunen in Brandenburg machen dies bereits erfolgreich vor.

Angemessene Preise für angemessene Dienstleistungen – das gilt auch für die Natur!

Brandenburg muss endlich das Verursacherprinzip anwenden und angemessene Wassernutzungs-Gebühren einfordern, die Anreize zur effizienten Nutzung der Ressource schaffen. Die unnötige Bevorteilung von Großverbrauchern wie Energie- und Landwirtschaftsunternehmen beschert dem Land bisher Verluste in Millionenhöhe.

Die Spree vor dem braunen Eisenschlamm retten

Die „Braune Spree“ ist das klassische Beispiel für eine hausgemachte Umweltkatastrophe. Der durch ehemalige Braunkohletagebaue verursachte Eisenschlamm ist nicht nur ein ästhetisches Problem, sondern erstickt Fische, Muscheln und Krebse. Gleichzeitig versauern viele der betroffenen Gewässer.

Das Aktionsbündnis Klare Spree, engagierte Bürgerinnen und Bürger und Bündnis 90/Die Grünen haben den Stein ins Rollen gebracht: Einige Erste-Hilfe-Maßnahmen sind in Angriff genommen. Sie können aber nur der Anfang sein. Es braucht ein ganzes Bündel von Sanierungs-Projekten um die weitere Verockerung und Sulfatbelastung zu stoppen. Wir kämpfen auch weiterhin dafür, die Lausitz, den Spreewald und alle Anrainer bis hoch nach Berlin und weiter vor weiteren Schäden zu bewahren.

Bodenschätze sparsam nutzen und umweltverträglich fördern

Wir setzen auf Recycling und Kreislaufwirtschaft sowie auf den naturverträglichen Ersatz fossiler und geologischer durch nachwachsende Materialien. Bei deren Anbau hat die Nahrungsmittelproduktion für uns Vorrang. Rohstoffe, die wir nicht ersetzen können, dürfen nur unter klaren ökologischen Kriterien und in nachhaltigen Grenzen gefördert werden.

Bei der Nutzung und Erschließung von Bodenschätzen in Brandenburg legen wir daher größten Wert auf Umweltschutz, einen sparsamen Ressourceneinsatz, Transparenz, Einbeziehung der Bevölkerung, aber auch die ökonomische Teilhabe der Gesellschaft. Förderung in Schutzgebieten lehnen wir ab, eine frühzeitige, fachkompetent begleitete Bürgerbeteiligung am Genehmigungsverfahren mit offenem Ausgang ist für uns unverzichtbar. Wir wollen Abbaunternehmen verpflichten, den bestmöglichen Schutz der Umwelt zu gewährleisten.

Zudem wollen wir, dass eine angemessene, mindestens 10%ige Förderabgabe durch das Land erhoben wird. Hier darf es keine Ausnahmen mehr geben, denn Einnahmen des Staates können die Nachteile des Bergbaus für das Gemeinwohl nie vollständig kompensieren. Es dürfen keine Subventionen gezahlt und auch keine versteckten Subventionen durch Preisnachlässe oder verminderte Gebühren gewährt werden.

Wir setzen uns für eine Landesrohstoffstrategie ein, die diese Punkte umfasst. Zum Teil lassen sich Ausgangsstoffe etwa für die Industrie auch in der Region erzeugen. Um mehr Wertschöpfung im Land zu schaffen, wollen wir konkrete Ziele und Maßnahmen vorgeben, wie das Land diese regionale Erzeugung unterstützen kann. Die Förderung für die Erforschung von Ersatzstoffen für knapper werdende Rohstoffe wollen wir ausweiten und sogenannte Sharing-Initiativen („Teilen statt Besitzen“) unterstützen.

Mehr Informationen zur unserer Rohstoffpolitik finden Sie in unserem Positionspapier: „Bodenschätze sparsam nutzen und umweltverträglich fördern“ unter (<http://gruenlink.de/pds>).

Stangenforst oder Waldidylle? – Ökologischen Waldumbau voranbringen

Der ökologische Waldumbau in Brandenburg stockt. Die Kiefer prägt mit 73 Prozent weiterhin unsere Wälder. Reine Kiefernwälder - noch dazu Altersklassenwälder - sind jedoch artenarm und anfällig für Schädlinge und Waldbrände. Sie entziehen dem Boden extrem viel Wasser. Viele Gründe, um aus eintönigen Stangenforsten vielfältige Mischwälder zu entwickeln.

Gut ein Drittel der Waldfläche Brandenburgs liegt im Besitz der öffentlichen Hand. Sie muss mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Flächen zu gesunden Laubmischwäldern mit standortheimischen Baumarten entwickeln, möglichst durch Naturverjüngung. Insgesamt wollen wir für den Waldumbau mehr Mittel bereitstellen. Den derzeit zulässigen Kahlschlag für Flächen unterhalb der Zwei-Hektar-Grenze wollen wir stoppen, denn oftmals liegen solche Flächen nur durch dünne Waldstreifen getrennt nebeneinander. So fallen in der Praxis oft große Flächen dem Kahlschlag zum Opfer.

Der Landesforst muss auch zum Vorbild für eine nachhaltige Waldwirtschaft werden und den Anteil der FSC-zertifizierten Wälder (Forest Stewardship Council) von heute kläglichen drei Prozent deutlich erhöhen. Wir wollen dazu einen verbindlichen Stufenplan vorlegen, an dessen Ende 100 Prozent nachhaltige Waldwirtschaft stehen.

Natürliche Waldentwicklung zulassen, nicht Tafelsilber verscherbeln

Die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung fordert, fünf Prozent unserer Wälder einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Davon ist Brandenburg weit entfernt. Erst 1,2 Prozent der märkischen Wälder sind ohne forstliche Nutzung. Auch hier muss der Landesforst voran gehen und verbindliche Ziele setzen. Den Verkauf von landeseigenen Forstflächen lehnen wir daher ebenso ab wie die Überführung des gesamten Landeswaldes in eine privatrechtlich verfasste Gesellschaft. Die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften der ehemaligen Sowjettruppen (sog. WGT-Liegenschaften) sollen an den Landesforst oder auf Antrag an Naturschutzverbände oder -stiftungen übertragen werden.

Wir fordern ein Netz von Urwäldern, die alle natürlichen Waldgesellschaften repräsentieren. Wo Landesflächen für einen sinnvollen Biotopverbund nicht genügen, soll das Land Privatwaldflächen kaufen. Wir wollen das Vorkaufsrecht des Landes in Naturschutzgebieten bei Bedarf nutzen und zudem auf die Europäischen Schutzgebiete erweitern.

Flankierend wollen wir das Jagdrecht novellieren, um die Populationsdichten von Reh-, Dam- und Rotwild sowie die Ausbreitung invasiver Arten wie Marderhund, Sonnenbarsch und Wollhandkrabbe, die unsere heimischen Tierarten bedrohen, effektiv zu begrenzen.

Tot- und Altholz als wertvolle Biotoperelemente erhalten

Auch im Wirtschaftswald brauchen wir einen Mindestanteil an Alt- und Totholz sowie Biotopbäumen, um die biologische Vielfalt zu fördern. Das „Methusalem-Projekt“ im Landesforst zum Erhalt alter Bäume wollen wir fortführen. Darüber hinaus wollen wir Naturschutzmaßnahmen im Privatwald wie historische Waldnutzungsformen besser fördern. Die forstliche Nutzung geschützter Wälder wollen wir deutlich reduzieren und an das Einvernehmen mit der zuständigen Schutzgebietsverwaltung binden. Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen müssen hierfür entsprechend geschult werden.

Gute fachliche Praxis der Forstwirtschaft detaillierter regeln

Eine nachhaltige Forstwirtschaft braucht klare Regeln. Deshalb wollen wir die gute fachliche Praxis für die Forstwirtschaft neu definieren. Wir wollen hier klare Vorgaben zur Reduktion von Pflanzen- und Holzschutzmitteln, Düngern oder anderweitigen Chemikalien im Wald schaffen. Zudem setzen wir uns für einen naturverträglichen Ausbau von Waldwegen ein.

Wer in Brandenburg Grün wählt...

- ... wählt das grüne Original für eine konsequente Natur- und Tierschutzpolitik
- ... will vorbeugenden Hochwasserschutz
- ... stimmt für mehr Tourismus im Einklang mit der Natur
- ... wählt Maßnahmen gegen die Verockerung der Spree
- ... unterstützt den ökologischen Waldumbau von Monokulturen zu vielfältigen Mischwäldern
- ... macht die Umweltverwaltung wieder handlungsfähig

2. Neue Energie für Brandenburg

Energie bedeutet Leben. Energie ist eine Grundlage für Freiheit und Wohlstand. Und Brandenburg ist voller Energie – erneuerbarer Energie. Unser Land gehört zu den weltweit führenden Regionen bei der Entwicklung und Nutzung der Solar- und Windenergie. Schon heute arbeiten 12.000 Menschen in diesen Branchen, doppelt so viele wie in der Braunkohleindustrie. Trotzdem halten SPD, LINKE, FDP und CDU an Kohle, Öl und Gas fest. Damit nehmen sie nicht nur weitere Schäden an unserer Umwelt in Kauf – sie verspielen auch eine der größten wirtschaftlichen Chancen Brandenburgs.

Bündnis 90/Die Grünen treten dagegen als einzige politische Kraft in Brandenburg für eine konsequente Energiewende an: für 100 Prozent Erneuerbare Energien in dezentralen und bürgernahen Strukturen, von denen wir Brandenburgerinnen und Brandenburger, die mittelständischen Unternehmen und die Kommunen direkt profitieren. Wir schaffen damit die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz – ohne neue Tagebaue, die unsere Heimat zerstören.

Der Klimawandel bedroht weltweit die Lebensgrundlagen der Menschen. Die Folgen bekommen wir längst auch in Brandenburg zu spüren: Stürme und Hochwasser verwüsten unsere Häuser und die öffentliche Infrastruktur. Hitze und Dürre schmälern die Erträge in der Landwirtschaft. Mit unserer Politik ziehen wir die einzig logische Konsequenz aus diesen Entwicklungen. Dies ist für uns ein Gebot ökologischer Vernunft, aber auch unverzichtbar für die globale Gerechtigkeit und für ein friedliches Zusammenleben der Völker.

Grüne Energiepolitik sorgt für die richtigen Weichenstellungen auch in Brandenburg: Wir setzen uns für den schnellstmöglichen Ausstieg aus den fossilen Energien ein und schaffen bessere Bedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien; wir sorgen für neue Anreize zum Energiesparen; wir beschleunigen die energetische Modernisierung unserer Gebäude und setzen uns für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein.

Energie muss bezahlbar sein

Die Ausgaben der deutschen Privathaushalte für Energie sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Das liegt an erster Stelle an den gestiegenen Kosten für Öl, Gas und Kohle auf dem Weltmarkt – denn die Rohstoffe werden knapper. Erneuerbare Energien wie Sonne und Wind hingegen sind unendlich vorhanden und senken auch heute schon die Energiepreise an der

Strombörse in Leipzig. Damit diese Kostenersparnis bei uns Verbraucherinnen und Verbrauchern endlich ankommt, brauchen wir neue Regeln für den Strommarkt, einen ehrlichen CO₂-Preis (Zertifikate) und einen Abbau der ausufernden Befreiungen von der EEG-Umlage in den gewerblichen Sektoren.

Sozialverträgliche, energie- und kosteneffiziente Gebäudemodernisierung – Land und Kommunen müssen vorangehen

Der beste Weg zu bezahlbaren Energiekosten lautet: Energie sparen und so effizient wie möglich nutzen. Energieeffizienz soll auch bei der Beschaffung durch die öffentliche Hand und bei der Vergabe öffentlicher Leistungen zu einem verpflichtenden Kriterium werden. Beim neuen Landtag in Potsdam war das leider nicht der Fall. Die energetische Gebäudemodernisierung zahlt sich mittel- und langfristig aus. Schon heute ist bei Neubauten der Passivhausstandard wirtschaftlich und in Beständen regelmäßig das KfW-Effizienzhaus 70 (gem. EnEV2009). Daher fordern wir, dass das Land bei seinen Gebäuden und bei der Vergabe von Fördermitteln für Kommunen diese Standards umsetzt. Kurzfristig entstehen jedoch zum Teil hohe Kosten. Diese Kosten wollen wir sozial gerecht zwischen Vermietern, Mietern und Staat verteilen. Dazu werden wir ein Klimaschutzgesetz und Förderprogramme auf den Weg bringen, die für alle Beteiligten einen verlässlichen Rahmen bieten: für Hauseigentümer- und Mieterinnen, Wirtschaftsverbände und Mietervereine.

Energiewende selber machen: Mit Ökostrom und Energiesparen

Die Energiewende bietet auch die Chance, das Monopol der großen Konzerne im Energiebereich abzulösen und durch demokratische, dezentrale Strukturen zu ersetzen. Ob Kommunale Verwaltung, Industrie- und Handwerksbetrieb oder Mieter und Mieterinnen – wer Energie erzeugen oder einsparen will, muss sich jedoch mit technischen Neuerungen und im Dschungel der Gesetze auskennen. Wir wollen deshalb die Energieberatung stärker fördern und mehr Geld in Weiterbildung, Vernetzung und Verbraucherkampagnen investieren. Hierzu wollen wir die Rolle der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) als Energieagentur weiter stärken, die neben einer besseren Beratung auch die Vergabe von Sonderkrediten zur Wärmemodernisierung in Altbauten ausweiten soll.

Mit Hilfe eines Energiesparfonds wollen wir die privaten Haushalte beim Energiesparen unterstützen. Dazu zählen z. B. Energiespar-Checks; für einkommensschwache Haushalte sollen diese kostenfrei sein. Daneben setzen wir uns für die Förderung besonders sparsamer Geräte

über Zuschüsse, z. B. durch Energiespardienstleister oder Stadtwerke und für den Austausch ineffizienter „Weißer Ware“ wie Kühl- oder Gefrierschränke, insbesondere in einkommensschwachen Haushalten ein. Auch sogenannte Mini-Contracting-Programme, bei dem Dienstleister in Effizienz investieren und die Kosten über die Einsparungen bei der Stromrechnung finanziert werden, wollen wir unterstützen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Brandenburg endlich – wie andere Bundesländer auch – verstärkt das Energiespar-Contracting bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude nutzt. Es bietet hohe Potentiale zur Energieeinsparung und Betriebskostensenkung bei gleichzeitiger Entlastung der Investitionshaushalte. Der öffentliche Sektor könnte damit eine Vorbildrolle im Interesse von Energie- und Ressourceneinsparung sowie des Klimaschutzes einnehmen und zugleich den zunehmenden Sanierungsstau abbauen. Die ZAB soll mit Kampagnen, entsprechender Beratung und anderen Unterstützungsleistungen die Vorbereitung und Ausschreibung von Contracting-Vorhaben befördern.

Ökostrom ist schon heute oft günstiger als Strom aus fossilen Energieträgern. Doch die Macht der Gewohnheit und die Macht der Platzhirsche auf dem Energiemarkt wirken sich aus. Umso wichtiger ist es, dass immer mehr Menschen die Energiewende durch den Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter beschleunigen. Deshalb werden wir entsprechende Informationskampagnen unterstützen. Zudem wollen wir für mehr Klarheit bei der Zertifizierung von Ökostrom sorgen.

Sparsamer Umgang mit Energie soll auch stärker in Schulen und öffentlichen Gebäuden zum Thema werden. Projekte wie Fifty-fifty – bei denen ein Teil der eingesparten Energiekosten der Schule zur freien Verfügung steht – wollen wir deshalb ausbauen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von „Stromspartarifen“ ein. Wir wollen energiesparende Lebensstile belohnen, durch progressive Tarife und entfallende Grundgebühren.

100 Prozent Erneuerbare Energie bis 2050 sind machbar

Unser Konzept für 100 Prozent Erneuerbare ist kein Wunschtraum, sondern wirtschaftlich machbar. Die Energiestudie des Reiner-Lemoine-Institut (RLI) zeigt: Wir können den Energiebedarf in Brandenburg und Berlin zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken – beim Strom bis zum Jahr 2030 und bei der Wärme bis 2050. Die Nutzung der Brandenburger Potentiale für erneuerbare Energien schafft Arbeitsplätze und steigert die regionale Wertschöpfung. Ein Umstieg auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen ist laut Studie nicht teurer als ein Umstieg auf Erdgas. Die Studie finden Sie hier: <http://gruenlink.de/pg3>.

Konflikte ernstnehmen und demokratisch lösen

Wirklich nachhaltige Veränderungen gelingen nur im Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb wollen wir eine Energiewende von unten. Brandenburg soll nicht nur beim Ausbau der Erneuerbaren bundesweit vorn liegen, wir wollen auch bei der Lösung von Konflikten neue Maßstäbe setzen. Die Interessen von Bürgern und Bürgerinnen, Kommunen und Wirtschaft müssen besser in die Entwicklung und den Aufbau eines zukunftsfähigen Energiesystems integriert werden.

Wir nehmen die Konflikte beim Ausbau der Erneuerbaren ernst. Um diese zu vermeiden bzw. zu lösen, wollen wir die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen stärken und deren wirtschaftliche Beteiligung verbessern.

Um der zunehmenden Vermaischung unserer Landschaft Einhalt zu gebieten – die auch die Artenvielfalt in Brandenburg bedroht – setzen wir uns für eine entsprechende Absenkung der EEG-Förderung sowie eine stärkere Nutzung von Wildpflanzenmischungen ein. Beim Neubau von Windparks muss ein Mindestabstand von 1.000 Metern eingehalten werden.

Nach welchen Kriterien wir den Ausbau erneuerbarer Energien in Brandenburg sozial- und naturverträglich für Brandenburg gestalten wollen, erklären wir im Detail in unserem Papier „100 Prozent erneuerbare Energien ermöglichen“ (<http://gruenlink.de/50c>).

Heute die Infrastruktur der Energieversorgung von morgen schaffen

Der Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie braucht mehr als den weiteren Ausbau der Energieerzeugung. Durch ein geregeltes Verbrauchslast- und Erzeugungsmanagement und durch eine effiziente Vernetzung der Nieder- und Mittelspannungsnetze wird es gelingen, den Netzausbau der Übertragungsnetze zu minimieren. Wir brauchen auch neue Speichertechnologien und stabile, intelligente Energienetze. Diese Infrastruktur wollen wir durch eine landesweite und mit allen Akteuren der dezentralen Energiewende abgestimmte Strategie ermöglichen.

Effiziente Gaskraftwerke spielen eine wichtige Rolle für den schrittweisen Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien. Regionale Gaskraftwerke und der Einsatz von vernetzten Wärmeerzeugern mit Kraft-Wärme-Kopplung können flexibel und effizient die Netze stabilisieren, schaffen vor Ort Arbeitsplätze und verringern den kostspieligen Netzausbau.

Deshalb werden wir auch hierfür eine Strategie auf den Weg bringen. Schwerpunkt soll hierbei auf Blockheizkraftwerken und sogenannten Zuhause-Kraftwerken liegen; in Folge dessen werden verstärkt Nahwärmenetze entstehen.

Zudem müssen die Schwerpunkte der Energieforschung weg von Atom und Kohle hin zu Speichern, Netzen und erneuerbaren Energien verlagert werden. Wir wollen dazu neue technologische Ansätze stärken, z. B. die Energiegewinnung aus Abfällen und Abwässern oder – made in Brandenburg – die Speicherung von regenerativem Strom durch Methanisierung („Power-to-Gas-Technologie“) sowie die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz. Auch mit Blick auf den zunehmenden Anteil regenerativer Treibstoffe und den Ausbau der Elektro-Mobilität auf Basis erneuerbarer Energien braucht Brandenburg ein gut durchdachtes Konzept für die hierzu notwendige Infrastruktur. Ziel muss es sein, die verschiedenen Energieerzeuger zu vernetzen; bei der Entwicklung der dazu notwendigen Techniken müssen unsere Universitäten eine wichtige Rolle spielen, indem sie die wissenschaftlichen Grundlagen für die Zukunft der Brandenburger Energiewirtschaft miterarbeiten.

Wir fordern zudem auf Landes- und Bundesebene eigenständige raumordnerische Handlungsaufträge für den Untergrund, die Ermächtigung zur Erstellung „bergbaulicher Raumordnungspläne (3D-Raumordnung)“ und eine vorausschauende, vorhabenunabhängige Nutzungssteuerung.

Kommunale Versorgung stärken – Menschen vor Ort sollen mehr profitieren

Kommunen mit eigenen Stadtwerken sollen zum Motor der Energiewende werden. Dazu wollen wir die Erstellung und Umsetzung kommunaler Klima- und Energiekonzepte sowie die ökologische Ausrichtung von Stadtwerken besser unterstützen – mit Knowhow und finanziellen Mitteln. In allen öffentlichen Einrichtungen (Kommunalverwaltung, Hochschulen usw.) soll es zukünftig Energiebeauftragte geben. Nutzen wollen wir hierbei auch die Erfahrungen der bereits eingesetzten Energiebeauftragten der Landesliegenschaften.

Energetische Modernisierungen an Gebäuden der Verwaltung müssen ausgeweitet werden. Ein aktives Energiemonitoring ist dabei mit den Möglichkeiten der Vor-Ort-Energie-Erzeugung zu verwirklichen. Ob öffentliche Finanzierung oder regionales Energie-Contracting: Ziel ist die energieneutrale Verwaltung.

Wir werden gezielt Projekte fördern, bei denen die Bürger und Bürgerinnen vor Ort stärker als bisher vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren. Hierzu wollen wir unter anderem die

Gründung von Energiegenossenschaften, Bürgersolaranlagen, Bürgerwindparks, kommunalen Kleinwindanlagen und anderen gemeinsamen Unternehmungen in der dezentralen Energiewirtschaft unterstützen.

Unser Klima wirksam schützen

Um den Klimawandel zu dämpfen und die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen, muss der CO₂-Ausstoß weltweit auf weniger als zwei Tonnen pro Person und Jahr gesenkt werden. In Brandenburg liegt der CO₂-Ausstoß wegen der Braunkohle-Verstromung heute bei 24 Tonnen pro Kopf und Jahr und damit sogar höher als in den USA, mit über 17 Tonnen pro Kopf und Jahr. Der bundesweite Schnitt liegt bei zehn Tonnen. Wir wollen deshalb den Ausstoß von Treibhausgasen in Brandenburg bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent reduzieren. Dieses Ziel wollen wir verbindlich im Klimaschutzgesetz verankern.

Grüne Zukunft statt brauner Spree – eine Lausitz ohne neue Tagebaue

Die Braunkohle-Nutzung ist technologisch unvereinbar mit dem Aufbau einer zu 100 Prozent erneuerbaren Energiewirtschaft. Und sie ist unvereinbar mit unseren Zielen für den Umwelt- und Klimaschutz. Die Liste der Schäden ist lang: Nicht nur verwüstete Landschaften in der Lausitz und ein großflächig zerstörter Wasserhaushalt. Dazu kommen Lärm, Staub und vor allem der enorme Ausstoß klimaschädlicher Gase. Um die Folgeschäden der Braunkohle zu beseitigen, werden noch unsere Kinder, Enkel und Urenkel einen hohen Preis zahlen müssen. Deshalb wollen Bündnis 90/Die Grünen so schnell wie möglich aus der Braunkohle-Wirtschaft aussteigen, das heißt konkret: spätestens bis zum Jahr 2030. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit den Menschen in der Lausitz gegen die Genehmigung neuer Tagebaue. Deshalb soll kein weiteres Dorf der Braunkohle geopfert und kein Mensch mehr für eine Technologie ohne Zukunft enteignet werden.

Den Ausstieg aus der Braunkohle-Wirtschaft werden wir sozialverträglich gestalten, begleitet durch ein langfristig angelegtes Zukunftskonzept für die gesamte Lausitz. Für diesen Transformationsprozess werden wir Grüne mit aller Kraft auch Sondermittel des Bundes und der EU einfordern. Zur Finanzierung dieser gewaltigen Aufgabe wollen wir zudem die millionenschweren indirekten Subventionen für den Braunkohle-Bergbau beenden und die so gewonnenen Mittel in einen Zukunftsfonds für die Lausitz geben. Hieraus soll die Ansiedlung zukunftsfähiger, innovativer Unternehmen in der Lausitz gefördert werden.

CCS und Fracking führen nicht in die Zukunft

Wir lehnen hochriskante Konzepte wie die CCS-Technologie und das Fracking ab. Die CCS-Technologie (CO₂-Abscheidung und unterirdische Einlagerung) soll die Klimabilanz der Braunkohle aufbessern – sie verlagert das Problem jedoch nur in die Zukunft. Auch das Fracking wollen wir für Brandenburg ausschließen, weil bei dieser Fördertechnologie für Erdöl und Erdgas tonnenweise hochgiftige Chemikalien in den Untergrund gepresst werden.

Wer in Brandenburg grün wählt sorgt dafür,

- ... dass Kommunen und Menschen vor Ort von der Energiewende profitieren
- ... dass wirksamer Klimaschutz in Brandenburg eine Lobby behält
- ... dass Brandenburg die wirtschaftlichen Chancen der Erneuerbaren Energien nutzt
- ... dass mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen
- ... dass die Energiewende nicht ausgebremst wird
- ... dass Energie auch morgen noch für alle bezahlbar ist
- ... dass Brandenburg den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle hinbekommt
- ... dass Konflikte ernst genommen und demokratisch gelöst werden

3. Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für einen Kurswechsel in der Agrarpolitik!

Was steckt wirklich drin in unserem Essen? Werden unsere Dörfer noch lebenswert sein, wenn es vor Ort keine Bäuerinnen und Bauern mehr gibt? Wer genau profitiert eigentlich von den milliardenschweren Agrarsubventionen der EU und warum? Was können wir gegen das Elend in der Massentierhaltung tun? Diese Fragen erhitzen immer wieder die Gemüter. Und das ist auch gut so. Denn die Frage, welche Form von Landwirtschaft für unsere Gesellschaft die beste ist, gehört für uns Bündnisgrüne zu den entscheidenden Zukunftsfragen.

Wir wissen uns hierbei an der Seite des Weltagrarberichts der Vereinten Nationen, der klar und deutlich sagt: Nur eine bäuerliche und ökologisch orientierte Landwirtschaft garantiert dauerhaft Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittelsouveränität für alle Menschen auf unserem Planeten.

In Brandenburgs Landwirtschaft vollzieht sich jedoch ein rasanter Strukturwandel, der vollkommen im Gegensatz zu den Forderungen des Weltagrarberichts verläuft: Die Zahl beantragter oder genehmigter Anlagen zur industriellen Tierhaltung steigt. Die Preise für Agrarland explodieren - immer mehr Flächen geraten an die Megabetriebe anonymer Investoren, die nicht in den Dörfern verwurzelt sind. Ortsansässige Betriebe und Neugründungen haben dagegen schlechte Karten. Immer mehr Agrochemie auf den Äckern und in den Ställen schadet der Umwelt und gefährdet unsere Gesundheit. Unsere Landwirtschaft ist hochgradig abhängig von fossilen Energieträgern und einem enormen Import von Ressourcen. Dies schadet beispielsweise den Regenwäldern in Südamerika und durch den Export billigen Fleisches den Märkten in Afrika.

Ursache hierfür ist eine aus grüner Sicht verfehlte Agrarpolitik. Sie zwingt die Bäuerinnen und Bauern in einen „Wettbewerb“, den sie nicht gewinnen können. „Wachse oder weiche“ – das ist die Konsequenz dieser Politik, die langfristig mehr Schaden anrichtet als Nutzen stiftet. Folge dieser Politik ist eine weitere Intensivierung in der Landwirtschaft. Monokulturen, Überdüngung und chemischer Pflanzenschutz führen dazu, dass das Artensterben in unseren Agrarlandschaften längst zu einem der größten Umweltprobleme Brandenburgs geworden ist.

Wir treten deshalb für einen klaren Kurswechsel in Brandenburgs Agrarpolitik ein – das unterscheidet uns von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien. Wir sind überzeugt, dass uns ein „Weiter so“ über kurz oder lang in die Sackgasse führt.

Dies hat längst auch die Europäische Union erkannt. Deshalb wollte die Kommission, angeführt durch EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos, mit der Agrarreform 2014 neue Wege gehen. Sie wollte die Agrarzahungen für Großbetriebe kappen, um mehr Chancengleichheit für bäuerliche Betriebe zu schaffen. Und sie wollte die Zahlungen stärker an Leistungen für den Schutz unserer Umwelt koppeln. Wir Grüne haben diese Pläne unterstützt. Doch die Merkel-Regierung hat die Reform gekippt. Auch Brandenburgs Landesregierung aus SPD und LINKEN hat massiv gegen die Reform gekämpft – leider mit Erfolg. Diesen „Erfolg“ hat sie teuer erkaufte. Denn die Struktur- und Umweltprobleme in der brandenburgischen Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen werden sich wegen der Schwächung der zweiten Säule der EU-Förderung nun weiter verschärfen.

Unser Leitbild: Bäuerliche Landwirtschaft - naturverträglich, regional & fair

Für uns Bündnisgrüne gehören Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Ethik zusammen. Gute Landwirtschaft heißt für uns: Hochwertige Lebensmittel naturverträglich erzeugen, Tiere ihren Bedürfnissen entsprechend halten, unsere Kulturlandschaft pflegen und die biologische Vielfalt schützen! Gute Landwirtschaft bedeutet aber auch: Unternehmerische Freiheit, fair bezahlte Arbeitsplätze und faire Preise für die Produkte. Brandenburg verfügt über gute Chancen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen. Wir Grüne sind überzeugt, dass diese Chancen am besten auch mit einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft zu nutzen sind.

Deshalb wollen wir solche bäuerlichen Strukturen deutlich besser fördern. Dafür sprechen nicht nur grüne Überzeugungen und Werte, sondern auch knallharte Fakten – denn bei wichtigen landwirtschaftlichen Kennzahlen trägt Brandenburg die rot-rote Laterne: Geringe Flächenproduktivität, wenig Wertschöpfung, wenig Arbeitsplätze und schlechte Bezahlung, niedrige Investitionsquoten und im Bundesländervergleich noch zu wenig Vielfalt bei Angeboten wie etwa Landurlaub, Sonderkulturen oder Direktvermarktung. Die hohen Subventionen und Fördermittel versickern nahezu wirkungslos im märkischen Sand. Sie steigern lediglich die Gewinne der großen Agrarinvestoren und dienen nicht der regionalen Wertschöpfung. Bäuerliche Landwirtschaft soll in Brandenburg wieder die ländlichen Räume beleben und den Landwirten ein gutes Auskommen ermöglichen. Auch wenn die EU-Agrarreform gescheitert ist – Brandenburg entscheidet, wie es die europäische Agrarpolitik ab 2014 umsetzen will: Für mehr Nachhaltigkeit und Regionalität oder für eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft. Wir wollen diese Spielräume nutzen, um eine grüne Agrarwende in Brandenburg in Angriff zu nehmen. Dabei setzen wir folgende Schwerpunkte:

Die Agrarförderung an ökologischen Kriterien ausrichten

Eine bäuerliche und naturschonende Landwirtschaft braucht bessere politische Bedingungen gegenüber der Agrarindustrie. Solange es noch eine europäische Agrarförderung gibt, wollen wir zumindest die Förderung nach dem Gießkannen-Prinzip (pauschale Flächenprämien) abschaffen, die Mittel aber für die Landwirtschaft und die ländlichen Regionen erhalten. Öffentliche Gelder sollen in Zukunft nur noch in Förderprogramme fließen, die dem Schutz von Natur und Umwelt, dem Tierschutz, der regionalen Wertschöpfung und der ländlichen Entwicklung dienen. Wir werden auch auf Landesebene alle Spielräume nutzen, um pauschale Subventionen ohne Gegenleistungen für die Gesellschaft abzuschmelzen und für entsprechende Agrarumweltprogramme umzuwidmen. Um diese Politik schlagkräftig umsetzen zu können, wollen wir die Agrarverwaltung und die Umweltverwaltung des Landes wieder zusammenführen.

Die sogenannte „Gute fachliche Praxis“ als Regelwerk für eine naturverträgliche Landwirtschaft wurde in Brandenburg nie konsequent ausformuliert und verbindlich festgeschrieben. Deshalb wollen wir dieses Regelwerk im Dialog mit den Verbänden der LandnutzerInnen und den Umweltverbänden an die aktuellen Herausforderungen anpassen: Mit klaren, verbindlichen und prüfbar fachlichen Mindeststandards. Die Agrarprogramme sollen in Zukunft nur noch fördern, was über diese Standards hinausgeht. Besonders fördern wollen wir Projekte, in denen Landwirtschaftsbetriebe integrierte Naturschutzarbeit leisten. Denn gute Landbewirtschaftung ist der effektivste Naturschutz in der Agrarlandschaft.

Massentierhaltung beenden – Tierschutz in der Landwirtschaft durchsetzen

Tiere sind lebendige Mitgeschöpfe, die Respekt und Mitgefühl verdienen. Wir Menschen halten und züchten seit Jahrtausenden Nutztiere. Damit übernehmen wir eine hohe ethische Verantwortung. Wir Bündnisgrüne sagen: Die hoch rationalisierte Haltung in Tierfabriken kann dieser ethischen Verantwortung nicht gerecht werden. Zudem zerstört sie die bäuerliche Infrastruktur in der Tierhaltung. Deshalb wollen wir die Massentierhaltung – die nicht tiergerechte, industrielle Tierhaltung – beenden.

Auf Bundesebene treten wir für ein Tierschutzgesetz ein, das seinen Namen verdient: Die Ställe müssen den Tieren angepasst werden und nicht die Tiere den Ställen! Wir wollen konkrete Obergrenzen für Nutztierbestände, Verbesserungen der Haltungs- und Schlachtungsbedingungen sowie eine Reduzierung von Tiertransporten. Wir setzen uns dafür ein, das Bundesimmissionsschutzgesetz zu verschärfen. Und wir wollen das Privileg für das

Bauen im Außenbereich im Baugesetzbuch an eine flächengebundene Tierhaltung in regionalen Kreisläufen ausrichten. Gleiches gilt für die Förderung von Agrarinvestitionen zur Tierhaltung. Ebenso wollen wir die Tierhaltung an hohe Tierschutzstandards binden.

In Brandenburg wollen wir in der Bauordnung den Brandschutz für Mastställe derart stärken, dass die Rettung von Tieren im Brandfall möglich ist. Zudem wollen wir im Landesimmissionsschutzgesetz den Einbau von Stickstoff- und Keimfiltern für industrielle Mastbetriebe vorschreiben. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Tierhaltung, die sich nicht in Hochsicherheitstrakten hinter Stacheldraht verstecken muss. Deshalb wollen wir alternative Haltungsformen besser erforschen und bei der Praxiseinführung unterstützen. Nicht zuletzt wollen wir ein wirksames Programm zur Minderung des Antibiotika-Einsatzes. Denn bei einer intensiven, dicht gedrängten Haltung von Tieren lassen sich Seuchen und Krankheiten nur mit einem hohen Einsatz von Antibiotika unterbinden. Damit aber bilden sich verstärkt resistente Keime, die auch Menschenleben gefährden. Hier tickt eine gesundheitspolitische Zeitbombe, weil Medikamente für die Humanmedizin immer häufiger wirkungslos bleiben. Schlachtmethode, die Tierleid vermeiden, sollen durch ein einheitliches Landesrecht schneller in der Praxis zur Anwendung kommen.

Die (ganzjährige) Weidehaltung von Rindern und Schweinen entspricht bei entsprechender Auswahl geeigneter Rassen den Ansprüchen der Tiere an ein würdiges Leben am besten. Praktiziert wird diese Haltungsform zumeist von kleinen, bäuerlichen Familienbetrieben. Die in diesen Betrieben praktizierte Haltung und Zucht ursprünglicher Rassen trägt in bedeutendem Maße zur Bewahrung der Biodiversität in der Landwirtschaft bei. Oft vermarkten die Höfe ihre Produkte selbst und tragen so zur Belebung dörflicher Strukturen bei. Sie sind Ziel von Touristen auf dem Lande und tragen so zur Attraktivität der Regionen bei. Sie sollen als besondere Alternative zur Massenhaltung von Tieren gefördert werden.

Wir wollen Brandenburgs Landwirtschaft unabhängiger vom Import von Soja machen. Doch heimische Futterpflanzen wie Lupinen, Erbsen und Bohnen werden kaum noch angebaut. Deshalb werden wir mehr Mittel für die Forschung und Züchtung bereitstellen, damit der Anbau heimischer Eiweißpflanzen in Zukunft wieder deutlich steigt. Dies fördert zudem den Bodenschutz und die Artenvielfalt.

Der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland sinkt, liegt aber noch deutlich über den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Vegetarische und vegane Ernährungsformen sind längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Immer mehr

Menschen setzen sich kritisch mit ihrem Fleischkonsum auseinander und wollen wissen, unter welchen Umständen und mit welchen Folgen tierische Produkte erzeugt werden. Diese positiven Entwicklungen wollen wir fördern. Denn die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte oder der Verzicht auf tierische Produkte sichert die Welternährung, trägt zur gesundheitlichen Prävention bei und ermöglicht uns mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft. Deshalb unterstützen wir Initiativen und Projekte, die den Fleischkonsum weiter reduzieren. Hierbei setzen wir auf Information und Aufklärung, insbesondere in Schulen und Kitas. In öffentlichen Kantinen und Mensen sollen vegane und vegetarische Gerichte immer in guter Qualität angeboten werden, um allen Ernährungsformen gerecht zu werden und Wahlfreiheit zu bieten.

Aktive Bodenpolitik für bäuerliche Agrarstrukturen

Die Verteilung und der Zugang zu Agrarland sind entscheidend für die Strukturen in der Landwirtschaft. Die Landesregierung hat jahrelang keinen Finger gerührt, dem überhitzten Bodenmarkt entgegen zu wirken. Diese gestiegenen Preise sind vor allem auf Spekulationen, falsche Förderanreize und die verfehlte Privatisierungspraxis der Bodenverwaltungs- und Verwertungs GmbH (BVVG) des Bundes zurückzuführen. In der Prignitz, in Märkisch-Oderland oder in der Uckermark bewirtschaften außerlandwirtschaftliche Investoren bereits große Teile des Agrarlandes. Dabei geht es nur darum, die Profite der Anteilseigner zu steigern, nicht aber die landwirtschaftliche Wertschöpfung in der Region zu halten und unsere Kulturlandschaft wertzuschätzen.

Deshalb wollen wir Bündnisgrüne sofort die Praxis der BVVG stoppen, Boden zum Höchstpreis zu verkaufen. Brandenburg braucht stattdessen eine aktive Bodenpolitik, die gezielt bäuerliche Agrarstrukturen sowie Existenzgründungen in der bäuerlichen Landwirtschaft fördert. Dazu gehören die Wiederherstellung geeigneter Hofstellen und das Management eines Flächenpools für Existenzgründungen.

Besonders die großen Agrarbetriebe in Brandenburg stehen auf dem „Speiseplan“ von Finanzinvestoren. Je größer ein Betrieb ist, desto schwieriger wird es, die Nachfolge zu regeln. Deshalb wollen wir bodenpolitische Instrumente schaffen, um dem Aufkauf durch immer größere Betriebe vorzubeugen. Hierzu fordern wir auch mehr Transparenz auf dem Bodenmarkt, insbesondere eine verschärfte Anzeigenpflicht bei Landverkäufen und Neuverpachtungen. Private Landverpächter wollen wir besser aufklären, wie sie mit ihren Flächen eine nachhaltige Landwirtschaft fördern können.

Neustart für den Ökolandbau in Brandenburg

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bietet einen großen, weiter wachsenden Markt für „Bio made in Brandenburg“. Doch die Nachfrage wird aktuell nicht annähernd aus der Region gedeckt. Hier liegen riesige Chancen für neue Arbeitsplätze und mehr regionale Wertschöpfung in Brandenburg. Trotzdem hat die rot-rote Landesregierung die Förderung für den Ökolandbau gestoppt und handelt völlig planlos.

Wir Grüne garantieren dagegen eine verlässliche Politik zur Förderung des Ökolandbaus. Denn die ökologische Landwirtschaft ist die beste Lösung für die Probleme unserer Zeit. Sie setzt auf natürliche Kreisläufe und artgerechte Tierhaltung. Sie arbeitet mit der Natur und nicht gegen sie. Damit trägt der Ökolandbau besonders dazu bei, Bodenfruchtbarkeit, Klima, Trinkwasser und die Artenvielfalt zu schützen. Deshalb wollen wir langfristig 100 Prozent Ökolandbau in ganz Brandenburg ermöglichen.

Hierzu werden wir eine langfristige Strategie und einen Aktionsplan vorlegen. Die Förderung für den Ökolandbau (z.B. Prämien für Umstellung und Beibehaltung) wollen wir erhöhen und langfristig absichern. Den Aktionsplan werden wir mit Programmen zur gezielten Investitionsförderung untersetzen, vor allem in den Bereichen Verarbeitung und Vermarktung. Zudem wollen wir die Ausbildung, die praxisorientierte Forschung und den Wissenstransfer besser fördern. Gemeinsam mit den in Brandenburg vorhandenen Akteuren (HNE Eberswalde, FÖL, ZALF, Bio-Anbauverbände) wollen wir ein Kompetenzzentrum Ökolandbau entwickeln. Hierzu werden wir die EU-Mittel für die Agrarumweltprogramme entsprechend umschichten.

Immer mehr Menschen möchten ihre Heimatverbundenheit auch mit dem Einkaufskorb zum Ausdruck bringen. Regionalität liegt im Trend. Für uns Bündnisgrüne ist Regionalität umso wertvoller, wenn sie mit ökologischen und sozialen Standards verbunden ist. Sollte die Bio-Branche in Brandenburg und Berlin Sinn und Notwendigkeit für ein regionales Bio-Siegel sehen, dann werden wir entsprechende Initiativen unterstützen.

Weniger Agrochemie und Gülle auf unsere Äcker und Wiesen

Agrochemikalien werden immer häufiger als integraler Bestandteil von Betriebsabläufen benutzt. Getreide wird mit Totalherbiziden „reif“ gespritzt. Schweine werden mit künstlichen Hormonen „synchronisiert“. Die Gülle aus der Massentierhaltung hat mit wertvollem Wirtschaftsdünger aus bäuerlicher Tierhaltung oft nur noch wenig zu tun, landet aber trotzdem

auf unseren Äckern. All das verpestet unsere Böden, die Luft und unsere Seen und Flüsse. Es gefährdet unsere Gesundheit und führt zum Verlust der biologischen Vielfalt. Nach guten Erfolgen im Naturschutz nehmen vor allem die Bestände unserer heimischen Feldvögel in den letzten Jahren dramatisch ab. Dies ist ein sicheres Signal für uns alle, dass etwas falsch läuft auf Brandenburgs Äckern.

Wir fordern daher verbindliche Ziele und Maßnahmen, um den Einsatz von Agrochemikalien sowie die Stickstoffbelastung unserer Böden und Gewässer deutlich zu reduzieren. Außerdem wollen wir die unabhängige Weiterbildung und Beratung stärken, um unsere natürlichen Ressourcen besser zu schützen. Wir unterstützen Initiativen zur Besteuerung von Pestiziden, Antibiotika und Kunstdüngern. Die Kapazitäten für die Überwachung des Pestizid- und "Pflanzenschutzmittel"-Einsatzes wollen wir erhöhen und eine entsprechende Kontrollinstanz auf Landesebene etablieren. Die Erforschung und Anwendung alternativer Verfahren zum Pflanzenschutz wollen wir besser fördern.

Für ein gentechnikfreies Brandenburg

Die Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie mit unkalkulierbaren Folgen für unsere Nahrungsketten. Sie ist mit den Zielen des Verbraucherschutzes und des Naturschutzes unvereinbar. Sie bietet keine Lösungen für die spezifischen Probleme unserer Landwirtschaft und passt zu null Prozent zum Image, das wir für Brandenburgs Landwirtschaft anstreben.

Die Agro-Gentechnik spart weder Pflanzenschutzmittel noch führt sie dauerhaft zu höheren Erträgen. Für die Hungerbekämpfung auf unserer Erde spielt sie keine Rolle. Die Agrogentechnik treibt die Industrialisierung der Landwirtschaft weiter voran. Sie schränkt die Vielfalt auf unseren Feldern und Wiesen ein – und auf unseren Speiseplänen.

Wir halten die Koexistenz von gentechnikfreier Landwirtschaft und Agrogentechnik für unmöglich. Deshalb wollen wir Brandenburg zur gentechnikfreien Region machen. Wir wollen stattdessen die Vielfalt regional angepasster Kulturpflanzen fördern. Saatgut-Initiativen, Erhalter-Netzwerke und die regionalen Initiativen gegen Gentechnik werden wir entsprechend unterstützen.

90 Prozent der deutschen Bevölkerung wollen keine genmanipulierten Pflanzen. Doch die Gen-Lobby schläft nicht. Im Januar 2014 stimmten SPD und CDU im Bundestag gegen die

Ablehnung der Zulassung für den Genmais 1507. In Brüssel hat sich die schwarz-rote Bundesregierung enthalten und damit dem Genmais den Weg frei gemacht.

Auch das geplante Handelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA birgt die Gefahr, dass Gentechnik erneut auf unseren Tellern landet. Gegen unseren Willen und durch die Hintertür. Dagegen werden wir Grüne entschieden eintreten.

Mehr als Honig – Imkerei in Brandenburg besser fördern

Brandenburgs Imkerinnen und Imker leisten einen unschätzbaren Beitrag für die Landwirtschaft und den Naturschutz. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderer Insekten ist für die Artenvielfalt von Wildpflanzen und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch den hohen Pestizideinsatz und die Monokulturen ist die Vitalität aller Insekten stark gefährdet und die Anfälligkeit für Krankheiten erhöht. Heute werden nur noch etwa 35.000 Bienenvölker in Brandenburg gehalten – viel zu wenig.

Langfristig verfolgen wir das Ziel, die Bienenhaltung in Brandenburg wieder flächendeckend auf etwa 130.000 Völker zu steigern. Hierzu wollen wir alle Maßnahmen zur Förderung der Imkerei bündeln und besser koordinieren. Außerdem schlagen wir ein gesondertes Agrarumweltprogramm vor, das den Imkernachwuchs, die Anlage von Blühstreifen und andere Möglichkeiten zur Bienenweide sowie die Berufsimkerei gezielt unterstützt.

Schäfferei

Brandenburgs Schäffereien vereinen in besonderer Weise unsere agrarpolitischen Grundsätze. Sie erhalten die Vielfalt und Schönheit unserer Kulturlandschaft und tragen durch die Beweidung der Deiche zum Hochwasserschutz an Elbe und Oder bei. Die meisten Betriebe befinden sich in Familienbesitz, die Schafe werden artgerecht gehalten und folgen dem saisonalen Futterangebot. Doch viele Betriebe mussten in den letzten Jahren aufgeben. Die Schafbestände sinken ungebremst. Schäffereien besitzen traditionell kaum eigenes Land. Doch genau hieran ist Agrarförderung gebunden. Und auf dem angespannten Bodenmarkt haben sie kaum Chancen. Dieser Teufelskreis ist für unsere Schäfferinnen und Schäfer momentan nicht zu durchbrechen.

Deshalb wollen wir die Schafhaltung, insbesondere die Weidehaltung in Brandenburg deutlich besser fördern als bisher. Hierzu werden wir ein entsprechendes Agrarumweltprogramm auflegen, das eine Hüte-Prämie, eine Mutterschaf-Prämie und die Anlage von Blüh- und

Weidestreifen beinhaltet. Dies fördert auch die Imkerei. Außerdem wollen wir die regionale Verarbeitung und Vermarktung von Schafprodukten besser fördern.

Die von uns unterstützte Wiederbesiedlung unserer Landschaft durch den Wolf stellt die Schäfereien in einigen Regionen vor neue Probleme. Hier wollen wir die Schäfereien besser unterstützen und den Kauf sowie die Haltung von Herdenschutzhunden fördern.

Bäuerliche Landwirtschaft braucht die Zivilgesellschaft

Weil gute Landwirtschaft viel mehr bedeutet als Nahrungsmittelproduktion, braucht sie den gesellschaftlichen Dialog. Angesichts von jährlich etwa 400 Millionen Euro an Direktzahlungen und fast 300 Millionen für die ländliche Entwicklung ist es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Zivilgesellschaft, die Verwendung dieser Mittel zu hinterfragen. Wir Bündnisgrüne setzen hierbei auf Konzepte, die das Verständnis und die Kommunikation zwischen Bäuerinnen und Bauern sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern. Deshalb unterstützen wir das „Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg“, das den gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft in unserer Region anstoßen will.

Zu Brandenburgs Agrarlandschaft gehören längst auch neue Formen der Solidarischen Landwirtschaft, Food-Coops, Saatgut-Initiativen, Urban-Gardening-Gruppen, Organisationen wie Slow Food oder Dorfladen-Initiativen und viele andere mehr. Für uns Grüne sind diese unverzichtbare Partner für eine vielfältige Agrarkultur im besten Sinne des Wortes. Denn sie leisten einen enormen Beitrag für die Umwelt- und Ernährungsbildung. Sie machen Lust auf Landwirtschaft. Damit können sie auch zum Reservoir für den bäuerlichen Nachwuchs von morgen werden, den Brandenburg für eine Landwirtschaft der Zukunft dringend braucht. Deshalb unterstützen und begrüßen wir diese Initiativen.

Förderung einer regionalen Esskultur und einer modernen Verbraucherpolitik!

Eine grüne Agrarwende braucht eine neue Allianz zwischen Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diese wissen, dass gesunde, nachhaltig erzeugte Lebensmittel nicht zu Billigstpreisen zu bekommen sind. Sie bringen den gesellschaftlichen Leistungen unserer Bäuerinnen und Bauern die notwendige Wertschätzung entgegen. Dieses Verständnis sowie eine umwelt- wie gesundheitsbewusste Ernährung lassen sich nicht verordnen. Sie können nur im Dialog, durch Bildung und Aufklärung wachsen. Diesen Prozess werden wir aktiv fördern.

Damit deutlich weniger Lebensmittel auf dem Müll landen, wollen wir Netzwerke zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Händlern und Verbrauchern unterstützen, z.B. Initiativen, die Obst und Gemüse verarbeiten, das für den Handel „nicht ansehnlich“ genug ist.

Wir treten für eine eindeutige Deklaration von Lebensmitteln und gegen irreführende Werbung ein. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen können, unter welchen ökologischen und sozialen Bedingungen die Produkte hergestellt wurden. Um die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren, ist eine starke, unabhängige Beratung notwendiger denn je. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der Verbraucherzentralen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft finanziell stärken und ausbauen.

Wir wollen die Qualität der Schulverpflegung deutlich verbessern. In Schulen und Kitas wollen wir das Thema Ernährung stärker in Bildungskonzepte einbauen. Dazu wollen wir ein Programm zur Förderung von Schulbauernhöfen, Schulgärten und Schulküchen einführen, in denen vor allem ökologische und regionale Produkte verarbeitet werden. Die Vernetzungsstelle Schulverpflegung werden wir langfristig und besser finanziell absichern, um deren Arbeit auch in den Regionen besser zu unterstützen.

Die Agrarwende ist wählbar. Jede Stimme für Grün ist eine Stimme für:

- ... ein gentechnikfreies Brandenburg
- ... artgerechte Tierhaltung und ein Ende der Massentierhaltung
- ... eine konsequente Umstellung der Agrarförderung auf Umwelt- und Tierschutz
- ... unseren Aktionsplan zum Ausbau des Ökolandbaus
- ... eine aktive Bodenpolitik zugunsten bäuerlicher Agrarstrukturen statt Landgrabbing
- ... weniger Gift auf unseren Äckern und weniger Antibiotika in unseren Ställen
- ... eine bessere Unterstützung der Imkerei und der Schäferei in Brandenburg
- ... aufgeklärte und selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher

4. Gute Bildung – Mehr Qualität in Kita und Schule ermöglichen!

Welche Schule ist die beste für unser Kind? Diese Frage treibt die Eltern vieler Kinder und Jugendlicher um. Gute Bildung für alle Kinder – das ist für uns Bündnisgrüne die zentrale Frage der Gerechtigkeit unserer Zeit. Denn nur gute Bildung eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Kinder und Jugendliche sind neugierig, voller Wissensdurst und voller Fragen. Sie haben unterschiedliche Anlagen und Fähigkeiten und entwickeln sich individuell. Wir wollen ein Bildungssystem, das den Wissensdurst erhält und die Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit optimal fördert. Wir Bündnisgrüne unterstützen deshalb Konzepte, die den Selbstbildungsprozess der Kinder und Jugendlichen von Beginn an erkennen und begleiten. Für uns stehen die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Darum wollen wir die Schulen (und Kitas) an die Kinder und Jugendlichen anpassen und nicht mehr fragen: Zu welcher Schulform passt das Kind?

Mehr Informationen zu unseren bildungspolitischen Vorstellungen finden Sie in unserem Parteitagebeschluss „Bildung ist Brandenburgs Zukunft“ unter <http://gruenlink.de/50d>.

Gute Bildung wächst von unten – Für eine Politik des Ermöglichens

Wir Bündnisgrüne sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen. Deshalb setzen wir auf eine „Politik des Ermöglichens“. Wir wollen Freiräume schaffen für Kitas, Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Freiräume, in denen alle Akteure selbstständig gute Arbeit leisten können. Und wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Sie alle sollen daran mitwirken können, dass in Brandenburg kommunale Bildungslandschaften entstehen.

Diese Zusammenarbeit wollen wir vor Ort, aber auch auf Landesebene voranbringen. Dazu wollen wir beispielsweise die Vertretungsorgane von Schülerinnen und Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen um die Einrichtung eines Landes-Kita-Beirates.

Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden. Wir wollen zudem prüfen, inwieweit der Einfluss und die Kompetenzen der Kommunen auf die Schulen erweitert werden kann.

Die Welt entdecken dürfen: Frühkindliche Bildung verbessern

Die ersten drei Lebensjahre entscheiden besonders über die Entwicklung eines Menschen. Nur wenn das Lernen Freude macht, können sich die eigenen sozialen, emotionalen, motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten voll entwickeln. Hieran wollen wir die frühkindliche Bildung ausrichten. Nicht zuletzt die „Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit“ (Nubbek) zeigt: Es ist noch Luft nach oben. Wir wollen daher mit unserer Bildungspolitik den Rahmen setzen, damit die Qualität in Brandenburgs Kitas steigt.

Hierfür wollen wir Betreuerinnen und Betreuer von Kleinkindern in Brandenburg vor allem besser bezahlen. Wir begrüßen, dass der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers jüngst im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) als mit einem Bachelor-Abschluss gleichwertig eingestuft wurde. Damit erfährt der Beruf die Anerkennung, die ihm durch die gewachsenen Anforderungen der letzten Jahre zukommt. Zudem unterstützen wir eine länderübergreifende Initiative, mit der die vorhandenen Ausbildungswege besser aufeinander abgestimmt werden.

Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte. Tagesmütter und Tagesväter sind für uns keine Notnagel für fehlende Kitaplätze – sondern gleichberechtigte Akteure in der frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsarbeit. Auch hier muss eine gute Qualität der Arbeit möglich sein. Auch für Tagesmütter und Tagesväter muss gelten: Gute Ausbildung, Evaluierung und Bezahlung.

Für mehr Qualität in den Kitas wollen wir in der nächsten Legislatur 150 Millionen Euro investieren. Wir wollen den Betreuungsschlüssel auf 1:5 für die Unterdreijährigen und 1:11 für die 3- bis 6-Jährigen anheben und die Leitungsfreistellung verbessern. Wir wollen außerdem verbindliche Eingewöhnungsphasen und die Anrechnung von Fort- und Weiterbildung umsetzen. Die Kommunen wollen wir stärker einbinden, wenn es darum geht, die Qualität in den Kitas zu verbessern.

Damit sich Kinder optimal entwickeln können, brauchen sie die Unterstützung verschiedener Berufsgruppen. Hierzu wollen wir in den Kitas sogenannte multiprofessionelle Teams einsetzen. Neben Erzieherinnen und Erziehern gehört hierzu auch Personal aus den Bereichen der

Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Ein zentraler Baustein der frühkindlichen Bildung ist der Erwerb der Sprache. Deshalb wollen wir die Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung erhöhen. Die Kinder und Eltern benachteiligter Familien brauchen unsere besondere Unterstützung. Für sie wollen wir niedrigschwellige Beratungs-, Bildungs- und Therapieprogramme anbieten.

Wir wollen zudem die Evaluierung der Kita-Qualität rechtlich verbindlich regeln. Die Ergebnisse der Evaluierung wollen wir in einer Weise öffentlich zugänglich machen, die niemand an den Pranger stellt. Sie soll vielmehr allen Beteiligten ermöglichen, die Qualität unserer Kitas weiter zu verbessern.

Flexible Antworten für die Grundschule

Wir stehen für eine Bildungspolitik, in der die Qualität der Schule im Mittelpunkt steht. Welche Schulform die geeignetste ist, kann regional ganz unterschiedlich sein. Wir wollen daher eine flexible Schulstruktur, die zu den regionalen Bedingungen passt und von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kommunen mitgetragen wird. Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb setzen wir für pragmatische Lösungen vor Ort ein. Damit wollen wir möglichst viele Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an den Bildungszielen zuzulassen.

Um hier mehr Flexibilität zu schaffen, wollen wir beispielsweise Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4. Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse ermöglichen. Dabei wollen wir auf der Basis pädagogisch tragfähiger Konzepte und dazu fortgebildeter LehrerInnen jahrgangsübergreifendes Lernen in Filialen mit 30 und vollständige Grundschulen mit 45 Schülerinnen und Schülern möglich machen. Solche Kleinstgrundschulen sind aber keine flächendeckende Lösung. Oft hilft aber auch schon, passgenaue Lösungen für den Schulverkehr zu entwickeln, um die Fahrzeiten zur nächsten Grundschule deutlich zu verkürzen. Wir wollen, dass das Land die Kommunen und Kreise hier beim Erfahrungsaustausch unterstützt.

Auch innovative Projekte wie etwa den um die 1. bis 3. Schulklasse erweiterten kommunalen Kindergarten oder Konzepte für Fernunterricht in der Sekundarschule wollen wir unterstützen. Gleiches gilt für Schulverbünde, wenn diese gefragt sind. Hier wollen wir den rechtlichen Rahmen dafür schaffen, dass sie auch über Kreis- und Ländergrenzen hinweg errichtet werden können.

Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge

Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können. Und auch beim Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung wollen wir Bündnisgrüne alle Beteiligten an einen Tisch bringen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Denn die Übergänge im Bildungssystem gehören zu den sensibelsten Phasen. Hier werden Bildungschancen gefördert oder vertan. Hier haben Eltern, Kinder und Jugendliche Ängste und Unsicherheiten. Gerade in diesen sensiblen Phasen muss es möglich sein, dass Erkenntnisse weitergegeben und die Lehrenden über alle Entwicklungen der Bildungskarriere informiert sind. Nur so können spezifische Maßnahmen für die nächste Bildungsphase entwickelt werden. Dafür braucht es Zeit – und zwar bezahlte Arbeitszeit.

Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse 6

Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule entscheidet – und die beste Schulform ist die, die regional passt. Für die Qualität aber ist es unterstützend, wenn die Kinder und Jugendlichen deutlich länger gemeinsam lernen können. Denn eine frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schultypen erzeugt enormen Druck bei den Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften. Vor allem aber ist sie zutiefst unsozial – denn die Grundschulempfehlung für ein Kind hängt vor allem von seiner sozialen Herkunft ab. Dies macht die Kinder aus benachteiligten Familien zu Verlierern in unserem Bildungssystem.

Die bestehende Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Als erster Schritt zur Veränderung muss daher die Oberschule gestärkt und zu einer Schule weiterentwickelt werden, die auch den Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir wollen eine Schulform, die so lange wie möglich alle Abschlüsse offen lässt und niemanden frühzeitig ausschließt. In Brandenburg setzt dies die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe am besten um. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse und länger ermöglichen wollen.

Klar ist: Wo es zu wenige Kinder und Jugendliche gibt, können die Schulformen Gymnasium, Oberschule und Förderschule nicht dauerhaft nebeneinander bestehen. Dies trifft vor allem auf die ländlichen Regionen zu. Deshalb wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen. Diesen Schulen wollen wir ermöglichen, vollständig nach einem binnendifferenziertem Konzept zu

unterrichten. Dabei soll die Klassenfrequenz maximal 25 betragen. So ist aus unserer Sicht längeres gemeinsames Lernen optimal möglich.

Flächendeckende Oberstufenangebote für ein Abitur nach 12 oder 13 Jahren

Wir wollen die gymnasiale Oberstufe für ein Abitur nach 13 Jahren bedarfsgerecht in allen Landesteilen sichern. Hierzu werden wir die bestehenden Regeln zur Einrichtung bzw. Fortführung kleiner Oberstufen überprüfen und bei Bedarf ändern.

Zudem wollen wir prüfen, inwieweit eine modularisierte Oberstufe machbar ist, in der sowohl ein allgemeinbildendes Abitur als auch ein Berufsabschluss gemacht werden kann. Dies erlaubt Schülerinnen und Schülern, die Oberstufe eigenverantwortlich zu gestalten und eröffnet die Möglichkeit, Oberstufenstandorte mit breiten inhaltlichen Angeboten auch im ländlichen Raum zu erhalten.

Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!

Wir Bündnisgrüne unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems und drängen darauf, Inklusion im Schulgesetz festzuschreiben. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers – ganz gleich ob leistungsstark, mit Förderbedarf, ob durch Krankheit Stoff versäumt wurde oder Probleme im sozialen Umfeld das Lernen behindert werden. Dafür braucht es zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen, zusätzlich zu den 3600 Lehrkräften, die in der nächsten Legislatur altersbedingt ersetzt werden müssen, 500 neue Lehrerinnen und Lehrer für mehr inklusiven Unterricht einstellen.

Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich für Menschen mit Behinderungen zu öffnen und gleichzeitig die besonderen Fähigkeiten der Lernenden zu entwickeln. Damit werden sowohl die Förderschulen als auch die Leistungs- und Begabtenklassen entbehrlich.

Für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören“ und „geistige Entwicklung“ wollen wir inklusive Schwerpunktschulen fördern. Spezialschulen wie z. B. die Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen wollen wir als Kompetenzstützpunkte erhalten. Die besonderen Kompetenzen der Lehrkräfte in den Förderschulen sollen stärker dem gesamten Schulsystem zu Gute kommen. Wir unterstützen es, wenn sich Förderschulen der Regelbeschulung öffnen oder mit anderen Schulen stärker kooperieren oder fusionieren. Wenn Förderschulen dennoch die erforderliche Mindestzahl unterschreiten und geschlossen werden müssen, sollten für die verbleibenden Kinder und

Jugendlichen flexible Lösungen angeboten werden, zum Beispiel in Kooperationsklassen.

Mit den Pilotschulen hört das Inklusions-Konzept der rot-roten Koalition leider nach dem Grundschulbereich auf. Viele Probleme gefährden zudem das gesamte Projekt: Für die inklusive Hortbetreuung wollen wir dazu beitragen, dass sich die Kostenträger endlich über die Bezahlung einig werden. Zudem wollen wir zusätzliches qualifiziertes Hortpersonal einstellen.

Für die Sekundarstufe brauchen wir neue Konzepte zur Inklusion, in die auch die Gymnasien einbezogen werden. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren. Die schulinterne Verwendung der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden. Maßnahmen, die sich in den Pilotschulen für die Förderbedarfe Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache (LES) bewährt haben, sollen übertragen werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern eine weitere Absenkung der Klassengrößen für den inklusiven Unterricht.

Die guten Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit in Brandenburg zeigen, dass es sich um eine sinnvolle Investition handelt. Wir Bündnisgrüne wollen sie darum zusammen mit der schulpsychologischen Betreuung schrittweise ausbauen.

Gute Qualität des Unterrichts ermöglichen

Gute Schule bietet mehr Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. Wir wollen flexiblere Lernrhythmen und zusätzliche Möglichkeiten durch Ganztagsangebote einführen. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen angepasste Unterrichtsräume zu schaffen.

Um die Qualität des Unterrichts zu sichern, wollen wir die Schulen zu einem internen Qualitätsmanagement befähigen. Die Schulvisitation als Verfahren der externen Evaluation zur Qualitätssicherung hat sich bewährt und sollte fortgeführt werden. Hierzu gehört eine gut qualifizierte und gut ausgestattete Schulaufsicht, die Schulen im Umgang und der Arbeit mit den Ergebnissen berät und unterstützt.

Die Landesregierung will die Schulämter und das Landesinstitut für Lehrerbildung (LaLeb) in ein zentrales Landesschulamt mit regionalen Außenstellen umbauen. Wir halten diese Entscheidung für falsch. Die schulortnahe Betreuung durch die Schulämter und die flexible Qualitätssicherung durch das LaLeb halten wir für immens wichtig.

Das Beratungs- und Unterstützungssystem für Schule und Schulaufsicht wurde umstrukturiert. Wir sorgen uns, dass durch die Reform insbesondere in den ländlichen Regionen wichtige fachliche Kompetenzen verloren gegangen sind. Um insbesondere Schulen mit besonderen Problemen oder in Krisensituationen rechtzeitig und wirksam unterstützen zu können, wollen wir deshalb für ausreichend und spezifisch geschultes Personal sorgen.

Die Qualität der Ganztagschulen steigern

Wir wollen Anzahl und Qualität der Ganztagschulen bedarfsgerecht steigern. Wir erwarten von einer guten Ganztagschule eine Rhythmisierung des Tages: Phasen intensiven Lernens wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen, bei dem regionale Produkte genutzt werden.

Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die Jahrgangsstufen vier bis sechs. In der Sekundarstufe I wollen wir die weiterführenden Schulen bedarfsgerecht zu sogenannten gebundenen Ganztagschulen weiterentwickeln. Neue Ganztagschulen erfordern zusätzliches Personal. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle Bildungsangebote gemacht werden können. Für mehr Qualität an Ganztagschulen wollen wir Unterstützungssysteme ausbauen und weiterentwickeln. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Neue Ganztagschulen erfordern zusätzliches Personal. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle Bildungsangebote gemacht werden können. Für mehr Qualität an Ganztagschulen wollen wir die bestehenden Unterstützungssysteme zur Beratung der Schulen ausbauen und weiterentwickeln. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass sich das Personal der Schulen und Horte gemeinsam fortbildet und integrierte Konzepte sowie ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickelt.

Lehramtsaus- und Fortbildung verbessern

Es sind die Lehrerinnen und Lehrer, die neben dem täglichen Unterricht auch die Reformen in der Bildung umsetzen müssen. Aber gute Lehrkräfte fallen nicht vom Himmel ins Klassenzimmer, sondern sind das Ergebnis gezielter Bildungspolitik.

In der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sind erste Reformen auf den Weg gebracht. Die Lehrerstellenzuweisung soll sich künftig auch an einem Sozialindex orientieren. Damit sollen Schulen gezielt dabei unterstützt werden, noch besser auf Kinder und Jugendliche aus Familien mit Lernmittelbefreiung einzugehen. Viele grüne Vorschläge wurden jedoch von Rot-Rot abgelehnt. Guter Unterricht erfordert professionelles und gut ausgebildetes Lehrpersonal. Unser Ziel ist ein bundesweit kompatibles Ausbildungssystem. Wir setzen uns zudem für verbindliche und aussagekräftige Unterstützungstests an den Universitäten ein, die nicht nur bei der Entscheidung für oder gegen den Lehramtsberuf, sondern auch bei der Fächerwahl helfen.

In Brandenburg werden immer weniger reine Gymnasiallehrkräfte gebraucht. Aus diesem Grund sollten wir nur noch Sekundarstufenlehrkräfte ohne Schwerpunktsetzung ausbilden. Diese wären dann von Klasse sieben bis 13 einsetzbar.

Wir halten es für erforderlich, die Praxisanteile auch in den unteren Semestern weiter zu erhöhen. Für alle Praxisphasen sind begleitende Programme von Nöten, für die die Mentoren und Ausbildungskordinatoren Anrechnungstunden erhalten.

Das Thema Inklusion muss eine deutlich größere Rolle in der Ausbildung spielen als bisher. In einer inklusiven Schule müssen die Lehrkräfte noch stärker als bisher in der Lage sein, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen.

Wir Bündnisgrüne fordern eine strukturierte Berufseingangsphase nach dem Studium und für die Rückkehr zum 18-monatigen Referendariat. Die jetzige Schmalspurlösung von 12 Monaten wird dieser sensiblen Phase nicht gerecht.

Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrern ist der Schlüssel zu dauerhaft motivierten und bestens qualifizierten Fachkräften an unseren Schulen. Das Fortbildungsportfolio ist wie bei anderen Berufsgruppen (Mediziner, Juristen etc.) regelmäßig nachzuweisen. Weiterbildung, regelmäßige Supervisionsangebote und Maßnahmen der Organisationsentwicklung im Kollegium sind unentbehrlich für die Qualität. Hierzu sollen die Schulen verbindliche Weiterbildungspläne aufstellen. Zur Umsetzung wollen wir den Schulen ein eigenes Budget ermöglichen.

Gute Bedingungen für gutes Lehren

Gutes Lehren braucht gute Bedingungen. Diese wollen wir mit unserer Bildungspolitik schaffen. Krankheit, Klassenfahrten und notwendige Fortbildungsmaßnahmen führen inzwischen in einem unverträglich hohen Maß zu Unterrichtsausfall und zu außerplanmäßigem Unterricht. Wir treten deshalb für eine Erhöhung der Vertretungsreserve auf sechs Prozent ein. Sollte sich die Budgetierung als nicht praktikabel erweisen, sind entsprechend Lehrkräfte dauerhaft einzustellen. Der hohe Unterrichtsausfall ist auch einem mangelndem Gesundheitsmanagement geschuldet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies endlich auf den Weg gebracht wird.

In Brandenburg werden in den nächsten Jahren viele Lehrkräfte altersbedingt aus dem Dienst scheidet. Wir haben in den letzten Jahren nimmermüde gemahnt, dafür Vorsorge zu treffen. Dies ist nicht geschehen. Im Wahljahr müssen nun mindestens 1.200 neue, fachlich passende Lehrkräfte angeworben werden. Besonders schwer ist dies in ländlichen Räumen. Schon heute sind kaum junge Lehrkräfte für die ländlichen Regionen zu begeistern. Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz neue Lösungen ermöglichen wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung oder auch die stellenwirtschaftliche Absicherung von Beförderungsmöglichkeiten. Hierzu wollen wir Modellprojekte ermöglichen. Bürgermeister und Landräte, die nach eigenen Möglichkeiten suchen, wollen wir unterstützen. Unsere Studie „Was tun gegen Lehrermangel auf dem Land?“ finden Sie unter <http://gruenlink.de/50e>.

Die Bezahlung im Bildungssystem darf sich nicht länger am Alter der Lernenden orientieren. Es sollte vielmehr an die pädagogische Qualifikation und Leistung der Lehrkräfte gebunden sein. Mittelfristig sollen daher alle Lehrkräfte unabhängig vom Lehramt mit einem einheitlichen Einstiegsgehalt beginnen. Damit wollen wir Grüne die Arbeit der Lehrkräfte an Grundschulen aufwerten. Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein. Der ruinöse Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von Lehrkräften muss beendet werden, genauso wie die Verbeamtung von Lehrkräften. Wenn dies gelingt, wollen wir durch eine bundesweite Regelung die Verbeamtung der Lehrkräfte beenden. Bei den Leitungsstellen wollen wir mehr Aufgaben auf Zeit vergeben statt neue Funktionsstellen zu schaffen. Zur Entlastung von Verwaltungsaufgaben können an großen Schulen auch hauptamtliche Verwaltungsleitungen eine Lösung sein.

Der Beruf des Lehrers beziehungsweise der Lehrerin hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und die Nutzung neuer Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze innerhalb der Schulen durch die Schulträger ist dazu dringend erforderlich.

Freie Schulen bereichern Brandenburgs Schullandschaft

Freie Schulen bereichern die Schullandschaft Brandenburgs. Sie sind häufig Ausdruck eines aktiven Engagements der Menschen vor Ort und ein Stück gelebte Demokratie. Für uns Bündnisgrüne hat der Staat die Aufgabe, eine gute Bildung für alle zu ermöglichen – in Schulen in öffentlicher ebenso wie in freier Trägerschaft.

Wir wollen alle Schulen im Land finanziell gut ausstatten. Daher setzen wir uns auch für ein faires, transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Freien Schulen ein. Die Wartefrist bis zur Bezuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen, bei bewährten Trägern noch weiter. Auch kleine (Eltern-) Initiativen wollen wir besser unterstützen. SPD und LINKE haben im Landtag durchgesetzt, dass die Schülerkostensätze für die Freien Schulen abgesenkt wurden. Damit bedroht die Rot-Rote Landesregierung die Existenz vieler Freier Schulen, insbesondere der kleineren. Rot-Rot zwingt die freien Träger zu höheren Schulgeldern oder zu größeren Klassen und gefährdet damit die Einhaltung des „Sonderungsverbots“, das es den Freien Schulen verbietet, Schülerinnen und Schülern aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage vom Schulbesuch auszuschließen. Die bündnisgrüne Fraktion im Landtag hat gegen diese Politik Verfassungsklage eingereicht.

Und wir wollen alle Schulen in die Schulentwicklungsplanung und in eine Schulvisitation einbeziehen, ebenso wie in kommunale Bildungslandschaften und in öffentliche Angebote zur psychologischen Beratung, Beratung zu Begabungsförderung oder Unterstützung bei Evaluationsverfahren.

Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn

Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache und Sorbisch als Minderheitensprache besonders berücksichtigt. Das von den letzten beiden Landesregierungen immer wieder vertagte Thema muss jetzt – ein Jahrzehnt nach dem Beitritt Polens zu EU – endlich angegangen werden. Wir wollen Polnisch-Angebote in

Schulen und Berufsschulen ausbauen und passende Weiterbildungen für alle Altersgruppen schaffen. Mittelfristig soll Polnisch auch an Kitas angeboten werden.

Lebenslanges Lernen ermöglichen

Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer demokratischen Gesellschaft. Sie muss allen Menschen in allen Lebensphasen gute Angebote machen – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft.

Wir wollen den Leitgedanken vom „Lebenslangen Lernen“ auch in Brandenburg in die Tat umsetzen. Die Träger von Bildungsmaßnahmen oder Heimbildungsstätten brauchen hierzu eine sichere Finanzierung, um angemessene Löhne für qualifiziertes Personal und perspektivisches Arbeiten zu ermöglichen.

Wir wollen das duale System der Berufsausbildung durch gleichwertige Angebote ergänzen. Das können unterschiedliche Kombinationen von betrieblichen, außerbetrieblichen und schulischen Lernorten sein. Dadurch gewinnt das duale System an Unabhängigkeit gegenüber ökonomischen und demografischen Entwicklungen. Die duale Ausbildung sollte in noch größerem Maße modular aufgebaut sein. Im Sinne des „Lebenslangen Lernens“ können so Phasen der Ausbildung mit Phasen beruflicher Tätigkeit kombiniert werden, um mehr höherwertige Berufs- und Schulabschlüsse zu ermöglichen.

Wir wollen den Zweiten Bildungsweg ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Lange Anfahrtswege sind auch für Erwachsene ein Hindernis für den erfolgreichen Abschluss. Insbesondere in Prüfungsphasen kann die Distanz zwischen Wohn- und Ausbildungsort entscheidend sein. Für Schlussphasen der Abendschul-Abiturausbildung und für die Kolleg-Angebote ist daher der Bedarf an Wohnraum am Ausbildungsort zu bestimmen. Besteht ein solcher, sind Förderinstrumente für zeitlich befristeten Wohnraum am Ausbildungsort zu prüfen.

Mehr Geld für Bildung

Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die Zukunft. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer Herkunft, von ihren Lebensumständen und unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Darum wollen wir, dass die „demografische Rendite“ komplett im Bildungssystem verbleibt: Sinkende Schülerzahlen dürfen nicht automatisch zu finanziellen und personellen Einsparungen im Bildungsbereich führen. Wir Grüne wollen, dass an einer Stelle freiwerdende Mittel und Lehrkräfte effektiv eingesetzt werden um Unterausstattungen an anderen Standorten oder in anderen Bereichen auszugleichen. Darüber hinaus wollen wir deutlich mehr Geld für die Bildung bereitstellen und so mehr Qualität in unseren Kitas und Schulen

Wer in Brandenburg grün wählt, ...

- ... macht sich stark für gleich gute Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen
- ... wählt mehr Investitionen in Bildung
- ... verbessert die Qualität der Kitas und senkt den Betreuungsschlüssel
- ... unterstützt wohnortnahe Schulen
- ... unterstützt unsere „Politik des Ermöglichens“ und Freiräume für gute Bildungsarbeit
- ... gibt seine Stimme für zukunftsfähige Bildungslandschaften in Brandenburg

5. Brandenburg auf neuen Wegen – Mobilität für alle Menschen

Ob Ausflug ins Grüne oder die Fahrt zur Arbeit – das Leitbild grüner Verkehrspolitik lautet: Mobilität für alle Menschen. Kostengünstig, sozialverträglich und umweltfreundlich. Denn Mobilität ist in der heutigen dynamischen Gesellschaft unverzichtbar. Verkehr bedeutet aber leider auch: Lärm, Gestank, Flächenfraß und oft mehr Stau als verlässliches und schnelles Fortkommen. Schlechte Verkehrskonzepte machen vielen Menschen das Leben zur Qual und bremsen die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg.

Wir wollen die konzept- und ziellose Verkehrspolitik der Landesregierung aus SPD und LINKEN beenden. Unser Ziel ist es, dass künftig 50 Prozent aller Wege in Brandenburg mit Bus, Bahn, Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden können. Um dies zu erreichen, setzen wir Grüne auf einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), mehr Radverkehr, sichere Straßen und Wege, bessere und barrierefreie Verkehrsmittel, mehr Klima- und Lärmschutz, mehr Elektromobilität und intelligente Lösungen für den Güterverkehr.

Mehr Informationen zu unseren verkehrspolitischen Vorstellungen finden Sie unter anderem in unserem Parteitagebeschluss „Öffentlichen Personenverkehr in Brandenburg attraktiv und zukunftssicher gestalten (<http://gruenlink.de/pfy>).

Öffentlichen Verkehr in Brandenburg attraktiv und zukunftssicher gestalten

Immer mehr Menschen in Brandenburg steigen um auf Bus und Bahn. Die Fahrgastzahlen steigen seit Jahren. Das ist gut, denn mehr öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) bringt mehr Klimaschutz und mehr Lebensqualität in Stadt und Land. Viele Mobilitätsströme in Brandenburg haben Berlin als Ausgangs- und Zielpunkt. Erforderlich sind daher eine gute Abstimmung und eine gemeinsame Verkehrsplanung zwischen Berlin und Brandenburg. Daher fordern wir einen gemeinsamen Landesnahverkehrsplan. Die steigende Pendlerzahl zwischen Brandenburg und Berlin erfordert neue Angebote, vor allem für den Schienenverkehr im Berliner Umland. Wir wollen für kürzere Takte vor allem in den Hauptverkehrszeiten, eine durchgehende Bedienung auch in den Randzeiten und eine Stärkung der Kapazitäten auf den besonders ausgelasteten Linien des Regional- und S-Bahnverkehrs sorgen.

Der Verkehr auf der Schiene ist für uns das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Daher fordern wir: In Brandenburg dürfen keine Strecken mehr entwidmet werden. Wir Grüne wollen stattdessen bestehende Strecken modernisieren und sinnvoll ergänzen. Mit einem integralen

Taktfahrplan Berlin-Brandenburg für Busse und Bahnen können wir die Reisezeiten deutlich verkürzen und so mehr Fahrgäste für den Regionalverkehr gewinnen.

Die Bahnverbindungen nach Polen wollen wir erhalten und durch Modernisierung die Reisezeiten deutlich verkürzen. Auch der übrige öffentliche Verkehr im Grenzgebiet braucht funktionierende Regeln und eine enge Abstimmung mit den polnischen Wojewodschaften (Verwaltungsbezirken). Wir wollen, dass das Land die Kommunen in den Grenzregionen beim grenzüberschreitenden Nahverkehr besser unterstützt.

Finanzierung des öffentlichen Verkehrs sichern

Der Bedarf an attraktiven Angeboten im öffentlichen Verkehr steigt. Doch die Einnahmen aus dem Fahrgastbetrieb reichen dafür bei weitem nicht aus. Wichtigste Säule der Finanzierung sind die sogenannten Regionalisierungsmittel des Bundes. Für uns Bündnisgrüne ist es nicht akzeptabel, dass Brandenburg diese Mittel heute teilweise zur allgemeinen Haushaltsdeckung verwendet und dem öffentlichen Verkehr vorenthält. Auch ist aktuell unklar, ob und in welcher Höhe diese Mittel in Zukunft bereit stehen. Wir wollen Planungssicherheit im Regionalverkehr und setzen uns daher bei der Bundesregierung dafür ein, die Regionalisierungsmittel auch langfristig sicherzustellen.

Ob Fahrpreise, Trassen- oder Stationsentgelte – die Preise der Deutschen Bahn AG steigen. Wir wollen, dass die Gewinne aus dem Netzbetrieb in die regionale Infrastruktur investiert werden. Nur so lässt sich der enorme Investitionsstau bei der Bahninfrastruktur auflösen und das Angebot für Reisende verbessern.

Die Mittel aus dem Topf des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes wollen wir in Zukunft zu gleichen Teilen zwischen ÖPNV und Straße aufteilen (50:50 statt aktuell 30:70). Wir treten dafür ein, diese Mittel auch nach 2019 zu erhalten und die Zweckbindung gesetzlich zu verankern.

Wir wollen gerade in Ballungsräumen den Umstieg vom Auto auf Verkehrsmittel des Umweltverbands attraktiver machen. Dafür bedarf es erheblicher Investitionen in die Infrastruktur. Angesichts sinkender Zuschüsse von Bund und Land fehlt den Kommunen dafür das Geld. Deshalb wollen wir Brandenburgs Kommunen ermöglichen, eine Nahverkehrsabgabe für Investitionen in den ÖPNV zu erheben.

Erfolgreiche Modell-Konzepte für den fahrscheinlosen Nahverkehr wollen wir in einzelnen Kommunen wie zum Beispiel Potsdam möglich machen, indem wir die juristischen Hürden aus dem Weg räumen.

Für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr

Bahnhöfe sind die Visitenkarten unserer Städte und Regionen. Verkommene Bahnhöfe schrecken Fahrgäste ab und schaden unserem Image als Reiseland und Wirtschaftsstandort. Wir setzen uns für attraktive und lebendige Bahnhöfe mit Kundenservice ein und werden ein Bahnhofsentwicklungsprogramm für das ganze Land auf den Weg bringen. Wenn es gute Nutzungskonzepte gibt, können Bahnhöfe auch von Kommunen oder Privaten betrieben werden.

Zu einer attraktiven Bahn gehören barrierefreie Bahnhöfe und Züge ebenso wie leicht verständliche und attraktive Tarife. Wir wollen den Umbau von Bahnhöfen in Richtung Barrierefreiheit voranbringen, er darf nicht länger einzig und allein von der Anzahl der Fahrgäste abhängig gemacht werden. Auch der Ticketkauf muss deutlich leichter werden, an möglichst vielen Bahnhöfen und in allen Regionalzügen per Smartphone oder am Automaten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Fahrkartenkauf auch wieder direkt beim Zugbegleitpersonal möglich wird, ohne Aufpreis und Diskussion.

Der Reiseservice im ÖPNV muss deutlich besser werden - das reicht von der Internetnutzung am Bahnhof und in Zügen bis hin zu kostenlosen Anschlussbuchungen von Taxis, Mietwagen oder Fahrrädern.

Wir setzen uns darüber hinaus für verbindliche Fahrgastrechte bei Ausfall oder Verspätung ein. Was bisher nur im Schienenverkehr gilt, wollen wir auch für Busse im Nah- und Regionalverkehr festschreiben.

BUGA 2015 umweltfreundlich erreichen

Wir wollen dafür sorgen, dass die Bundesgartenschau 2015 in der Havelregion ein nachhaltiger Erfolg wird. Deshalb setzen wir uns für ein integriertes Verkehrskonzept für die fünf Standorte der Gartenschau und die Finanzierung der erforderlichen Verkehrsleistungen ein.

Für einen bezahlbaren öffentlichen Verkehr – Mobilitätsticket ausbauen

Mobilität muss für alle Menschen verfügbar sein. Der ÖPNV ist vor allem für Menschen ohne Einkommen oder ohne eigenen PKW unverzichtbar. Viele Brandenburger Strecken gehen durch Berlin - das Mobilitätsticket für hilfebedürftige Personen wollen wir deshalb auf Berlin ausweiten. Der Schülerverkehr soll kostenlos sein.

Durch Mark und Bein: Radfahren in Brandenburg attraktiver machen

Theodor Fontane würde heute sicher das Rad nehmen, um seine Erkundungen in der Mark Brandenburg zu machen. Radfahren bringt viele Vorteile – für die eigene Gesundheit, für den Geldbeutel, für die Umwelt. Mehr Radverkehr führt zu mehr Lebensqualität und Brandenburg bietet die besten Voraussetzungen: Flaches Land und viele kräftige Beine. Woran es hapert, ist die mangelnde Infrastruktur fürs Radeln. Deshalb schöpft unser Land die Potenziale für mehr Radverkehr längst nicht aus.

Wir Grüne wollen dem Radverkehr neuen Schwung verleihen und einen umfassenden Radverkehrsplan für unser Land auf den Weg bringen: Mit konkreten Projekten wie der Einrichtung von Radschnellwegen und Maßnahmen für mehr Qualität und Sicherheit im Radverkehr. Insbesondere wollen wir die "Empfehlungen für Radverkehrsanlagen" („ERA 2010-Standards“) sowohl für neue als auch bestehende Anlagen landesweit anwenden. Wir wollen mindestens zehn Prozent der Mittel für den Landesstraßenbau und der Verkehrsfördermittel für den Bau von Radverkehrsanlagen bereitstellen.

Radfahren in Brandenburg könnte deutlich mehr Spaß machen. Dafür brauchen wir eine Infrastruktur, die fahrradfreundlich und sicher ist. Deshalb wollen wir neue und kreative Angebote mit gutem Service besser fördern - für den Alltag genauso wie für den Radtourismus: Durch integrierte Fahrradstationen mit Parkraum, Werkstatt, Café und Stromtankstelle für E-Bikes und Pedelecs sowie durch attraktive und besser vernetzte Fahrradleihsysteme in ganz Brandenburg. Vor allem brauchen wir bessere und langfristig auch kostenlose Möglichkeiten zur Mitnahme von Fahrrädern in Zügen und Überlandbussen. Hier sind neue Lösungen gefragt, um Konflikte zwischen Reisenden mit und ohne Rad zu vermeiden.

Um dem Radverkehr in Brandenburg mehr Gewicht zu verleihen, werden wir die Stelle einer/eines hauptamtlichen Fahrradbeauftragten schaffen. Die Belange des Verkehrs per Rad und zu Fuß werden wir besser in der Verkehrsplanung berücksichtigen, indem wir

entsprechenden Interessenvertretungen beim Neu- und Umbau von Verkehrswegen ein Antragsrecht verschaffen.

Fußgängern Raum und Sicherheit bieten

Fußgängerinnen und Fußgängern wollen wir mehr sicheren Raum geben. Wir wollen die immer weitere Verdrängung von barrierefreien Fußwegen und die mutwillige Einschränkung dieses Raumes stoppen. Stattdessen setzen wir uns insbesondere für sichere Straßenüberquerungen und die Sicherung von Fußwegen, beispielsweise durch Polleranlagen ein.

Mobilität besser vernetzen

Mobilität bedeutet mehr als das eigene Auto. Die Frage der Zukunft lautet: Wie erreiche ich schnell und sicher mein Ziel, preiswert, umweltfreundlich und komfortabel? Der eigene Pkw bleibt mangels Alternative wichtig, auch wenn er als Statussymbol bei den meisten Menschen längst ausgedient hat. Stattdessen steigt die Nachfrage nach bezahlbaren, umweltfreundlichen, barrierefreien und vernetzten Formen der Mobilität.

Deshalb wollen wir moderne Park&Ride- sowie Bike&Ride-Plätze fördern, als kombinierte Anlagen und mit neuen Dienstleistungen in Sachen Mobilität, z.B. Ökostrom-Tankstellen (für E-Mobile und E-Bikes und Pedelecs). Es gibt Schätzungen, dass sich mit solchen Angeboten die Zahl der täglich nach Berlin ein- und auspendelnden Autos fast halbieren ließe.

Weiter wollen wir die Organisation von Mitfahrgemeinschaften erleichtern, zum Beispiel durch neue Mitfahrplätze in der Nähe von Autobahnausfahrten, angebunden an den lokalen Busverkehr. Gerade Berufspendler könnten mit Fahrgemeinschaften etwas für den eigenen Geldbeutel und die Umwelt tun. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht.

Auch technische Innovationen wie Mitfahr-Apps und lokale Nachbarschaftsnetzwerke via Internet wollen wir besser fördern, um die Organisation von Fahrgemeinschaften zu erleichtern. Sei es für die Fahrt zum Baumarkt oder für einen Kinobesuch in der Kreisstadt. Damit das auch in ländlichen Regionen möglich ist, wollen wir schnelle Internetverbindungen auch dort ausbauen.

Nicht mehr ganz so neu, aber in Brandenburg noch viel zu wenig verbreitet ist das Carsharing, das auch Menschen ohne Auto individuelle Mobilität ermöglicht. Auch wollen wir neue Wege gehen, z.B. indem wir Kommunen unterstützen, die ihre Fuhrparks in Carsharing-Projekte einbringen. In dünn besiedelten Gebieten unterstützen wir Bürgerautos in den Gemeinden und Gemeindemitfahrzentralen.

Belange von Menschen in verschiedenen Lebenslagen berücksichtigen

Wir treten dafür ein, dass Barrierefreiheit weit gedacht und zum Standard in der Verkehrsplanung wird. Verkehrsplanung wird noch zu oft einseitig aus der Sicht des Berufspendelverkehrs gedacht. Verkehrsmittel müssen aber auch mit dem Kinderwagen, für sehbehinderte und gehbehinderte Menschen, mit viel Gepäck unterm Arm und im Rollstuhl gut erreichbar sein. Fahrstühle und breite Türen, gut beleuchtete Bahnsteige oder verständliche Lautsprecheransagen nutzen allen Menschen und steigern das Sicherheitsgefühl der Menschen und die Attraktivität des ÖPNV. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, dass diejenigen, deren Bedürfnisse bisher ausgeblendet wurden, besser in die Verkehrsplanung einbezogen werden.

Ob E-Mobil, Lastenfahrrad oder Rollstuhl – wir wollen alle Formen individueller Mobilität besser berücksichtigen und die Verkehrsräume Straße, Bus und Bahn vernetzen. Gefragt sind kreative, preisgünstige und ideologiefreie Lösungen. Das reicht von asphaltierten Fahrstreifen neben Kopfsteinpflasterwegen und breiteren Bürgersteigen bis hin zu durch alle Verkehrsteilnehmende gemeinsam genutzten Verkehrsflächen („shared space“). Verkehrsflächen sind Lebensräume, deren Aufenthaltsqualität wir steigern wollen.

Mobilität im ländlichen Raum – Mut zu neuen Ideen

Unser Leitbild der „Mobilität für alle“ gilt natürlich auch für die Menschen in den ländlichen Räumen. Wir Grüne fordern hierfür ein gutes Basisangebot. Wir Grünen wollen bestehende Zugverbindungen, Bahnhöfe und Haltepunkte in Brandenburg erhalten. Für uns gilt: Bedarfshalte sind allemal besser als die vollständige Schließung. Wo es keine Bahn- oder Linienbusverbindungen gibt, wollen wir attraktive Alternativen schaffen. Wir werden die Landkreise dabei unterstützen, neue Mobilitätskonzepte zu erarbeiten, die auf die Bedürfnisse der Menschen in den einzelnen Regionen zugeschnitten sind. Hierbei setzen wir auf die Kreativität vor Ort und kostengünstige wie flexible Mobilitätsangebote, zum Beispiel die Kombination von öffentlichem Verkehr mit Ruf- und Bürgerbussen, Anrufsammeltaxis,

Schulverkehr, Postdienstleistungen und anderem gewerblichen Verkehr oder Fahrgemeinschaften.

Für mehr Klimaschutz und weniger Schadstoffe

Der Verkehr ist auf dem Weg, Europas Klimakiller Nummer eins zu werden. Der CO₂-Ausstoß durch Verkehr ist seit 1990 um 28 Prozent gestiegen. In Brandenburg liegt dieser Anteil etwa bei einem Drittel. Wir Grüne wollen die CO₂-Emissionen im gesamten Verkehrssektor in Brandenburg bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent unter das Niveau von 1990 senken und fordern niedrigere Emissionsgrenzen für PKW und LKW.

Wir wollen die Brandenburger Luft sauberer machen. Die Europäische Richtlinie zur Luftqualität muss auch in Brandenburg konsequent angewendet werden. Die anhaltenden Überschreitungen der Grenzwerte für Luftschadstoffe wollen wir stoppen.

Feinstaub durch Abgase sowie Abrieb von Reifen und Bremsbelägen gefährden die Gesundheit vieler Menschen, vor allem an Straßen mit viel Verkehr. Deshalb brauchen wir emissions- und verbrauchsärmere Fahrzeuge und bessere Konzepte zur Verkehrslenkung, um auch den LKW-Durchgangsverkehr in unseren Städten und Gemeinden zu reduzieren.

Die öffentlichen Verwaltungen, insbesondere die Landesverwaltung, werden unter unserer Beteiligung die nötige Vorbildfunktion einnehmen. Wir setzen hier beispielsweise auf Jobticket-Angebote, Umstellung des Fuhrparks auf effizientere Fahrzeuge, die Bereitstellung von Dienstfahrrädern oder sogenannte Dienst-Fahrgemeinschaften auch mit anderen Dienststellen oder Vereinen.

Für mehr Lebensqualität durch weniger Verkehrslärm

Lärm ist der Zivilisationsmüll unserer Zeit, der die Menschen krank macht. Die größte Lärmquelle ist der Verkehr. Weil Lärm vor allem Menschen mit geringen Einkommen trifft, ist konsequenter Lärmschutz für uns Grüne auch eine Frage der Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern.

In Brandenburg müssen künftig die Lärmgrenzwerte der Weltgesundheitsorganisation WHO gelten. Wir wollen den Lärmschutz stärker in die Raum- und Verkehrsplanung integrieren, nicht nur beim Neubau von Verkehrsstrassen. Wir wollen den Rechtsanspruch auf Lärmschutz auf alle

relevanten Verkehrswege ausdehnen. Die Lärmkartierung des Landes Brandenburg soll in Zukunft mögliche Mehrfachbelastungen durch verschiedene Lärmquellen beachten. Die bisherige Praxis ist nicht tauglich, um wirksamen Lärmschutz für die Betroffenen zu erreichen. Auch für neue Bahntrassen fordern wir maximalen Lärmschutz durch schallabsorbierende Technologien und Schutzwände. Mehr Lärmvorsorge fordern wir auch für Projekte, die zu einem veränderten Verkehrsaufkommen führen, zum Beispiel neue Gewerbegebiete und Logistikzentren.

Wir fordern einheitliche Gesetze für den Lärmschutz und die Lärmsanierung sowie mehr Rechte für Betroffene. Brandenburgs Kommunen wollen wir mit einem Förderprogramm zur Lärmsanierung unterstützen.

Belastungen durch den BER begrenzen: striktes Nachtflugverbot

Am Flughafen BER in Schönefeld werden sich die Flugbewegungen bis zum Jahr 2030 mit geschätzten rund 360.000 Flugbewegungen etwa versechsfachen. Das Land Brandenburg steht als Miteigentümer der Flughafengesellschaft in der Verantwortung, einen wirksamen Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner zu bewirken. Wir Grüne wollen dieser Verantwortung nachkommen und fordern entsprechend dem von uns unterstützten und erfolgreichen Volksbegehren ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Das Konzept für den Schallschutz wollen wir durchsetzen. Die Zahlung pauschaler Entschädigungen statt konkreter Schutzmaßnahmen lehnen wir ebenso ab wie den Bau einer dritten Start- und Landebahn und hiermit verbundene Umsiedlungspläne.

Güterströme umweltfreundlich lenken - LKW-Maut weiterentwickeln

Immer mehr Menschen leiden unter dem wachsenden Güterverkehr. An vielen überörtlichen Straßen ist die Situation unerträglich. Neben den gesundheitlichen Folgen werden auch die Schäden an Gebäuden und Straßen zur Belastung für die öffentlichen und privaten Kassen. Deshalb wollen wir Grüne möglichst viel Güterverkehr auf der Straße vermeiden und auf die Schiene verlagern. Das geht nur mit Investitionen in die Leistungsfähigkeit der Bahn, vor allem entlang der Transitstrecken. Auch deshalb sprechen wir uns für den elektrifizierten Ausbau der „Ostbahn“ Richtung Polen aus.

Die externen Umweltkosten des Güterverkehrs sollen in Zukunft von den Verursachern gezahlt werden. Deshalb wollen wir die LKW-Maut zu einer Logistikabgabe weiterentwickeln und für

LKW ab 3,5 Tonnen auf Bundesstraßen ausdehnen, und zugleich das Ausweichen auf Land- und Ortsstraßen deutlich erschweren.

Wasserstraßen umweltverträglich nutzen

Wir unterstützen den umweltverträglichen Gütertransport auf dem Wasser. Ausbaumaßnahmen an brandenburgischen Wasserstraßen müssen bedarfsgerecht und naturverträglich sein. Überflüssige Projekte mit schlechten Transportprognosen wie den Ausbau des Teltowkanals, der Schleuse Kleinmachnow oder des Oder-Havel-Kanal lehnen wir dagegen klar ab. Für Elbe und Oder fordern wir flussangepasste Schiffe statt milliardenschwerer Umweltzerstörung.

Der Wassertourismus in Brandenburg boomt. Wir machen uns stark für Bundesmittel und neue Finanzierungsinstrumente, um die touristisch genutzten Bundeswasserstraßen in Brandenburg zu erhalten. Wir werden jedoch darauf achten, dass die wassertouristische Infrastruktur ökologisch verträglich saniert und ausgebaut wird.

Straßennetz erhalten statt erweitern

Trotz knapper Kassen leistet sich Brandenburg viele unnütze Straßenbauprojekte mit hohen Folgekosten. Wir sagen: Der Bedarf an Straßen ist bis auf wenige Ausnahmen gedeckt. Wir setzen andere Prioritäten und wollen die vorhandenen Mittel neu verteilen: Für mehr ÖPNV, für mehr Instandhaltung der Straßen und Wege, für mehr Lärmschutz und für höhere ökologische Standards beim Straßenbau. Auf unserem Arbeitsplan steht auch der bedarfsgerechte Rückbau von Straßen, um die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume zu steigern und Kosten zu senken.

Die rot-rote Landesregierung setzt vor allem auf den Bau von Ortsumgehungen zur Lösung von Verkehrsproblemen. Das halten wir für einseitig und falsch. Ortsumfahrungen sind nur sinnvoll, wenn zuvor alle Möglichkeiten genutzt wurden, um Verkehr zu vermeiden, zu verlagern und zu beruhigen.

Wir Bündnisgrüne wollen neue Straßen nur, wenn sie ökologisch vertretbar, ökonomisch sinnvoll und finanzierbar sind. Wir fordern ein nachhaltiges Konzept gegen den sogenannten „Werteverzehr“ der Straßeninfrastruktur in Brandenburg. Aktuell ist völlig unklar, wie hoch der Investitions- und Sanierungsbedarf für Straßen, Brücken und Radwege ist. Auch vor diesem Hintergrund lehnen wir den Weiterbau der A 14 Richtung Schwerin strikt ab. Statt

Milliardensummen in ein unwirtschaftliches Straßenbauprojekt zu investieren, wollen wir die bestehende Bundesstraße ertüchtigen.

Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr

2013 starben mit 170 vor allem jungen Menschen auf unseren Straßen wieder mehr als in den Jahren zuvor. Brandenburg liegt in dieser traurigen Statistik seit Jahren ganz vorn. Damit können und wollen wir Grüne uns nicht abfinden. Unsere Vision heißt: „Null Verkehrstote“. Wir setzen uns auf Brandenburgs Straßen für mehr Rücksicht, Entschleunigung und eine defensivere Fahrweise ein.

Auch Tempo 120 auf Autobahnen ist ein wesentlicher Beitrag für mehr Verkehrssicherheit. Und unsere Kommunen sollen gemeinsam mit den Menschen vor Ort eigenverantwortlich darüber entscheiden können, wo Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden. Wir wollen die rechtlichen Hürden abbauen, die das bisher erschweren.

Wer in Brandenburg grün wählt, gibt seine Stimme für...

- ... eine leistungsfähige, zukunftsweisende Mobilität in Stadt und Land
- ... eine attraktive Infrastruktur für Fahrräder, Elektromobile, E-Bikes und Pedelecs
- ... intelligente und komfortable Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel
- ... mehr Klima- und Lärmschutz auf der Straße, der Schiene und am Flughafen BER
- ... mehr Sicherheit und Lebensqualität im Verkehrsraum
- ... den Vorrang von Straßenerhalt und Modernisierung statt naturzerstörendem Neubau

6. Brandenburgs Kommunen: zukunftsfest, nachhaltig und bürgernah

Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte, Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen.

Die Kommunen sind zugleich wichtige Keimzellen der Demokratie. Hier engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger täglich für ihr persönliches Lebensumfeld und für das Gemeinwohl. Hier entstehen neue und gute Ideen für unser Land. Deshalb wollen wir Grüne starke Kommunen mit einer lebendigen und direkten Demokratie.

Der demografische Wandel stellt unsere Landkreise, Städte und Dörfer vor große Aufgaben. Hinzu kommt die stark gegenläufige Entwicklung der Kommunen innerhalb Brandenburgs. Im Berliner „Speckgürtel“ wächst die Bevölkerung, die Züge in die Hauptstadt sind überfüllt und neue Schulen und Kitas müssen gebaut werden. Viele berlinferne Städte und Dörfer kämpfen dagegen mit einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung und den damit verbundenen Problemen: Leere Kassen und Wohnungen, geschlossene Schulen und Kitas, bröckelnde Infrastruktur.

Wir Grüne wollen gute Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg. Dies wird nur möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr mitentscheiden können, wenn die Aufgaben zwischen Kommunen und Land sinnvoll verteilt sind und vor allem die Kommunen angemessen finanziert werden. Denn wir sind überzeugt: So unterschiedlich sich Brandenburgs Regionen, Dörfer und Gemeinden entwickeln, so unterschiedlich sehen die konkreten Lösungen vor Ort aus.

Deshalb setzen wir Grüne auf Konzepte zur regionalen und kommunalen Entwicklung, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort aktiv mitgestaltet werden. Diese wollen wir bei Modellprojekten auch finanziell unterstützen. Denn dort, wo die Probleme akut drücken, dort finden die Menschen in der Regel die besten Lösungen. Der notwendige Strukturwandel in Brandenburgs Kommunen kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss von unten wachsen und dort gestaltet werden.

Mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie vor Ort

Zu einer lebendigen Demokratie gehören mehr Bürgerbeteiligung und Stärkung der lokalen Demokratie, mehr Transparenz und bessere Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement.

Deshalb wollen wir,

- dass Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Ortsteil- oder Stadtteilebene möglich sind, wenn sie nur den Orts- oder Stadtteil betreffen;
- den Ausschlusskatalog für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide konsequent entrümpeln: Auch bei Bauvorhaben sollen Bürgerinnen und Bürger mitreden können.
- eine amtliche Kostenschätzung für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einführen – wir wollen, dass die Verwaltung in der Pflicht ist, Kostendeckungsvorschläge zu machen.
- Unterschriften- und Abstimmungsquoten angemessen absenken,
- neue Beteiligungsinstrumente wie z.B. Bürgerhaushalte fördern und unterstützen.
- die Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte von Kindern und Jugendlichen altersgerecht ausbauen und stärken,
- Beteiligungsverfahren fachkompetent durch gute Planung begleiten, um somit Platz zu schaffen für sachliche Auseinandersetzungen.

Wir werden uns bei einer Reform der Kommunalverfassung dafür einsetzen, die Rechte der Kommunalvertretungen gegenüber den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten wieder zu stärken. Wir fordern für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie für Landrätinnen und Landräte eine Verkürzung der Amtszeit von acht auf fünf Jahre parallel zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen. Diese Synchronisierung der Wahlen würde sich auch positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Das Mindestquorum bei der Wahl der Landrätinnen und Landräte wollen wir abschaffen.

Mehr Informationen zu unseren Vorstellungen zur Reform der Kommunalverfassung finden Sie in unserem Parteitagebeschluss „Kommunalverfassung weiterentwickeln: Starke BürgerInnen brauchen starke Rechte“ (<http://gruenlink.de/18f>).

Kommunen sicher und solidarisch finanzieren

Zahlreiche Städte und Gemeinden - vor allem in den berlinfernen Regionen - haben mit massiven finanziellen Problemen zu kämpfen. Trotz enormer Einsparungen können die Ausgaben oft nicht gedeckt werden, von einer Rückzahlung von Schulden ganz zu schweigen. Gleichzeitig steigt der Investitionsstau gerade auf kommunaler Ebene weiter an: Marode

Brücken und Straße, lahmes Internet, unsanierte und schlecht ausgestattete Schulen - die Liste lässt sich lange fortsetzen. Besonders schwierig ist die Situation auch beim fachlich oft mit ständig neuen Aufgaben überhäuft und deshalb nicht entsprechend qualifizierten Verwaltungspersonal.

Viele Kommunen können unter den bisherigen Voraussetzungen ihren Finanzbedarf jedoch auf absehbare Zeit nicht aus eigener Kraft decken. Daher wollen wir die anstehende Kommunalreform zwingend mit einem verbesserten vertikalen und horizontalen Finanzausgleich verbinden. Für die Neuverteilung von Aufgaben gilt aus grüner Sicht klipp und klar: Wer bestellt, der bezahlt! (Konnexitätsprinzip). Die betroffenen Kommunen wollen wir zudem zumindest zum Teil entschulden, wenn sie im Gegenzug langfristige und belastbare Sanierungskonzepte vorweisen. Die angestrebte Reform braucht zudem eine angemessene Anschubfinanzierung.

Zum anderen wollen wir die finanzielle Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft stärken. Dazu kämpfen wir auf Bundesebene für neue, nachhaltige Finanzierungskonzepte. Bausteine hierfür sind die ökologische Ausrichtung der Grundsteuer, die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer sowie die teilweise Übernahme von Sozialabgaben (z. B. Bundesteilhabegesetz).

Für eine bürgernahe, demokratische und effiziente Verwaltung

Die Einwohnerzahlen der Gemeinden und Dörfer gehen gerade in den peripheren Regionen zurück, zugleich sinken die Einnahmen im Landeshaushalt. Wir wollen die knapper werdenden Mittel sinnvoll für Bildung, Kultur und den ökologischen Umbau einsetzen statt für parallele Verwaltungsstrukturen. Daher setzen wir uns, wie von der Enquete-Kommission des Landtages vorgeschlagen, für eine Reform der Landes- und Kommunalverwaltung in der nächsten Legislaturperiode ein.

Diese Reform soll drei wesentliche Ergebnisse bringen:

Erstens sollen einige Aufgaben zwischen Land und Kommunen sinnvoller verteilt werden, damit sie so flexibel, effizient und bürgernah wie möglich bearbeitet werden. Der grüne Grundsatz für diese Neuverteilung lautet: Was vor Ort erledigt werden kann, sollte auch vor Ort erledigt werden. Aufgaben der Landesverwaltung wollen wir aber nur dann den Kommunen übertragen, wenn sie dort personell und mit der notwendigen fachlichen Kompetenz zu bewältigen sind; die Naturschutzverwaltung sollte weitgehend Aufgabe des Landes bleiben.

Starke Gemeinden und Amtsgemeinden sollen in Zukunft das Eingangstor zur gesamten Verwaltung sein, also auch für Angebote der Kreis- und der Landesverwaltung. Gemeinsam mit den neuen Chancen des Internets (E-Government) wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand schaffen mit kurzen Wegen für die Bürgerinnen und Bürger.

Zweitens sollen die Verwaltungsstrukturen im Land so zugeschnitten werden, dass die staatlichen Aufgaben dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der kleineren Städte und Dörfer trotzdem erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht nötig und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin unterstützen. Die Ämter wollen wir entsprechend den Vorschlägen der Enquete-Kommission zur brandenburgischen Amtsgemeinde weiterentwickeln, mit direkt gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Amtsgemeindevertretungen. In dünn besiedelten Räumen sprechen wir uns für eine Flächenobergrenze aus, um zu ausgedehnte Gemeindeverbände zu vermeiden.

Auch auf Kreisebene sind wegen der sinkenden Einwohnerzahlen Verwaltungsleistungen zukünftig nur in veränderten Strukturen bezahlbar. Eine moderate Reduktion der Landkreise halten wir für sachgerecht. Ein Neuzuschnitt soll nur in Ausnahmefällen möglich sein – wenn sich beispielsweise Gemeinden/Ämter über Landkreisgrenzen hinweg zusammenschließen oder wenn regionale Gründe dies sinnvoll erscheinen lassen (z. B. im Siedlungsgebiet der Sorben und Wenden).

Regionalkreise, die den regionalen Planungsgemeinschaften entsprechen würden, lehnen wir ab. Zum einen sind sie verfassungsrechtlich bedenklich, zum anderen stößt auf Grund der Größe demokratische kommunale Selbstverwaltung im Ehrenamt an nicht überwindbare Grenzen.

Drittens wollen wir mit der Kommunal-Reform mehr demokratische Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger schaffen. Die Reform muss in einem breiten bürgerschaftlichen Dialog vorbereitet und durchgeführt werden. Wir wollen, dass das Land hierfür die Voraussetzungen schafft.

Herausforderungen für Berlin und Brandenburg gemeinsam anpacken

Die Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren nichts dafür getan, dass Berlin und Brandenburg zusammenwachsen. Ganz im Gegenteil: Weil für wichtige länderübergreifende Aufgaben nicht gemeinsam mit Berlin Lösungen entwickelt wurden, verstärken sich in vielen

Bereichen die Probleme: z. B. im Schulsystem, bei der Gesundheitsversorgung, beim öffentlichen Nahverkehr, in der Wirtschaftsförderung, bei der Kooperation im Bereich der Gefangenenunterbringung oder auch bei der Dauerbaustelle beider Länder, dem BER. Die gemeinsame Landesplanung wurde ohne Not faktisch aufgegeben und diese wichtigen Aufgaben den fachlich wie finanziell nicht ausreichend ausgestatteten Kommunen und regionalen Planungsgemeinschaften überlassen.

Leidtragende davon sind Schülerinnen, Schüler und Eltern, die sich mit hohen Hürden beim Schulwechsel herumschlagen müssen sowie Pendlerinnen und Pendler, die auf einen funktionierenden länderübergreifenden ÖPNV angewiesen sind. Die Gesundheitswirtschaft, weil statt Aufgabenteilung Konkurrenz die Entwicklungsmöglichkeiten zulasten von uns Patientinnen und Patienten einschränkt. Und nicht zuletzt die Unternehmen, die sich mit zwei verschiedenen Landes-Bürokratien auseinandersetzen müssen.

Wir wollen die Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin deutlich intensivieren und zentrale politische Fragen der Landesentwicklung gemeinsam diskutieren und entscheiden. Denn mit vereinten Kräften lassen sich die genannten Aufgaben sowie die gewaltigen Herausforderungen wie der demografische Wandel, die Energiewende oder der Länderfinanzausgleich ab 2019 besser bewältigen.

Ein gemeinsames Bundesland Brandenburg-Berlin kann es nur geben, wenn die Bevölkerung beider Länder per Volksentscheid die Fusion befürwortet. Wegen des über Jahre fehlenden Gestaltungswillens der Landesregierung hierbei ist eine Fusion jedoch in weite Ferne gerückt.

Wir wollen, dass Brandenburg und Berlin im intensiven Austausch mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Verbänden einen neuen Anlauf zur Schaffung eines gemeinsamen Bundeslandes unternehmen. Dies kann nur auf Augenhöhe beider Partner geschehen und hat zur Voraussetzung, dass für zentrale Fragen – wie insbesondere den Umgang mit der milliarden schweren Verschuldung beider Länder – vorab tragfähige Lösungen gefunden werden.

Starke Kommunen für die ländlichen Räume

Für uns Bündnisgrüne ist der ländliche Raum mehr als nur Landwirtschaft. Wir streiten für lebenswerte Dörfer und Städte mit Kultur und Lebensqualität auch außerhalb des Berliner Speckgürtels. Wir wollen alle unterstützen, die mehr Gemeinsinn in ihren Dörfern und Städten

schaffen. Dafür setzen wir auf mehr Mitbestimmung, mehr Fachkompetenz, auf eine angemessene Finanzierung der Kommunen und gerade im ländlichen Raum auf Vernetzung und den Austausch von Wissen. Hier muss das Land viel stärker unterstützen als bisher. Projekte wie die Koordinationsstellen „Forum ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg“ wollen wir ausbauen. Hier entwickeln Bürgerschaft, Wirtschaft, Verbände und Politik der Regionen gemeinsam Ideen und entscheiden gemeinsam über konkrete Projekte. Auch Dorfwerkstätten und Schulen für ländliche Entwicklung wollen wir fördern, um Modellvorhaben und gute Beispiele zu verbreiten. Um der Kreativität der Menschen vor Ort mehr Raum zu geben, wollen wir auch die entsprechende Einführung von Erprobungsklauseln auf den Weg bringen. Mit einer Enquete-Kommission Ländliche Räume wollen wir in der nächsten Legislatur den Boden dafür bereiten.

Die grüne Stadt entwickeln

Wir wollen unsere Städte zu attraktiven Lebens- und Gestaltungsräumen für die Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Sie sollen Orte für ein vielfältiges Miteinander sein – nachhaltig, mit kurzen Wegen, kulturellen Treffpunkten und lebendigen Innenstädten. Wir wollen für alle die Chancen verbessern, sich vor Ort für eine lebenswerte und attraktive Stadt einzusetzen.

Kern grüner Stadtpolitik ist die integrierte Stadtentwicklung. Gute Stadtplanung gelingt am besten durch frühe Information, verbindliche Beteiligung und fachkompetente Durchführung. Wir wollen die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau und Denkmalschutz erhöhen. Die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen verstärkt in die ökologisch-soziale Stadtentwicklung fließen; hieran wollen wir Förderprogramme des Landes knüpfen. Denn eine entscheidende Bedeutung messen wir der energetischen und funktionalen Modernisierung der kommunalen Infrastruktur bei. Hierbei gilt für uns: Anpassung und Ertüchtigung vorhandener Gebäude und Anlagen soll Vorrang vor Neubau bekommen. Und wir wollen in den Kommunen die Biotopverbünde vorhandener Grün- und Blühflächen (Kleingärten, Parks und bepflanzte Ruhezeiten) erweitern, um so auch in Hitzezeiten das Mikroklima erträglich zu halten.

Wer in Brandenburg bündnisgrün wählt,

... wählt mehr Beteiligungsrechte und direkte Demokratie in seiner Kommune

... sorgt für eine faire und solidarische Finanzierung aller Kommunen

... unterstützt eine Kommunalreform für mehr Bürgernähe und Demokratie, für mehr Kompetenz und Effizienz

... spricht sich gegen Regionalkreise aus

... setzt sich ein für starke Kommunen auch im ländlichen Raum

... wählt eine ökologische und soziale Stadtentwicklung

7. Mehr Demokratie für Brandenburg

Wir Grüne wollen ein demokratisches und tolerantes Miteinander in Brandenburg. Unsere Grundsätze hierfür lauten: Die Politik ist für die Menschen da – nicht umgekehrt. Und: In allen demokratischen Prozessen müssen die verbrieften Rechte von Minderheiten garantiert bleiben.

Mehr Demokratie gibt es nur, wenn politische Entscheidungen durchschaubar und verständlich ablaufen. Die Zeit für einsame Beschlüsse hinter verschlossenen Türen ist vorbei. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne zum einen dafür sorgen, dass Politik sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern besser erklärt. Zum anderen wollen wir die Informationsrechte für die Menschen ausweiten.

Wir wollen die parlamentarische Demokratie ebenso stärken wie die Elemente direkter Demokratie. Hierzu gehört auch, bestehende Hürden abzubauen und die Ergebnisse demokratischer Mitbestimmung ernst zu nehmen. Dies gilt für das Land ebenso wie für die Kommunen (Unsere Forderungen zu mehr direkter Demokratie auf kommunaler Ebene finden sich im Kapitel Kommunales).

Zur demokratischen Kultur in unserem Land gehört für uns auch, transparent und konstruktiv mit der DDR-Vergangenheit umzugehen. Verantwortung muss übernommen werden für geschehenes Unrecht; Verfolgte und Benachteiligte müssen endlich – so weit das überhaupt möglich ist – Wiedergutmachung erfahren. Auftrag für uns alle ist es, die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission in der kommenden Legislaturperiode aufzugreifen.

Eine lebendige Demokratie lebt von kultureller Vielfalt und bürgerschaftlichem Engagement. Wir Grüne werden die Rechte von Minderheiten konsequent schützen und die Zivilgesellschaft weiter stärken. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sagen wir den Kampf an. In Brandenburg ist kein Platz für Nazis.

Information ist die Grundlage der Demokratie

Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns sind zentrale Fragen in einer modernen Demokratie. Wir sind der Überzeugung, dass eine transparente Verwaltung dazu beiträgt, das Vertrauen in Politik und Verwaltung zu stärken, die demokratische Meinungs- und Willensbildung zu fördern und die Kontrolle staatlichen Handelns weiter zu verbessern.

Deswegen wollen wir eine Abkehr vom bestehenden Prinzip des Amtsgeheimnisses hin zu einem zentralen Informationsregister mit proaktiver, vollständiger und zeitnaher Veröffentlichung aller Daten die keiner berechtigten Datenschutz- oder Sicherheitsbeschränkung unterliegen von Seiten der öffentlichen Hand. Dafür wollen wir das bestehende Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz durch ein Informationsfreiheitsgesetz mit Open Data Strategie ersetzen.

Zugleich wollen wir die Daten der Bürgerinnen und Bürger stärken schützen. Meldeämter sollen vor der Weitergabe von Meldedaten die Einwilligung der Betroffenen eingeholt haben müssen.

Lieber direkt – Hürden runter für den Volksentscheid!

Brandenburg liegt im Volksentscheid-Ranking von Mehr Demokratie e. V. mit Platz 13 auf einem der letzten Plätze – Note „mangelhaft“. Noch nie gab es in Brandenburg einen Volksentscheid. Mehr als 20 Jahre und über 30 Volksinitiativen mussten vergehen bis zum ersten erfolgreichen Volksbegehren in der Geschichte Brandenburgs (Nachtflugverbot). Das war ein kleiner Sieg für die direkte Demokratie in unserem Land. Er kam auch deshalb zustande, weil wir Grüne durch unsere Gesetzentwürfe Verbesserungen im Volksabstimmungsgesetz erkämpft haben.

Wir Bündnisgrüne verstehen unter demokratischer Teilhabe mehr als Wahlen alle fünf Jahre. Wir sagen: Die gesetzlichen Hürden der direkten Demokratie sind zu hoch und müssen runter. Deshalb wollen wir erlauben, Unterschriften auch auf der Straße oder in öffentlichen Einrichtungen zu sammeln.

Auch inhaltliche Beschränkungen für Volksinitiativen,- begehren und -entscheide wollen wir abbauen. Bisher sind Initiativen, die sich auf den Landeshaushalt auswirken, unzulässig. Wir Grüne glauben, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch in Finanzfragen über genug Kompetenz und gesunden Menschenverstand verfügen. Deshalb wollen wir auch haushaltsrelevante Initiativen zulassen. Damit könnte das Volk bei Großprojekten wie dem Flughafen BER eingreifen.

Seit in Brandenburg die Landräte direkt gewählt werden, sind sechs von sieben Abstimmungen am Mindestquorum von 15 Prozent gescheitert. Die Wählerinnen und Wähler müssen darauf vertrauen können, dass ihre Wahl zählt. Deshalb wollen wir das Quorum abschaffen und das

Verfahren der sogenannten „Rangfolgewahl“ einführen (Instant-Runoff-Voting).

Alle Macht geht vom Volke aus – auch in den Parlamenten

Auch die parlamentarische Demokratie in Brandenburg wollen wir stärken. Dass in Brandenburg das Wahlalter auch auf Landesebene auf 16 Jahre abgesenkt wurde, war nur mit unseren Stimmen möglich. Als nächsten Schritt wollen wir das Wahlrecht für unsere etwa 30.000 Nicht-EU-Mitbürger und -bürgerinnen für Kommunalwahlen erstreiten. Dies soll auch ein Signal für eine neue Willkommens- und Beteiligungskultur gegenüber Migranten und Migrantinnen sein. Zudem wollen wir das in Brandenburg angewandte Verfahren der Sitzzuteilung nach Hare-Niemeyer durch das Sainte-Laguë-Verfahren ersetzen, welches die Gleichwertigkeit aller Stimmen garantiert.

Die meisten Gesetzesinitiativen kommen nicht aus der Mitte des Parlamentes, sondern aus den Ministerien. Mehr Demokratie braucht ein starkes Parlament. Deshalb wollen wir dem Landtag mehr Kontrollrechte einräumen und die Leistungsfähigkeit der Landtagsfraktionen ausbauen. Ein Recht auf Normenkontrollklage für jede einzelne Fraktion wie in Thüringen wäre hier denkbar. Auch die Auskunftspflicht und Berichtspflichten der Landesregierung gegenüber dem Parlament wollen wir verbessern. Das gilt für die Kontrolle der landeseigenen Unternehmen, für die Arbeit der Landesregierung im Bundesrat und für die Beteiligung des Parlaments bei EU-Gesetzen mit Auswirkungen für Brandenburg.

Gewaltenteilung ist ein wichtiger Grundsatz unserer Demokratie. Doch noch immer sitzen Minister und Ministerinnen auch im Landtag. Das untergräbt die Kontrolle der Regierung durch das Parlament. Deshalb setzen wir uns für die strikte Trennung von Regierung und Parlament ein.

Gläserne Abgeordnete statt gläserner Bürgerinnen und Bürger

Die grüne Fraktion im Landtag Brandenburg konnte durchsetzen, dass die Ausschüsse des Landtages öffentlich tagen. Um Abstimmungen und Entscheidungen noch schneller transparent zu machen, soll auf der Homepage des Landtages das Abstimmungsverhalten bei namentlichen Abstimmungen dargestellt werden.

Für mehr Transparenz wollen wir auch bei Nebeneinkünften und möglichen Interessenskonflikten unserer Politiker und Politikerinnen sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger

haben Anspruch darauf zu wissen, wer sie im Parlament vertritt. Deshalb wollen wir alle Einkünfte sowie Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und andere Funktionen öffentlich machen. Für Interessierte soll es möglich sein, gezielt nach Abgeordneten mit persönlichen Verflechtungen zu einer im Lobbyregister genannten Institution zu suchen. Transparenz über das politische Engagement der Abgeordneten vor 1989 muss ebenfalls hergestellt werden.

Wir setzen uns zudem für klare Verhaltensregeln für Parlament und Regierung ein. Hierzu gehören neue Karenzzeiten für einen Wechsel in die Wirtschaft. Für Mitglieder der Landesregierung und Staatssekretäre fordern wir eine mindestens dreijährige Karenzzeit, wenn ein Zusammenhang zwischen der bisher ausgeübten und der neuen Tätigkeit besteht und dadurch dienstliche Konflikte nicht auszuschließen sind.

Demokratie stärken – DDR-Unrecht aufarbeiten

Unser Land, unsere Demokratie steht in der Pflicht, die Folgen der DDR-Diktatur für die Betroffenen zu lindern und nach Möglichkeit zu beheben. Verfolgte und Benachteiligte müssen deshalb deutlich besser unterstützt werden als bisher.

Opposition und Widerstand in der DDR wollen wir stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken – u. a. durch entsprechende Würdigung von Personen, durch die breitere Verankerung im Unterricht, mit der Förderung von Gedenk-Orten und nicht zuletzt mit der intensiveren Auseinandersetzung hiermit auch in unserer Partei.

Zudem muss zukünftig in diesem Zusammenhang der Fokus auch auf die politische Verantwortung von SED und Blockparteien gelegt werden – viel zu lange wurde die Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelenkt.

Entlang der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ wollen wir in der kommenden Legislaturperiode an diesem wichtigen Thema weiterarbeiten.

Lobbyismus transparent machen

Lobbyismus wie wir ihn verstehen, hat in einer demokratischen Gesellschaft seinen berechtigten Platz. Ob Gewerkschaften, Handwerkskammern, Bürgerinitiativen oder Umweltverbände: Wir Bündnisgrüne wollen die Meinungen verschiedener Interessensgruppen hören und ihre Kompetenzen für Brandenburg nutzen. Genauso wünschen wir uns Parlamentarier und Regierungsmitglieder, die sich gesellschaftlich engagieren. Was wir nicht wollen, ist ein Lobbyismus durch die Hintertür, der den Anschein erweckt, politische Entscheidungen seien käuflich.

Deshalb fordern wir schon lange ein umfassendes, verpflichtendes und sanktionsbewährtes Lobby-Register für Brandenburg. Mit einem jährlichen Lagebild Korruption wollen wir Korruptionsfälle dokumentieren und Maßnahmen der Prävention bilanzieren.

Kulturelle Vielfalt stärken – Aktive Politik für Minderheiten

Die Minderheit der Sorben und Wenden in Brandenburg genießt den verfassungsrechtlichen Schutz ihrer nationalen Identität und ihres angestammten Siedlungsgebietes. Wir Grüne bekennen uns klar zu den Verpflichtungen durch das Sorben-/Wenden-Gesetz und zu den europäischen Verpflichtungen zum Schutz von Minderheiten.

Die kulturelle Vielfalt ist das Markenzeichen der Lausitz - nicht die braune Spree. Der Braunkohleabbau hat zahlreiche sorbische/wendische Dörfer zerstört. Wir wollen das Recht der Sorben und Wenden auf ihre angestammte Heimat schützen und sprechen uns auch deshalb klar gegen neue Tagebaue aus.

Die Sorben und Wenden brauchen keinen Minderheitenschutz „light“, sondern einen, der in der Verfassung des Landes genauso verankert ist wie im alltäglichen Leben. Hierzu gehört aus grüner Sicht die Förderung der niedersorbischen Sprache, nicht nur an den Lausitzer Schulen und Kitas. Und hierzu gehört eine identitätsstiftende Kulturförderung, die finanziell abgesichert ist. Die Festlegung des angestammten Siedlungsgebietes sichert die kulturelle Infrastruktur des Sorbisch/Wendischen und verhindert weitere Verluste. Nicht zuletzt wollen wir dafür sorgen, dass die Finanzierung der Aufgaben aus dem Sorben-/Wenden-Gesetz gesichert wird. Mit Blick auf die Zuschüsse des Landes an die Stiftung für das Sorbische Volk sagen wir Grüne: Der Deckel muss vom Topf – wir brauchen zumindest einen Ausgleich der Inflation.

Wir setzen uns für den Schutz der deutschen Sinti und Roma ein. Die kommende Landesregierung ist aufgefordert, hierzu einen Staatsvertrag mit dem Landesverband der Sinti und Roma abzuschließen. Für die Verankerung der Minderheitenrechte der Sinti und Roma in der Landesverfassung werden wir einen zweiten Anlauf unternehmen.

Kein Platz für Nazis in Brandenburg

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind bis in die Mitte unserer Gesellschaft verbreitet. Um ihnen zu begegnen, wollen wir die Zivilgesellschaft weiter stärken und rassistisch motivierte Gewalt konsequent verfolgen. Bündnis 90/Die Grünen wollen hierzu zivilgesellschaftliche Initiativen, Demokratiebildung und demokratische Jugendarbeit intensiv fördern. Wo immer nötig, werden wir den Opfern rassistischer Gewalt Schutz und Solidarität bieten. Wir werden gegen rechtsextreme Aktivitäten vorgehen und Rechtsextremisten den öffentlichen Raum streitig machen. Kein Fußbreit den Nazis!

Wir fordern die vollständige Abschaffung der unsäglichen CDU-Extremismusklausel. Die Bundesregierung brauchte erst den Druck der Zivilgesellschaft und entsprechende Gerichtsurteile, um hier Änderungen vorzunehmen. Doch auch nach dieser Änderung verunsichert die Klausel tausende Menschen, die sich hierzulande für ein tolerantes Miteinander und gegen rechte Gewalt engagieren. Diese Menschen bekennen sich tagtäglich durch ihre meist ehrenamtliche Arbeit eindeutig zum Grundgesetz. Das muss reichen.

Wir Grüne werden gemeinsam mit allen Kräften der demokratischen Zivilgesellschaft gegen rechtsextreme Muster eintreten. Wo immer die Menschen in Brandenburg sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Toleranz- und Demokratiefeste, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen – sie haben die volle Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Bürgerinitiativen und Aktionsbündnisse wie „Zossen zeigt Gesicht“, „Neuruppin bleibt bunt“ oder „Finowfurt Nazifrei“ wollen wir stärken. Denn Rechtsextreme haben nur dort Erfolg, wo die Zivilgesellschaft ein Vakuum lässt.

In Kampf gegen Rechtsextremismus stehen Prävention und Aufklärung an oberster Stelle. Deshalb bekennen wir uns klar zum Landeskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Funktionierende Strukturen wie die „Mobilen Beratungsteams“ wollen wir langfristig finanziell absichern.

Wer in Brandenburg bündnisgrün wählt

- ... wählt mehr direkte Demokratie für unser Land und will, dass jede Stimme zählt
- ... stärkt die parlamentarische Demokratie und sorgt für mehr Transparenz in der Politik
- ... erhebt seine Stimme gegen Hintertür-Lobbyismus und Korruption
- ... unterstützt die Aufarbeitung des DDR-Unrechts
- ... setzt sich ein für die Rechte der sorbisch/wendischen Minderheit
- ... will in einem toleranten Brandenburg ohne rechte Gewalt leben

8. Anders Wirtschaften: ökologisch, demokratisch, sozial & fair

Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg wollen eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht dem Profit weniger Großkonzerne dient. Eine Wirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht plündert. Für uns macht es einen großen Unterschied, ob unsere Wirtschaft auf erneuerbaren Energien oder auf Kohle- und Atomkraft fußt. Und es macht einen großen Unterschied, ob wir wirtschaftlichen Erfolg mit guter Arbeit oder durch prekäre Jobs erzielen.

Die Grenzen der gängigen Wachstumsideologie werden immer häufiger deutlich. Auch die Wirtschaftspolitik der rot-roten Landesregierung bietet kaum Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit. „Speckgürtel“ und ländliche Regionen driften weiter auseinander. Trotz Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit ein Dauerproblem. Der internationale Wettbewerb steigt ebenso wie die Energiepreise. Ressourcen werden knapp und teuer. Das enorme Tempo technischer Innovationen stellt nicht nur die Wirtschaft vor immer neue Herausforderungen.

Nur eine ökologisch und sozial verträgliche Wirtschaft taugt für die Zukunft. Deshalb setzen wir Grüne im Wettbewerb der Regionen auf Qualität und gute Löhne. Vor allem setzen wir auf Nachhaltigkeit. Umwelttechnologien „Made in Brandenburg“ können als Exportschlager weltweit eine nachhaltige Wirtschaftsweise fördern. Für diese nachhaltige Wirtschaftspolitik geben wir soziale wie ökologische Leitplanken vor. Sie bilden einen verlässlichen ordnungsrechtlichen Rahmen für die privaten und öffentlichen Unternehmen, die in Brandenburgs Wirtschaft investieren. Nur so können wir dauerhaft eine gute Lebensqualität und Wohlstand für alle Menschen in unserem Land erzeugen.

Hierbei wollen wir wegkommen von einem Wohlstandsbegriff, der ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP erzeugt ein Trugbild. Denn es sagt nichts darüber aus, warum wir gern in unserem Land leben. Allergien, Verkehrsunfälle, Umweltzerstörung oder Essen, das auf dem Müll landet – all das erhöht das BIP und sorgt für „Wachstum“. Wir Grüne wollen deshalb Wohlstand neu definieren: Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Brandenburg, der auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit, die Qualität unserer Umwelt und soziale Aspekte berücksichtigt.

Mehr Informationen zu unseren Vorstellungen zu einzelnen Wirtschaftsfeldern finden Sie in den entsprechenden Kapiteln dieses Wahlprogramms sowie ausführlich in unserem Parteitagebeschluss „Nachhaltig Wirtschaften in Brandenburg“ (<http://gruenlink.de/pg2>).

Regionale Wirtschaftsstrukturen stärken

Für uns steht die Förderung regionaler Strukturen im Mittelpunkt unserer Förderpolitik. Denn es sind vor allem die kleinen und mittelständischen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe vor Ort, die Brandenburgs Wirtschaft tragen. Wir wollen jeder Region die Möglichkeit geben, ihre eigenen Potentiale zu entwickeln. Die Gewinne wirtschaftlicher Aktivitäten in einzelnen Regionen sollten auch den Menschen vor Ort zu Gute kommen. Investoren, die unsere Landschaft rücksichtslos verbrauchen und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unfairen Beschäftigungsverhältnissen ausbeuten, wollen wir nicht. Wir setzen auf die Förderung räumlicher und branchenübergreifender Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaftsförderung des Landes wollen wir zur Koordinationsstelle umbauen, um so Regionen, aber auch einzelne Dörfer und Gemeinden bei der Erarbeitung passgenauer Entwicklungskonzepte zu unterstützen. Mit unseren polnischen Nachbarn wollen wir verstärkt grenzüberschreitende Wirtschaftsregionen entwickeln.

Kommunale Unternehmen gehören oft zu den größten Arbeitgebern vor Ort. Sie sind wichtige Auftraggeber für Handwerk, Handel und Dienstleister und zugleich eine gute Rückversicherung der Städte und Gemeinden gegen den Rückzug privater Investoren aus der Fläche. Deshalb wollen wir die kommunalen Unternehmen stärken, aber auch für mehr Transparenz und Kontrolle sorgen.

Förderpolitik neu ausrichten – Zugang zu Eigenkapital verbessern

Brandenburg verfügt dank der Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union über wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum. Wir Grüne wollen damit vor allem Kleinunternehmen und den Mittelstand gezielt fördern. Zugleich wollen wir nur noch fördern, was ökologisch und sozial verträglich ist. Umweltschädliche Subventionen wie die Braunkohleförderung lehnen wir dagegen ab (siehe Kapitel Umwelt).

Vielen Unternehmen mangelt es an Eigen- und Gründungskapital, um ihre guten Ideen in die Tat umzusetzen. Deshalb wollen wir die Beteiligungsfonds des Landes deutlich ausbauen. Die Politik der (verlorenen) Zuschüsse werden wir schrittweise beenden und auf revolvingende Konzepte wie Förderkredite und Beteiligungskapital umstellen. Die Sparkassen, Volksbanken

und private Kreditbanken wollen wir motivieren, mehr in sozial und ökologisch orientierte Unternehmen vor Ort zu investieren, statt mit dem derzeit billigen Geld außerhalb unseres Bundeslandes zu spekulieren.

Eine ökologische Gründerzeit für Brandenburg

Der ökologische Umbau der Wirtschaft soll einen neuen Schub für Gründung und Innovation in Brandenburg auslösen. Grüne Wirtschaftspolitik will diesen Prozess aktiv unterstützen und setzt auf die Förderung ökologisch und sozial nachhaltiger Unternehmenskonzepte. Die Politik der Investitionsbank des Landes Brandenburg ist daher stärker auf die Finanzierung von ökologisch und sozial innovativen Gründungen und Unternehmensnachfolgen auszurichten. Die Beratung hierzu wollen wir ausbauen. Die Gründungsförderung in Brandenburg arbeitet oft in halbprofessionellen Strukturen und viel zu kleinteilig. Derzeit kümmern sich drei verschiedene Landesministerien um dieses Thema. Wir wollen Gründungs- und Nachfolgeförderung organisatorisch bündeln und dauerhaft finanziell absichern. Die Kompetenzen der Handwerks- sowie der Industrie- und Handelskammern wollen wir besser in die Gründungs- und Nachfolgeberatung integrieren.

Innovation braucht ein gutes Klima...

... und ein gutes Klima braucht Innovation. Gute Ideen für den Klima- und Ressourcenschutz sollen schneller zu marktfähigen Produkten werden. Deshalb wollen wir den Austausch und die Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Hochschule, Forschung und Geldgebern gezielt fördern. Hierbei wollen wir vor allem jene Unternehmen unterstützen, die kaum über eigene Spielräume für Forschung und Entwicklung verfügen. Ihnen wollen wir ein gutes Netz von Service- und Beratungsstellen bieten und den Zugang zu gut qualifiziertem Personal sowie zu Forschungsk Kooperationen erleichtern.

Kooperative Wirtschaft für das Gemeinwohl fördern

Wir Grüne wollen neue Wege gehen und in Zukunft verstärkt kooperative und am Gemeinwohl orientierte Formen der Wirtschaft fördern. Auch in Brandenburg wächst die Zahl innovativer Sozialunternehmen, Genossenschaften, Coworking-Initiativen und Stiftungen. Sie arbeiten nach außen marktwirtschaftlich, nach innen solidarisch und basisdemokratisch. Diese Unternehmen sind wichtige Labore für innovative und soziale wie ökologisch verträgliche Wertschöpfung. Hier entstehen neue Formen der Kooperation, hier werden neue Arbeitszeitmodelle ausprobiert.

Deshalb wollen wir Grüne solche Ansätze stärker fördern. Die Kommunen werden wir unterstützen, die hierfür erforderlichen Strukturen zu bieten. Zudem wollen wir für die Förderung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft ein spezifisches Programm auflegen.

Fachkräftemangel

Brandenburgs Unternehmen haben mit einem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Unsere Hoch- und Berufsschulen bilden viele gut qualifizierte Arbeitskräfte aus. Doch viele von ihnen wandern in andere Bundesländer ab. Nur wenn Brandenburgs Unternehmen mehr attraktive Arbeitsplätze schaffen, können wir diesen Trend umkehren.

Grüne Politik will hierzu das Umfeld verbessern – auch deshalb machen wir uns stark für mehr Lebensqualität. Mit guter Bildung, Ausbildung und Betreuung, mit einer gesunden Umwelt und einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr machen wir ein gutes Angebot, damit ganz Brandenburg für qualifizierte Fachkräfte ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten wird. Zudem wollen wir abgewanderte Fachkräfte stärker zur Rückkehr in die frühere Heimat bewegen. Dem guten Beispiel der Willkommensagentur Uckermark wollen wir mit einem landesweiten Programm folgen.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher ist in den letzten Jahren dank bündnisgrüner Politik deutlich gestiegen: Viele Produkte verraten heute, woher sie kommen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden. Damit bekommen die Verbraucherinnen und Verbraucher eine Wahl und können ihre Gestaltungsmacht mit dem Einkaufskorb bewusst nutzen.

Diese Rechte und Wahlmöglichkeiten wollen wir ausbauen. Die Qualität in Restaurants und Gaststätten wollen wir durch ein smiley-System verbessern. Kundinnen und Kunden können auf den ersten Blick das Ergebnis der letzten Lebensmittelkontrolle erkennen. Da wir niemanden an den Pranger stellen wollen, haben die Kontrollierten die Chance, für schlechte Zustände Abhilfe zu schaffen, bevor Ergebnisse veröffentlicht werden. Zudem wollen wir die Personalausstattung des Brandenburger Lebensmittellabors und damit die Lebensmittelüberwachung verbessern und einen jährlichen Lagebericht im Landtag einführen.

Den wirtschaftlichen Verbraucherschutz werden wir Grüne zur Aufgabe der Landespolitik machen und hierzu unter anderem das Landesamt stärken und den Verbraucherschutz als Forschungsthema in Brandenburg etablieren.

Die Verbraucherzentralen als zentrale Lobbygruppe leisten einen entscheidenden Beitrag, um die Verbraucherinnen und Verbraucher unabhängig und kompetent zu informieren und zu beraten. Deshalb wollen wir die Verbraucherzentralen finanziell besser ausstatten. Derzeit erhalten sie ca. 60 Cent pro BrandenburgerIn beziehungsweise Einwohner pro Jahr – das wollen wir auf einen Euro erhöhen.

Der Staat als Käufer: (k)ein gutes Vorbild

Das Land Brandenburg und seine Kommunen geben jährlich rund drei Milliarden Euro aus: Für den Kauf von Büromaterial und Fahrzeugen, für Strom und Wärme, für Reinigungs- oder Wachdienste und vieles mehr. Noch wesentlich höher sind die jährlichen Ausgaben für Baumaßnahmen. Damit ist die öffentliche Hand einer der größten Auftraggeber und trägt entsprechende Verantwortung. Appelle an die Bevölkerung für mehr nachhaltigen Konsum bleiben unglaubwürdig, solange Land und Kommunen nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Die öffentliche Hand soll neue Maßstäbe setzen für eine ökologisch und sozial verträgliche Beschaffung, bei Betrieb und Investition. Hierzu wollen wir Grüne das Brandenburgische Vergabegesetz weiter stärken und verbessern.

Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl ist eine Stimme...

- ... für eine nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik in Brandenburg
- ... für eine gesunde, soziale und umweltverträgliche Wachstumspolitik
- ... für eine Politik, die regionale Strukturen und den Mittelstand besonders schützt
- ... für eine neue ökologische und innovative Gründerzeit in Brandenburg
- ... für eine Politik, die qualifizierte Fachkräfte im Land hält
- ... für den Schutz der Verbraucherrechte
- ... für eine transparente und nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge

9. Gute Arbeit für ein Leben in Würde

Ob Erwerbsarbeit, Ehrenamt oder Familienarbeit: Arbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Gute Erwerbsarbeit ist die Grundlage für ein gesichertes Einkommen, für soziale Anerkennung und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Beruf kommt von Berufung – eine gute Arbeit kann Erfüllung bedeuten. Umgekehrt kann ein schlechter Job eine große Belastung sein.

Viele der neu entstandenen Arbeitsplätze in Brandenburg sind Leiharbeit, befristete Stellen, Minijobs oder im Niedriglohnsektor angesiedelt. Scheinselbstständigkeit durch Werkverträge mit Dienstleistungsgesellschaften ehemaliger Arbeitgeber ist an der Tagesordnung. Der Arbeitsmarkt ist gespalten: Zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben und prekär Beschäftigten. Zwischen Menschen, die unter Überlastung leiden und Menschen, die gern mehr arbeiten würden. Er ist gespalten zwischen Frauen und Männern, zwischen Menschen, die arbeiten dürfen und denen, die aufgrund ihrer Herkunft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Wir Grüne fördern deshalb eine geschlechtergerechte, familienfreundliche und diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Zusammen mit fairen Löhnen und Rechten für die betriebliche Mitbestimmung wird ein solcher Arbeitsmarkt zu einem attraktiven Standortfaktor für innovative Unternehmen und qualifiziertes Personal. Für uns Bündnisgrüne gehören sozialverträgliche Beschäftigung und faire Entlohnung zu den Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens. Unser Land wird im nationalen und internationalen Standortwettbewerb nur bestehen, wenn es auf Qualität setzt statt auf unfaire Arbeitsbedingungen.

Faire Löhne

Nur wenn die Menschen auch tatsächlich von ihren Löhnen leben können, können wir Armut wirksam bekämpfen. In Brandenburg liegt das monatliche Durchschnittseinkommen bei 2.518 Euro brutto und damit weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Mehr als 20 Prozent der Beschäftigten verdienen in Brandenburg weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Viele Menschen arbeiten voll und verdienen so wenig, dass sie ergänzend Arbeitslosengeld II oder andere Leistungen beziehen müssen. Diese "Aufstockerei" ist entwürdigend, belastet die Steuerzahler und subventioniert die Unternehmen. Wir Bündnisgrüne haben uns stark gemacht für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro. Wir

begrüßen den Beschluss der Bundesregierung, ihn bis 2017 einzuführen. Wir werden darauf achten, dass der Mindestlohn nicht von zu vielen Ausnahmen durchlöchert wird.

In Brandenburg wollen wir alle regionalen Handlungsspielräume für faire Löhne ausschöpfen. Unternehmen müssen in Brandenburg schon heute ihren Beschäftigten einen Mindestlohn zahlen, wenn diese für öffentliche Aufträge von Land und Kommunen eingesetzt werden. Wir setzen uns für die konsequente Anwendung, Kontrolle und Verbesserung des brandenburgischen Vergabegesetzes ein, bis der flächendeckende bundesweite Mindestlohn realisiert ist. Auch wollen wir, dass allen Beschäftigten des Landes, die sich nicht in einer Ausbildung befinden, der Mindestlohn gezahlt wird. Denn für viele Beschäftigte gelten die Tarifvereinbarungen des öffentlichen Dienstes nicht, beispielsweise in aus öffentlichen Mitteln finanzierten Einrichtungen oder im Bereich der Dienstleistungskonzessionen und der Zuwendungs- und Förderpolitik.

Lohndiskriminierung von Frauen beenden

Typische Frauenberufe sind schlecht bezahlt. Viele dieser Berufe sind im Niedriglohnsektor angesiedelt. Deshalb bekommen Frauen in Deutschland für gleiche oder gleichwertige Arbeit 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Weil das Lohnniveau in Brandenburg insgesamt sehr niedrig ist, beträgt der Unterschied hier nur 7 Prozent. Wir setzen uns konsequent für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. „Typische Frauenberufe“ beispielsweise in der Pflege müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden. Geschlechterstereotype bei der Berufswahl wollen wir überwinden.

Garantierte Rente

Angemessene Löhne und Gehälter bieten die Grundlage dafür, dass Menschen später von ihrer Rente leben können. Dumping-Löhne, Teilzeitarbeitsplätze, Scheinselbständigkeit und Mini-Jobs ohne Rentenansprüche führen zu Altersarmut. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine steuerfinanzierte Garantierente für alle ein. Sie soll aktuell mindestens 850 Euro betragen. Weiterhin fordern wir ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West.

Arbeit darf nicht krank machen

Mobbing, Nachtarbeit, Termindruck, Überstunden. Ständig erreichbar per Handy oder E-Mail. Immer mehr Menschen klagen über Belastungen am Arbeitsplatz. Brandenburg zählt zu den Bundesländern mit dem höchsten Krankenstand, Tendenz steigend. Psychische Erkrankungen sind immer häufiger die Ursache für Fehlzeiten und inzwischen der Hauptgrund für Frühverrentungen. Sie verursachen nicht nur viel Leid bei den Betroffenen, sie richten enorme volkswirtschaftliche Schäden an. Deshalb wollen wir die betriebliche Gesundheitsförderung stärken. Aufsichtsbehörden und Sozialpartner sollen besser über neue Gesundheitsrisiken aufklären.

Zukunft der Arbeitswelt: familienfreundlich und altersgerecht

Wir leben in einer Gesellschaft, die immer älter wird. Die älteren Beschäftigten bereichern unsere Betriebe mit ihrem Erfahrungs- und Wissensschatz. Deshalb wollen wir Betriebe besser fördern und beraten, die altersgerechte Arbeitsplätze schaffen.

Vielen Familien, besonders Alleinerziehenden fällt es schwer, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Auch die Pflege von Familienangehörigen bringt neue Herausforderungen mit sich. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, ohne Rollenmodelle vorzuschreiben. Frauen wie Männer wollen und sollen sich am Erwerbsleben und an der Familienarbeit beteiligen können. Wir wollen die Wege dafür ebnen, dass mehr Väter Elternzeit nehmen oder Teilzeit arbeiten und sich in der Kindererziehung, Hausarbeit oder Pflege engagieren. Voraussetzung dafür ist gute Kinderbetreuung für alle Altersgruppen (siehe Kapitel Bildung).

Wir werben für eine Arbeitskultur, die den Wiedereinstieg nach einer Pause erleichtert und Teilzeitarbeit möglich macht – für Frauen und Männer. Die Übernahme von Führungspositionen muss auch in Teilzeit oder Jobsharing möglich sein. Führungskompetenz bedeutet nicht dauerhafte Präsenz, sondern dauerhafte Verantwortung. Der öffentliche Dienst sollte hier beispielhaft vorangehen.

Mehr Mitbestimmung im Betrieb

Gute Arbeit setzt eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Entscheidungen voraus. Die Gesetze zur Betriebsverfassung und zur Personalvertretung stärken unsere Wirtschaft. Die darin enthaltenen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte für Betriebs- und Personalräte wollen wir ausbauen. Starke betriebliche Vertretungen sind der Garant für gute Arbeitsbedingungen und können die strukturelle Unterlegenheit von einzelnen Beschäftigten im Arbeitsverhältnis ausgleichen.

Ebenso wollen wir die Beteiligungsrechte der Personalräte in den Landes- und Kommunalverwaltungen sowie anderen öffentlichen Einrichtungen stärken. Den Schlüssel für Freistellungen der Personalräte wollen wir so optimieren, dass auch Personalräte in kleinen kommunalen Dienststellen ihre Aufgaben vernünftig erfüllen können. Jugend- und Auszubildendenvertretungen brauchen eigene Vertretungsrechte.

Im Dialog mit den Gewerkschaften und Sozialpartnern wollen wir auch die Mitbestimmungsrechte für Leih- und Werkvertragsarbeit weiter entwickeln. Dies gilt auch für die Rechte in Einrichtungen der geschützten Ausbildung und Beschäftigung wie Werkstätten für Behinderte Menschen.

Gute Aus- und Weiterbildungsangebote

Jede und jeder hat das Recht auf einen guten Ausbildungsplatz. Der Fachkräftemangel verschärft sich. Viele Firmen suchen händeringend Azubis. Trotzdem finden zu viele Jugendliche keinen geeigneten Ausbildungsplatz. Trotzdem entlassen Brandenburgs Schulen zu viele nicht „ausbildungsreife“ Jugendliche. Und trotzdem leistet sich Brandenburg etliche „Qualifizierungsmaßnahmen“, die sich als Sackgasse ohne Anschlussperspektive erweisen.

Wir Grüne fordern deshalb, die Schulsozialarbeit zu erhalten. Denn sie begleitet erfolgreich gerade auch benachteiligte Jugendliche auf ihrem Weg der Ausbildungs- und Berufsfindung.

Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt. Doch bei vielen Jugendlichen mit Hindernissen für die Vermittlung stößt es an seine Grenzen. Zudem entziehen sich immer mehr Unternehmen ihrer Verantwortung für die Berufsausbildung. Obwohl 56 Prozent der Betriebe eine Ausbildungsberechtigung haben, bildeten im Jahr 2012 nur 38 Prozent der Betriebe aus. Hier müssen wir verstärkt Anreize schaffen und interessierte Betriebe besser beraten und

begleiten. Besonders benachteiligte Jugendliche brauchen überbetriebliche Lernorte mit individueller Förderung, um Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Deshalb wollen wir die Oberstufenzentren (OSZ) zu Kompetenzzentren der Berufsbildung weiter entwickeln.

Gute Vermittlung von Arbeit

Die Jobcenter sollen erwerbslosen Menschen helfen. Doch die Suche nach einem Arbeitsplatz oder einem Umschulungsangebot bleibt zu oft erfolglos. Die Ursachen sind vielfältig: Personalmangel, unklare Gesetze, Lücken in der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Recht Hilfesuchender auf angemessene Beratung, auf die ihnen zustehenden Leistungen und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleibt zu oft auf der Strecke.

Tausende von Streitigkeiten zwischen Erwerbslosen und Jobcentern landen bei den Sozialgerichten. Dort sind viel zu wenige Richter und Richterinnen für viel zu viele Fälle zuständig. Jährlich gehen in Brandenburg mehr als 20.000 Klagen bei den Sozialgerichten ein. In fast zwei Drittel der Fälle geht es dabei um die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II). Die durchschnittliche Dauer der Verfahren beträgt 16 Monate – viel zu lang für Menschen, die diese Unterstützung für ihre Existenzsicherung brauchen.

Die Sozialgesetzgebung und ihre Reform sind nur auf Bundesebene zu regeln. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen und Vorschläge der grünen Bundestagsfraktion zu einer Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende und des Arbeitslosengelds II. Die Beraterinnen und Berater müssen besser geschult werden und Zeit für eine wirkliche individuelle Betreuung haben. Für uns gilt: Im Zweifel für die Hilfesuchenden – Ermessensspielräume durch unklare bundesgesetzliche Vorgaben wollen wir grundsätzlich zugunsten der Betroffenen nutzen.

Viele Leistungsberechtigte brauchen Hilfe, um ihre Rechtsansprüche durchzusetzen. Deshalb wollen wir die ämterunabhängigen Beratungsstellen freier Träger stärken. Unnötige und teure Gerichtsverfahren wollen wir durch unabhängige Ombudsstellen in den Jobcentern vermeiden. Sie können Konflikte frühzeitig und unbürokratisch lösen.

Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen

Besonders schwierig ist die Lage der Langzeiterwerbslosen, in Brandenburg derzeit etwa 52.000 Menschen. Das von der rot-roten Landesregierung mit viel Getöse aufgelegte Programm „Arbeit für Brandenburg“ hat das Problem nicht lösen können. Es hat die betroffenen Menschen nicht nachhaltig in Arbeit gebracht. Statt der ursprünglich vorgesehenen 8.000 Beschäftigten nahmen nur etwa 2.600 Beschäftigte an der Maßnahme teil. Davon stehen viele aufgrund der zeitlichen Befristung schon wieder ohne Job da.

Die Wirtschaftslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Am Problem der Langzeitarbeitslosigkeit hat dies kaum etwas geändert. Dies zeigt, dass die Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit weiter verbessert werden können. Wir Grüne sagen: Brandenburg kann es sich zu keiner Zeit leisten, einen Teil der Gesellschaft einfach abzuschreiben. Die Folgekosten sind ungleich höher als die Investitionen in Bildung und Qualifizierung. Wir wollen möglichst viele Langzeitarbeitslose wieder in eine sinnvolle und dauerhafte Arbeit bringen. Kurzfristige Beschäftigungsprogramme sind hierzu der falsche Weg. Erforderlich sind mehr individuelle Unterstützung und Begleitung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sowie Nachbetreuungsangebote, mit denen die Integration nachhaltig flankiert wird.

Das Ehrenamt stärken – Freiwilligenagenturen unterstützen

Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Sportvereinen, der Jugendarbeit, im Kulturbereich, bei sozialen Organisationen, im Umweltschutz, in der Politik, bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen anderen Orten bringen sich viele Menschen in ungezählten Stunden für die Gesellschaft ein. Wir wollen dieses ehrenamtliche Engagement besser anerkennen, unterstützen und fördern. Leider werden unter dem Deckmantel des ehrenamtlichen Engagements immer häufiger verdeckte Billigjobs geschaffen, die hochwertige professionelle Arbeit vor allem im Sozialbereich ersetzen sollen. Gegen diesen fachlich wie menschlich unhaltbaren Trend werden wir uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr setzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück einer aktiven Gesellschaft ist, wollen wir es vor Missbrauch schützen.

Besonders unterstützen wollen wir den weiteren Aufbau von Freiwilligenagenturen in Brandenburg. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in unseren Städten und Kommunen. Insbesondere den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung wollen wir fördern.

Wer in Brandenburg BÜNDNISGRÜN wählt

- ... tritt ein für faire Löhne, von denen alle Menschen leben können
- ... stimmt für eine familien- und altersgerechte Arbeitskultur in Brandenburg
- ... sorgt für gleiche Löhne von Frauen und Männern und gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- ... stärkt die Mitbestimmungsrechte in unseren Betrieben
- ... setzt sich ein für die Rechte von erwerbslosen Menschen
- ... fördert Ausbildungsplätze und Zukunftschancen für alle Jugendlichen
- ... stärkt die ehrenamtliche Arbeit in unseren Städten und Dörfern

10. Sparen und gestalten – Solide Finanzpolitik für Brandenburgs Zukunft

Bündnis 90/Die Grünen stehen für Nachhaltigkeit. Das gilt auch für die Finanzpolitik. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln politische Handlungsspielräume und keine Schuldenberge hinterlassen.

Davon sind wir in Brandenburg weit entfernt. In den letzten Jahren stand das Land augenscheinlich gut da. Die Einnahmen lagen weit über dem Erwarteten. Der Blick auf die Ausgaben relativiert das Bild erheblich: Brandenburg hat in den letzten Jahrzehnten fast 19 Milliarden Euro Schulden aufgetürmt. Trotz aktuell extrem niedriger Zinssätze zahlen wir dafür jedes Jahr über eine halbe Milliarde Euro Zinsen – Geld, das dringend an anderer Stelle gebraucht würde.

Brandenburg zeigt sich mit der aktuellen Ausgabenpolitik schlecht auf den Einbruch der Einnahmen ab 2020 vorbereitet. Bisher deckt unser Land seine Ausgaben (aktuell rund 10,5 Milliarden Euro pro Jahr) nur zu etwa 60 Prozent aus eigener Kraft. Der Rest kommt aus Europa, vom Bund und aus dem Finanzausgleich der Länder. Diese Zahlungen sinken aber von Jahr zu Jahr. Die Zuschüsse aus dem Solidarpakt zum Beispiel werden bis 2019 abnehmen und danach wegfallen. In der mittelfristigen Finanzplanung des Landes klafft daher ein Loch von 300 Millionen Euro. Diese Lücke wird äußerst schwer bis zum Ende des Jahrzehnts zu schließen sein. Völlig unmöglich wird dies, wenn Brandenburg wie unter Rot-Rot weiter Geld in unsinnige oder riskante Großprojekte (Überdimensionierte Überleiter in der Lausitzer Seenlandschaft, Hafen Königs Wusterhausen...) steckt oder beim BER vergeudet.

Die Landesregierung aus SPD und LINKEN will das Loch im Haushalt durch zusätzliche Steuereinnahmen und durch weitere Kürzungen schließen. Konkrete Vorschläge dazu legt sie aber nicht auf den Tisch. Rot-Rot kapituliert vor der Aufgabe, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Stattdessen fährt die Landesregierung einen Kurs, der die dauerhafte Alimentierung Brandenburgs durch andere Bundesländer und den Bund verfestigt. Und die bisherige Industriepolitik der Landesregierung setzt auf Großinvestoren, bei denen die Wertschöpfung aus Brandenburg abfließt, die Kosten für Infrastruktur und die Umweltschäden aber hier anfallen. Diese hilflose und perspektivlose Politik wollen wir Grüne beenden. Neue Steuereinnahmen entstehen nur durch eine innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die gewerbliche und landwirtschaftliche Wertschöpfung im Land generiert.

Auch Grüne Ideen kosten Geld, wenn sie Wirklichkeit werden sollen. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel, sondern sagen: Wir wollen Subventionen abbauen, Einnahmen verbessern

und sparen. Damit werden in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Euro jährlich frei, die wir vor allem für Bildung und die ökologische Modernisierung einsetzen wollen. Und wir stehen zur Schuldenbremse ab 2019, um eine verantwortliche Haushaltspolitik voranzubringen.

Sparen und Gestalten für die Zukunft Brandenburgs

Wir Grüne sagen: Brandenburg kann es schaffen, für sich selbst zu sorgen. Dafür brauchen wir neben einer anderen Wirtschaftspolitik auch eine konsequente Finanzpolitik. Alle Aufgaben des Landes, der Aufbau der Verwaltung und die landeseigenen Gesellschaften müssen einer genauen Aufgabenkritik unterzogen werden. Hierarchien müssen flacher werden. Überflüssige Regelungen gehören abgeschafft. Die Ergebnisse der Analyse müssen sich in der Personalpolitik des Landes spiegeln. Wir Grüne wollen keine Personalpolitik nach Kassenlage. Wir stehen für eine Personalpolitik, die den Aufgaben des Landes entspricht.

Mehr Informationen zu unseren haushaltspolitischen Vorstellungen finden Sie in unserem Parteitagebeschluss „Aufgabenkritik und Modernisierung der Landesverwaltung – Ein Beitrag zu Brandenburgs Weg aus der Schuldenfalle“: <http://gruenlink.de/pdv>.

Der massiven Verschwendung von Steuergeldern wollen wir einen Riegel vorschieben. Die Flughafenpolitik des Landes ist auch in finanzieller Hinsicht ein Desaster. Und die Berichte des Landesrechnungshofes für die letzten Jahren unter Rot-Rot zeigen, wie viel hier noch im Argen liegt: So verursachten beispielsweise fehlende Maßnahmen zur Energieeinsparung an Landesgebäuden unnötige Kosten in Höhe von 1,8 Mio. Euro. 2010 wurde moniert, dass der Landesbetrieb für Straßenwesen bei der Anschaffung von Fahrzeugen kaum auf Wirtschaftlichkeit achtet, 2011 wurde bekannt, dass das schlechte Projektmanagement des Innenministeriums bei der Informationstechnik über 28 Mio. Euro kostete. 2012 beklagte der Rechnungshof, dass die Förderung des Wassertourismus kaum Wirkung zeigt und zudem missbrauchsanfällig war. Und bei der Beseitigung der Schäden und der Nachnutzung von Bergbaufolgelandschaften gab es bei einer Baumaßnahmen erstaunliche Kostensteigerungen von anfänglich kalkulierten 6,5 Mio. Euro auf am Ende 51,4 Mio. Euro. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Wir wollen den Landesrechnungshof stärken, indem wir erweiterte Prüfungsrechte für privatrechtlich geführte Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung des Landes (wie beispielsweise beim Flughafen BER) schaffen und soweit erforderlich die Ausstattung des Rechnungshofes verbessern.

Auch Regierung und Verwaltung sollen einen Beitrag zur nachhaltigen Haushaltspolitik leisten. Sie brauchen keine große Dienstwagenflotte, sondern flotte Dienstwagen: Schadstoff- und verbrauchsarm. Für die Landesverwaltung wollen wir umgehend ein Energiemanagement einführen, das mittelfristig die Kosten deutlich senkt. Öffentliche Gebäude müssen energieeffizient auf Grundlage von Lebenszykluskosten erbaut, instandgesetzt und modernisiert werden. Nur so lassen sich Kosten wirklich senken. Und was jede märkische Hausfrau weiß, sollte auch für die Landesverwaltung gelten: Wer billig kauft, kauft doppelt. In der öffentlichen Beschaffung müssen deshalb Kriterien wie Langlebigkeit und Umweltverträglichkeit eine größere Rolle spielen.

Einnahmen verbessern. Subventionen abbauen. Klug investieren.

Brandenburg hat die Chance, in absehbarer Zeit ein Steueraufkommen wie vergleichbare Metropolenregionen in Europa zu erzielen. Bisher aber verzichtet Brandenburg auf wichtige Einnahmen: Zum Beispiel ist unser Land nicht gerade gesegnet mit Bodenschätzen. Umso wichtiger ist es aus grüner Sicht, diese Schätze nicht wie bisher unter Wert zu verscherbeln. Deshalb wollen wir die Einnahmen aus der Förderabgabe für Bodenschätze erhöhen. Ebenso wollen wir beispielsweise Großverbrauchern die ungerechtfertigten Subventionen für die Nutzung von Grundwasser streichen. Den Verkauf unseres Tafelsilbers wie etwa der landeseigenen Forstflächen lehnen wir ab.

Mehr Einnahmen gibt es auf Dauer nur mit einer starken, nachhaltigen Wirtschaft, die mehr und bessere Beschäftigung sicherstellt. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen, Handel, Gewerbe und Handwerk verbessern und so die Steuereinnahmen erhöhen (siehe Wirtschaftskapitel). Bessere Löhne und faire Jobbedingungen erhöhen die Einnahmen von Land und Kommunen bei der Lohnsteuer. Deshalb darf es keine Aushöhlung beim gesetzlich zu garantierenden, flächendeckenden Mindestlohn geben. Auch kluge Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation zahlen sich aus und locken kluge Köpfe aus aller Welt an, die in Brandenburg Werte – und Einnahmen – schaffen (siehe Bildungs- und Wissenschaftskapitel).

Die Finanzverwaltung weiterentwickeln

In Brandenburgs Steuerverwaltung liegen weitere Chancen, die Einnahmen zu verbessern. Im Bundesvergleich haben wir weniger Personal, weniger Betriebsprüfer, weniger Steuerfahnder. In Brandenburg finden deutlich weniger Steuerprüfungen statt. Der Finanzverwaltung fehlt Nachwuchs und sie ist falsch im Land verteilt: Die Finanzämter im „Speckgürtel“ sind überlastet und können aufgrund der aktuellen Rechtslage nur begrenzt Aufgaben in die Finanzämter der Randregionen verlagern. Durch gezielte Neueinstellungen und eine Anpassung der Rechtsgrundlagen wollen wir Personal für die Steuerfahndung und für mehr Betriebsprüfungen frei machen. Dies ist für uns Grüne auch eine Frage der Steuergerechtigkeit.

Länderfinanzausgleich grundlegend reformieren

Die heutigen Regeln zum Länderfinanzausgleich enden 2019. Sie werden in den nächsten Jahren neu verhandelt. Das wird die finanziellen Spielräume Brandenburgs erheblich beeinflussen. Aktuell erhält Brandenburg etwa eine Milliarde Euro jährlich aus dem Finanzausgleich. Wir streben für unser Land langfristig die finanzielle Unabhängigkeit an. Doch klar ist: Auch nach 2019 braucht Brandenburg noch einige Jahre die Mittel aus dem Finanzausgleich. Wir Grüne in Brandenburg sind dankbar für jeden Cent aus den Geberländern und sehen uns in der Pflicht, dieses Geld verantwortungsvoll zu nutzen.

Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Länderfinanzausgleichs ein, die neue Leistungsanreize für alle Länder bietet. Gute Haushaltsführung, wirtschaftlicher Erfolg und mehr Steuergerechtigkeit durch konsequentes Eintreiben von Steuern dürfen nicht bestraft werden. Den bisherigen horizontalen Finanzausgleich wollen wir abschaffen und durch ein neues Verteilungssystem des Bundes für die Umsatzsteuer ersetzen.

Verantwortungsvoller Umgang statt Spekulationsgeschäfte

Die rot-rote Landesregierung legt Gelder aus der Pensionskasse des Landes Brandenburg in Millionenhöhe in hoch riskante Staatsanleihen, in Steueroasen wie den Cayman-Inseln und auch ökologisch fragwürdigen Papieren wie bei Petrobras in Brasilien an. Wir wollen daher einen Ethikrat nach dem Beispiel des norwegischen Staatsfonds einsetzen. Dieser soll die Landesregierung bei der Anlage öffentlicher Gelder beraten und auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Kriterien bei verschiedenen Anlageformen achten. Zudem wollen wir, dass die

Gelder der Brandenburger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu einem größeren Teil in Brandenburg selbst angelegt werden.

Mehr Transparenz und Kontrolle bei öffentlichen Banken

Brandenburgs Sparkassen sind wichtige Arbeitgeber und vor allem in den ländlichen Räumen oft die einzigen Anbieter von Finanzdienstleistungen vor Ort. Zugleich sind sie zentral für den Zugang von Investitionskapital der brandenburgischen Unternehmen. Wir wollen die Sparkassen noch stärker regional verankern und zu verlässlichen Partnern für Brandenburgs Wirtschaft machen, insbesondere für kleine Unternehmen, für den Mittelstand, für Existenzgründungen sowie Unternehmensnachfolgen. Wir wünschen uns eine Geschäftspolitik, die insbesondere vor Ort investiert und die Kommunen unterstützt.

Die Sparkassen sind nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Sie führen ihre Gewinne in großen Teilen in Form von Spenden an gemeinnützige Organisationen oder als Sponsoring ab. Die öffentliche Trägerschaft verpflichtet die Sparkassen zu größtmöglicher Transparenz, auch mit Blick auf die Spendenpraxis. Deshalb soll jederzeit klar werden, wer warum wie viel Unterstützung bekommt.

Den Kommunen kommen als Eigentümer der Sparkassen wichtige Kontrollfunktionen über die Verwaltungsräte zu. Auch hier wollen wir für mehr Transparenz sorgen und die Gehälter der Verwaltungsräte und der Bankdirektoren öffentlich machen.

Zudem fordern wir für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute mehr Transparenz bei den Dispozinsen. Zu einer serviceorientierten Bank gehört es, die Kundinnen und Kunden beim Übertritt in den Dispobereich zu warnen und sie über Alternativen aufzuklären. Die öffentlich-rechtlichen Banken wollen wir hier zum Vorbild für die Privatbanken machen.

Bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) wollen wir die Kontrolle verbessern, indem wir das Personal im Verwaltungsrat sowie im Landeswirtschaftsministerium stärken schulen. Die Förderung der ILB wollen wir an nachhaltigen Kriterien ausrichten und die Kontrolle der Vergabe durch ein unabhängiges Kontrollgremium verbessern.

Wer in Brandenburg Grün wählt...

- ... will unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge hinterlassen
- ... will eine solide Haushaltspolitik, die unser Land finanziell unabhängig macht
- ... unterstützt den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen
- ... sorgt für eine moderne Finanzverwaltung und mehr Steuergerechtigkeit
- ... macht sich stark für einen fairen Länderfinanzausgleich ab 2019
- ... beendet die rot-rote Spekulation mit den Geldern aus der Pensionskasse
- ... stärkt die Rolle öffentlicher Banken als Partner der regionalen Wirtschaft
- ... schafft mehr Transparenz für öffentlichen Banken und Sparkassen

11. Solidarisches und gerechtes Brandenburg: Teilhabe für alle ermöglichen!

Ziel unserer Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden – und dort zu bekämpfen, wo sie bereits eingetreten ist. Deshalb setzen wir uns für mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit und für eine Politik der Teilhabe ein. Unsere Politik richtet sich vor allem an jene, die in unserer Gesellschaft schnell vergessen werden: Benachteiligte Kinder und Jugendliche, Arbeitssuchende und Geringverdienende, Menschen mit Behinderungen oder mit Pflegebedarf, Ältere, ethnische und religiöse Minderheiten. Wir wollen gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und ein gelungenes und selbstbestimmtes Leben für alle, für Kinder, Familien, Junge und Alte. Wir wollen die Bedürfnisse aller Generationen beachten, statt sie gegeneinander auszuspielen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, die Menschen nicht an den Rand drängt, sondern ihnen Chancen eröffnet – von Anfang an und auch mehrmals im Leben.

Wir streiten daher für eine verlässliche und eigenständige soziale Sicherung. Grüne Politik bietet Chancengleichheit von Kindesbeinen an, eine umfassende Daseinsvorsorge und ein Gesundheitssystem, das den individuellen Bedürfnissen gerecht wird (siehe auch Kapitel Gesundheit & Pflege). Wir Bündnisgrüne wollen einen Sozialstaat, der Menschen nicht entmündigt, sondern ihnen Teilhabe ermöglicht und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten erschließt.

Mehr Informationen zu unseren sozialpolitischen Vorstellungen finden Sie in unserem Parteitagebeschluss „Alle Kinder mitnehmen – Armut bekämpfen. Für eine inklusive und sozial gerechte Gesellschaft“ (<http://gruenlink.pb1>) .

Armut in Brandenburg – Das können wir uns gar nicht leisten!

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist Armut in Deutschland keine Randerscheinung, sondern trifft Millionen von Menschen. Auch in Brandenburg hat Armut viele Gesichter und viele Ursachen: Fehlende Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, schlechte Löhne, private Schicksalsschläge, Krankheit, Behinderung, Alter oder die Erziehung von Kindern. Die Chancen, das eigene Leben gestalten zu können, sind ungerecht verteilt. Armutsbekämpfung ist für uns ein Querschnittsthema auf allen politischen Ebenen.

Familien stärken!

Kinder und Eltern brauchen Zeit: Zum Spielen, zum Lernen, für soziale Kontakte. Deshalb setzen wir uns für eine familienfreundliche Arbeitszeitkultur und für flexible Angebote zur Betreuung von Kindern ein.

Wir Grüne sichern allen Kindern den gleichen Schutz und die gleiche Unterstützung zu – egal in welcher Familienform sie aufwachsen. Familien mit Kindern haben ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko: Jedes vierte Kind unter drei Jahren in Brandenburg ist arm oder armutsgefährdet. Besonders häufig arm sind die Kinder alleinerziehender Mütter oder in kinderreichen Familien. Sie wollen wir deshalb besonders unterstützen.

Aufwachsen in Armut bedeutet mehr als finanzielle Not. Es betrifft die gesamte Lebenssituation der Betroffenen. Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, wenn Kinder aus materieller Not nicht am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können. Oft ein Leben lang. Denn in keinem anderen Industrieland sind die Chancen für einen sozialen Aufstieg so schlecht wie in Deutschland. Viel zu oft werden aus armen Kindern benachteiligte Jugendliche und arme Erwachsene.

Für uns Bündnisgrüne heißt das: Auf den Anfang kommt es an! Kinderarmut ist für uns nicht akzeptabel. Wir wollen allen Kindern gute Startchancen ins Leben bieten. Die ersten drei Lebensjahre sind entscheidend für die weitere soziale, emotionale, motorische, kognitive und sprachliche Entwicklung eines Kindes. Deshalb brauchen vor allem die Kinder aus Familien in einer schwierigen Lebenslage eine frühe Förderung.

Erfolgreiche Kinderschutzarbeit für das ganze Land

Das Land Brandenburg bietet bereits wichtige Hilfen für die möglichst frühe Förderung von Kindern, für den Kinderschutz und die Unterstützung belasteter Familien an. Doch die Mittel reichen vorn bis hinten nicht. Wir Bündnisgrüne wollen die Mittel aufstocken und damit erfolgreiche Konzepte zu „Frühen Hilfen“ als dauerhafte Formen der Jugendhilfe im ganzen Land etablieren und entsprechend finanzieren. Zudem wollen wir Clearingstellen und regionale Anlaufstellen für Kinderschutz und frühe Hilfen einrichten. Diese sollen die Arbeit der Fachstelle Kinderschutz unterstützen und vor Ort beraten, vernetzen und qualifizieren.

Die Arbeit der Jugendämter und der Freien Träger muss extern evaluiert werden. Für Betroffene in Konfliktsituationen sind Kinderbeauftragte bzw. unabhängige Ombudstellen auf kommunaler und Landesebene einzurichten.

Investitionen in möglichst frühe Förderung

Unser Bildungssystem ist nur dann sozial gerecht, wenn wir armutsgefährdete Kinder und ihre Eltern besser als bisher unterstützen. Die Prävention von „Armutskarrieren“ beginnt mit der Schwangerschaft und reicht bis zur Berufsausbildung. Wir wollen Kitas zu Eltern-Kind-Zentren oder Mehr-Generationenhäusern weiter entwickeln. Hier sollen niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften oder Seniorenkreise stattfinden. Das Land sollte Modellprojekte vor allem in den berlinfernen Regionen fördern.

Die Investitionen in möglichst frühe Förderung und Bildung zahlen sich aus: Es gibt mehr gesunde und gut gebildete Kinder, die in der Lage sind, später ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben zu führen. Gute Kitas und Schulen sowie gute Institutionen für die Frühförderung – hier liegt für uns der Schlüssel zu einer sozial gerechten Gesellschaft (siehe Bildungskapitel).

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken!

Wir räumen Kindern und Jugendlichen eigenständige Rechte ein. Wir nehmen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst und wollen ihnen ermöglichen, ihre eigene Identität zu entwickeln. Der Druck auf Jugendliche in unserer Gesellschaft wächst: Freizeit wird verplant. Frei- und Gestaltungsspielräume sind Mangelware. Jugendliche brauchen Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen und auszutauschen, Räume, um sich zu entwickeln.

Vielfältige Angebote der Jugendhilfe, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe. Vor allem die ländlichen Räume müssen wieder attraktiv als Wohn- und Lebensort für Jugendliche werden. Nur dann können wir den demografischen Wandel meistern und die wirtschaftliche Zukunft unserer ländlichen Gebiete sichern. Deshalb wollen wir die Förderstrukturen für junge Menschen im Land Brandenburg sichern und weiterentwickeln. Denn Jugendarbeit ist auch Präventionsarbeit. Dafür brauchen wir die Jugendclubs und andere Freiräume in unseren Kommunen. Außerdem brauchen wir gute Sozialarbeit, die benachteiligten Jugendlichen wieder

Anschluss an Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft geben kann und vor Resignation und dem Gefühl der Perspektivlosigkeit schützt. Deshalb wollen wir die Finanzierung der Jugendsozialarbeit sichern und Jugendverbände besser unterstützen.

Wir Bündnisgrüne wollen echte Möglichkeiten der Mitwirkung für Kinder und Jugendliche in demokratischen Prozessen. Hierzu wollen wir in der Kommunalverfassung verbindliche Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche verankern, über deren konkrete Ausgestaltung die Kommunen selbst entscheiden können. Sie müssen jedoch altersgerecht sein. Über diese Entscheidungsrechte wollen wir den Kindern und Jugendlichen Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen einräumen. Ebenso werden wir neue Formen der Beteiligung und der politischen Bildung fördern. Damit wollen wir bei jungen Menschen die Lust auf parlamentarische Demokratie wecken.

Aktiv Alt-Werden in Brandenburg

Wie können wir im Alter gut leben? Wie können wir unsere Geschicke selbst bestimmen, auch wenn wir auf die Hilfe anderer angewiesen sind? Diese Fragen beschäftigen viele Menschen. Ziel grüner Politik ist es, die Selbstständigkeit und Lebensqualität von älteren Menschen möglichst lange zu erhalten. Deshalb wollen wir endlich wirksame Anreize für eine bessere Prävention und Rehabilitation setzen, um Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu verhindern.

Teilhabe und Selbstbestimmung bis ins hohe Alter erfordern Mobilitätskonzepte, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist nur möglich, wenn kulturelle sowie gesundheitliche Angebote genauso barrierefrei erreichbar sind wie die täglichen Dinge des Lebens – egal ob in der Stadt oder auf dem Land (siehe Kapitel Mobilität).

Das Altern ist vielfältig und bunt geworden. Längst leben viele Ältere aufgrund der erhöhten Arbeitsmobilität nicht mehr im Familienverbund. Viele Alte sind alleinstehend oder kinderlos. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Formen für das Wohnen und Zusammenleben im Alter wünschen, und werden Orte des Zusammentreffens der Generationen besser fördern. Die Teilhabe älterer Menschen braucht materielle Absicherung. Viele Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten oder unterbrochene Erwerbsbiographien haben, sind im Alter auf die Grundsicherung angewiesen. Wir treten auf Bundesebene für eine steuerfinanzierte,

anfängliche Garantierente von aktuell mindestens 850 Euro und ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West ein.

Um eine menschliche und gute Pflege zu sichern, werden wir uns weiterhin für eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung und eine Pflege-Bürgerversicherung einsetzen.

Mieten bezahlbar halten

Der demografische Wandel stellt auch die Wohnungs- und Städtebaupolitik vor große Aufgaben. Schon heute kann Wohnen in Brandenburg unterschiedlicher kaum sein. Die berlinfernen Kommunen suchen nach den besten Lösungen für den Wohnungsleerstand. In Potsdam und im „Speckgürtel“ um Berlin sucht man dagegen nach den besten Lösungen, wie neue Wohngebiete sozial, ökologisch und verkehrstechnisch zu erschließen sind. Dort steigen die Mieten immer weiter an und vielerorts fehlt bezahlbarer Wohnraum, nicht nur für Menschen mit geringen Einkommen. Wir wollen eine Landesregelung, um Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen zu bremsen.

Deshalb wollen Bündnis 90/Die Grünen Mietwohnungen im unteren Preissegment besser fördern, vor allem familiengerechte sowie kleine und barrierefreie Sozialwohnungen für Behinderte oder ältere Menschen. Die rot-rote Landesregierung hat hier versagt und ihre Möglichkeiten nicht genutzt. Seit der Föderalismusreform können nur noch die Länder Gesetze für bezahlbaren Wohnraum erlassen. Bis 2019 bekommen sie hierfür Förderung in Millionenhöhe vom Bund. Diese Chance werden wir nutzen.

Vor allem die Nebenkosten machen das Wohnen immer teurer. Wasser, Abwasser, Strom und Heizung schlagen auf die Preise durch. Deshalb ist für uns Grüne entscheidend, die Energiewende und die notwendige energetische Gebäudemodernisierung so sozialverträglich wie möglich zu gestalten (siehe Kapitel Energiepolitik). Dazu machen wir uns im Bund für entsprechende mietrechtliche Änderungen und eine verlässliche Förderkulisse stark.

Wohnungslosigkeit ist auch in Brandenburg ein Problem, vor allem in den größeren Städten. Unter der rot-roten Landesregierung gab es keine Initiative, die Situation wohnungsloser Menschen in Brandenburg zu erfassen. Das wollen wir ändern. Nur so können Land und Kommunen gemeinsam und gezielt für Möglichkeiten der Unterbringung und für Hilfen zur Wiedereingliederung von Wohnungslosen sorgen.

Vielfalt gestalten – Teilhabe für alle ermöglichen!

Brandenburg ist ein Land der vielfältigen Kulturen und Lebensweisen. Hier leben Menschen unterschiedlichster Herkunft und Biografie, Frauen und Männer, Transgender und Intersexuelle, Lesben, Schwule, Bi- und Heterosexuelle, Menschen mit und ohne Behinderung, Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt: Sie alle sind Teil von Brandenburg. Sie alle machen unser Land vielfältig und bunt, kreativ, innovativ und zukunftsfähig.

Das setzt voraus, dass jede Person so respektiert wird, wie sie ist. Aber jede beziehungsweise jeder Dritte in Deutschland hat sich aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Orientierung oder aufgrund einer Behinderung bereits diskriminiert gefühlt.

Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir Bündnisgrüne wollen eine Gesellschaft, die nicht aussondert, sondern in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt ohne Barrieren miteinander leben können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der „anders sein“ die normalste Sache der Welt ist. Zu einem solchen Miteinander gehören Respekt, Toleranz und die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen.

Behindert ist man nicht, behindert wird man!

Seit 2009 gilt auch in Deutschland die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie erkennt jede Behinderung als Teil des menschlichen Lebens an. Sie verbietet jede Form von Diskriminierung. Und sie fordert eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen in alle Lebensbereiche einbezogen und Barrieren abgebaut werden.

Brandenburg hat 2013 das Behindertengleichstellungsgesetz (BbgBGG) neu gefasst und damit die Ziele und Grundsätze der UN-Konvention im Landesrecht berücksichtigt. In unserem Land leben 435.000 Menschen mit Behinderungen. Für sie war das ein wichtiger Schritt. Aber Gesetze allein schaffen keine neue Realität. Deshalb wollen wir Grüne den Prozess hin zu vollständiger sozialer Inklusion und Gleichberechtigung weiter beschleunigen. Denn noch immer stoßen Menschen mit Behinderungen in ihrem Alltag auf Diskriminierungen und Barrieren: In der Schule, am Arbeitsplatz, auf Bahnhöfen oder im Kino. Wir wollen Barrierefreiheit herstellen, damit sie mehr Wahlfreiheit in der Gestaltung ihres Alltags haben: Taktile Leitsysteme für Sehbehinderte und Blinde, Stufenlosigkeit für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder eine

leichte und deutliche Sprache – das hilft übrigens nicht nur Menschen mit Hör- und Verständnisproblemen.

Für solche Verbesserungen brauchen wir sicher finanzierte Förderprogramme und mehr Bewusstsein für die Belange behinderter Menschen. Basis hierfür sollen sozialraumbezogene Aktions- und Teilhabepläne sein. Diese Pläne wollen wir gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung erarbeiten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Menschen mehrfach diskriminiert werden, insbesondere Frauen.

Eine wirklich inklusive Gesellschaft gibt es nur, wenn das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung zur Normalität wird. Deshalb verstehen wir das Thema "Inklusion" als Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Institutionen. Wir dürfen die Kommunen nicht mit dieser Aufgabe allein lassen. Die EU, der Bund und die Länder müssen sich hier stärker engagieren, vor allem finanziell.

Gleiche Rechte schaffen!

Lesben und Schwule können heute so frei wie nie zuvor in Deutschland leben. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Aber die Diskriminierung ist nicht überwunden. Deshalb fordern wir als nächsten Schritt ein Diskriminierungsverbot im Grundgesetz. Wir fordern die Gleichstellung beim Steuer-, Beamten- und Adoptionsrecht. In Brandenburg haben wir Bündnisgrüne entscheidend dazu beigetragen, dass der Landtag das Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz deutlich verbessert verabschiedet hat. Dadurch haben wir rückwirkende Versorgungsansprüche von Lebenspartnern weitreichend und rechtskonform gesichert.

Die Rechte von Intersexuellen insbesondere auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung müssen respektiert werden. Es gibt immer noch Feindseligkeiten gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intersexuellen Menschen. Auf dem Schulhof, im Fußballstadion und in bestimmten Musikszene sind homo-feindliche Parolen Alltag. Auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben besteht erhebliche Diskriminierungsgefahr. Gewalt gegen Homosexuelle ist weiterhin beängstigende Realität und eine massive Bedrohung.

Wir wollen einen Landesaktionsplan gegen Trans- und Homophobie. Dazu gehören zum Beispiel gezielte Aufklärungskampagnen, eine Überarbeitung der Lehrpläne sowie Aus- und Weiterbildungsprogramme für wichtige Akteure. Mit dem Aktionsplan wollen wir erreichen, dass Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam für ein Umfeld ohne Diskriminierung sorgen. Auch

Glaubensfreiheit darf nicht als Vorwand missbraucht werden, die individuelle Lebensgestaltung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung einzuschränken.

Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer homophober Gewalt und die Coming-Out-Beratung wollen wir ausbauen und finanziell absichern. Denn besonders für Jugendliche verläuft ihr Coming-Out im Elternhaus, in der Schule und im Freundeskreis oft problematisch. Nach Studien sind sie deutlich stärker suizidgefährdet als gleichaltrige Heterosexuelle.

Willkommenskultur für Flüchtlinge etablieren!

Wir Grüne kämpfen gemeinsam mit Flüchtlingsverbänden, Kirchen und engagierten Bürgerinnen und Bürger für eine humane Flüchtlingspolitik. Mit Sorge beobachten wir, dass rechte Gruppen und Parteien wieder verstärkt gegen Flüchtlinge Stimmung machen. Wir setzen diesem Rassismus eine Kultur des Willkommens entgegen. Schutzsuchende dürfen nicht wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Während Mitte der neunziger Jahre 32.000 Asylsuchende in Brandenburg registriert wurden, waren es 2007 nur 570. Seither steigen die Zahlen moderat an auf 1.700 in 2012 und circa 3.300 in 2013. Kein Anlass für "Das Boot ist voll"-Parolen, aber eine Herausforderung für die Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Leider hat sich die Landesregierung mit den Kommunen nicht auf ein verbindliches Unterbringungskonzept verständigen können. Die Sammelunterkünfte sind unwürdig, sie verhindern Integration und stigmatisieren die Flüchtlinge. Deshalb wollen wir Flüchtlinge so bald wie möglich nach ihrer Ankunft bevorzugt in Wohnungen unterbringen und fordern höhere Mindeststandards für Sammelunterkünfte. Hierbei müssen kulturelle und religiöse Hintergründe beachtet werden.

Der Aufenthalt in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt soll möglichst auf drei Monate begrenzt sein. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wie alleinerziehende Frauen mit Kindern wollen wir ausschließlich in Wohnungen unterbringen.

Für eine humanere Flüchtlingspolitik wollen wir die Regeln zur Anerkennung von Asylbewerberinnen und -bewerber liberalisieren und die fragwürdige Abschiebep Praxis beenden. Die Abschiebehafte wollen wir im Schulterschluss mit den Kirchen und amnesty international ebenso abschaffen wie das Flughafenasyilverfahren und das Asylbewerberleistungsgesetz – hier

wollen wir die Betroffenen in die bestehenden Sozialleistungssysteme einbeziehen. Die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld, die in den Landkreisen Oberhavel und Oberspreewald-Lausitz noch immer praktiziert wird, muss unverzüglich eingestellt werden.

Wir wollen Flüchtlinge möglichst gut in unsere Gesellschaft einbinden. Dazu gehören kostenlose Deutschkurse, Patenschaften, Informationen über die Kultur und Traditionen ihres neuen Aufenthaltslandes und eine gute medizinische und psychotherapeutische Betreuung. Die Beratungs- und Behandlungsstelle für Traumatisierte und Folteropfer in Fürstenwalde, die derzeit projektgefördert ist, wollen wir in eine Regelfinanzierung überführen.

Schutz vor Diskriminierung als landesweite Aufgabe begreifen!

Das lange und hart umkämpfte Gleichbehandlungs-Gesetz bleibt bisher nahezu wirkungslos. Nur wenige von Diskriminierung betroffene Menschen kennen ihre Rechte und wissen, wie sie sich wehren können und wo sie Unterstützung bekommen. Deshalb wollen wir die Landesstelle gegen Diskriminierung besser ausstatten und ihre Arbeit politisch aufwerten. Sie soll in Zukunft auch Öffentlichkeitsarbeit und Opferberatung leisten können. Diese Arbeit „überlässt“ die Regierung aus SPD und LINKEN derzeit den ehrenamtlich engagierten Menschen in zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Wir wollen ein Antidiskriminierungsgesetz für Brandenburg und einen Aktionsplan mit konkreten und finanzierten Projekten gegen alle Formen von Diskriminierung. Die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg wollen wir personell verstärken.

Politik für Frauen und Männer

Wir wollen gleiche Chancen für alle: Für Frauen und Männer. Für Mädchen und Jungs. In allen Bereichen und allen Lebenslagen. Wir wollen ein faires Verhältnis der Geschlechter erreichen und die einengenden traditionellen Geschlechterrollen überwinden.

Bei uns Grünen stehen Frauen in der ersten Reihe. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns Bündnisgrüne eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Seit der Gründung unserer Partei gehören Frauenquote, Doppelspitze und Frauenstatut zu unseren wichtigsten politischen Instrumenten. Damit haben wir früh Maßstäbe für unsere Gesellschaft gesetzt, die inzwischen allgemein anerkannt werden.

Brandenburg hat in der Gleichstellungspolitik einige Erfolge vorzuweisen: Die Erwerbsquote von Frauen ist relativ hoch. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind geringer als anderswo in Deutschland. Und es gibt deutlich mehr Kitaplätze als im bundesdeutschen Schnitt. Dennoch bleibt viel zu tun.

Frauen arbeiten häufiger im Niedriglohnbereich und in Teilzeit. Frauen sind stärker als Männer von Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut betroffen. Sie tragen den größten Teil der Familienarbeit wie Kindererziehung, Hausarbeit oder bei der Pflege Angehöriger. Und Frauen kommen viel zu selten in Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik.

Mehr Frauen in Politik und in Führungspositionen der Verwaltung

Für uns Grüne gilt: Die Hälfte der Macht den Frauen - in der Politik, in der Verwaltung und in der Wirtschaft.

Wir wollen mehr Frauen und mehr Vielfalt in der Kommunalpolitik. Dafür müssen überholte Rollenbilder endlich abgebaut werden und Politik und Familie besser vereinbar sein. Wir wollen deshalb Unterstützungsprogramme (wie zum Beispiel Mentoring-Programme) für mehr Frauen in der Kommunalpolitik fördern.

Das Landesgleichstellungsgesetz fordert einen Frauenanteil von 50 Prozent in den Landes- und Kommunalverwaltungen mit Unterrepräsentanz und eine entsprechende Quote für Aufsichtsgremien und für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes. Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir fordern aber klare Zielvorgaben für die Umsetzung.

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir in ihrer Arbeit stärken. Unser Ziel sind hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen mit mehr als 20.000 Menschen. Ihre Aufgaben müssen klar definiert sein. Ihre Arbeit darf nicht durch Mehrfachfunktionen untergraben werden.

Geschlechtergerechtigkeit konsequent anwenden!

Alle Entscheidungsprozesse des Landes bis hin zu den Gemeinden müssen auf Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern geprüft werden („Gender Mainstreaming“). Ziel muss sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und abzustellen. Dazu gehört auch

die Überprüfung der öffentlichen Haushalte auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen („Gender Budgeting“).

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm der Landesregierung wollen wir auch für die nächste Wahlperiode fortschreiben. Für die darin enthaltenen Maßnahmen sind anders als bisher verbindliche Zielvorgaben zu setzen und die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Schutz vor Gewalt verbessern

Sexuelle oder häusliche Gewalt gegenüber Frauen und Kindern ist leider noch immer ein aktuelles Problem. Es tritt in allen sozialen Schichten auf. Gewalt ist keine Privatsache, sondern eine Frage der inneren Sicherheit. Wir wollen eine Kultur des Hinschauens schaffen, die den Schwächsten der Gesellschaft Hilfe bietet.

2012 wurden in Brandenburg 3.579 Straftaten häuslicher Gewalt registriert. 632 Frauen sowie 678 Kinder suchten Schutz in Brandenburgs Frauenhäusern. Wir wollen alle Frauenhäuser erhalten und sicher finanzieren. Durch Gewalt traumatisierte Kinder brauchen unsere besondere Hilfe. Dazu wollen wir die Frauenhäuser besser mit sozialpädagogischen Fachkräften ausstatten.

Wir wollen für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Behörden ein Angebot zur Schulung für den sensiblen Umgang mit Opfern schaffen. Präventive Maßnahmen und Angebote müssen auch in den ländlichen Räumen zugänglich und erreichbar sein.

Geschlechterstereotype aufbrechen

Wir Grüne wollen überkommene Rollenbilder aufbrechen, die Männer und Frauen in ihrer Lebensgestaltung behindern. Noch immer arbeiten zu wenige Männer in „typischen Frauenberufen“ und umgekehrt. Wir Grüne wollen mehr Männer in Grundschulen, Kitas und sozialen Berufen. Und wir wollen mehr Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen. Deshalb unterstützen wir Initiativen wie den Brandenburger „Zukunftstag für Mädchen und Jungen“. Hier können Mädchen „typische Männerberufe“ und Jungen „typische Frauenberufe“ ausprobieren. Noch wichtiger ist es, Berufe, die bisher als „typische Frauenberufe“ galten, deutlich aufzuwerten, vor allem durch bessere Bezahlung, aber auch durch mehr akademische Berufsabschlüsse und gute Aufstiegschancen.

Immer mehr Männer wollen nicht mehr nur Alleinverdiener, sondern aktive Väter sein. Wir wollen Männer unterstützen, neue Wege zu gehen und die sich wandelnden Rollenbilder von Jungen, Männern und Vätern stärker in den Blick nehmen.

Frauenpolitische Aktivitäten unterstützen

Die Brandenburgische Frauenwoche zum Internationalen Frauentag hat eine lange Tradition. Wir wollen die vielfältigen Veranstaltungen und Projekte in allen Landesteilen nutzen, um Gleichstellungsfragen auf die politische Agenda zu setzen und die vielen Akteurinnen besser zu vernetzen und zu fördern. Ebenso unterstützen wir Grüne die Arbeit des Frauenpolitischen Rates Brandenburg.

Wer in Brandenburg grün wählt, ...

- ... will ein solidarisches Brandenburg, in dem alle ihren Platz finden
- ... setzt auf die Förderung aller Kinder - von Anfang an
- ... setzt sich ein gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- ... will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter
- ... erhebt die Stimme gegen Diskriminierung und Homophobie
- ... stimmt für bezahlbaren Wohnraum
- ... wählt eine bessere Politik für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- ... und stimmt für mehr Frauen in Parlamenten und in Führungspositionen

12. Innen- und Rechtspolitik: Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren

Freiheit ist das Fundament der Demokratie. Freiheit ist für uns Grüne nur denkbar mit starken Bürgerrechten für alle. Der Staat darf nicht unverhältnismäßig in diese Rechte eingreifen. Er muss sie vor Eingriffen Dritter schützen. Wir Grüne sind der Garant dafür, dass die Freiheitsrechte der Menschen nicht gegen sicherheitspolitische Erwägungen ausgespielt werden. Für uns gilt die Prämisse: Soviel Sicherheit wie nötig, soviel Freiheit wie möglich. Wir setzen daher auf gemeinschaftliche Verantwortung, auf Prävention und Vermeidung von Straftaten.

Ein demokratischer Rechtsstaat funktioniert nur in dem Maße, in dem seine Institutionen funktionieren. Ziel grüner Innenpolitik ist es daher, allen Bürgerinnen und Bürgern eine moderne und serviceorientierte Verwaltung, eine bürgernahe Polizei und eine handlungsfähige Justiz zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören natürlich gutes Personal, eine angemessene Finanzausstattung und die konsequente Bekämpfung von Misswirtschaft und Korruption.

Gute Gesetze statt Regelungswut

Die Idee des demokratischen Rechtsstaates lebt von guten Gesetzen, die Rechtsicherheit für alle schaffen. Wir Grüne wollen die Balance wahren zwischen notwendigen Regeln auf der einen und der Freiheit der Menschen auf der anderen Seite. „Regelungswut“, eine zunehmende Zahl von Einzelfallgesetzen und im schlimmsten Fall schlecht gemachte Gesetze zerstören das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und in das Parlament als Gesetzgeber und kosten im Vollzug Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird.

Wir wollen, dass Gesetze und Verordnungen regelmäßig darauf geprüft werden, ob sie noch in die Zeit passen und erforderlich sind. Damit können wir unser Landesrecht für alle verständlicher machen, Bürokratie abbauen und die Gerichte entlasten. Wir wollen, dass das Land hierfür einen Vorschlag zur Umsetzung von Verfallsdaten und Berichtspflichten für Rechtsvorschriften erarbeitet.

Zudem wollen wir eine Verpflichtung der Landesregierung, dass sie Sicherheits- und Eingriffsgesetze standardmäßig befristet und evaluiert. Damit wollen wir sicherstellen, dass Verhältnismäßigkeit von Eingriffen in die Freiheits- und Bürgerrechte der Brandenburgerinnen und Brandenburger regelmäßig überprüft wird.

Öffentliche Räume als demokratische Freiräume gestalten

Der Öffentliche Raum gehört uns allen. Wir Grüne wollen die Menschen motivieren, für ihr Lebensumfeld Verantwortung zu übernehmen und es aktiv mitzugestalten. Das ist die beste Voraussetzung für ein gutes Miteinander in lebenswerten Städten und Dörfern. Verbote, Videoüberwachung oder private Sicherheitsdienste können hierbei nur ultima ratio sein. Wir unterstützen stattdessen die lokalen Akteure aus Politik, Stadtplanung, Kunst und Kultur, Sozialarbeit und Polizei, gemeinsame Lösungen zu finden, um die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen auszugleichen.

Wir wollen ein modernes Versammlungsrecht für Brandenburg schaffen. Es soll die grundgesetzlich verbriefte Versammlungsfreiheit garantieren und konsequent Strategien der Deeskalation verfolgen. Der Einsatz von verdeckten ZivilpolizistInnen, Gesamtübersichtsaufzeichnungen, sowie Bild- und Videoaufnahmen von DemonstrantInnen bei Versammlungen, die zur Aufklärung von Straftaten benötigt werden, sind damit unvereinbar.

Das steht Brandenburg gut – ein moderner Öffentlicher Dienst

Das Beamtenrecht ist seit der Föderalismusreform Ländersache. Wir Grüne wollen diese Chance nutzen und ein modernes Dienstrecht für die öffentliche Verwaltung schaffen. Verbeamtungen wollen wir künftig auf die Kernbereiche staatlichen Handelns reduzieren, etwa Polizeidienst, Justiz und Strafvollzug. Ein modernes Dienstrecht soll auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zum Öffentlichen Dienst öffnen. Chancen sehen wir auch in der Gewinnung von Personal aus anderen EU-Ländern und wollen, dass Brandenburg dort für sich und seinen Öffentlichen Dienst wirbt.

Korruption wirksam bekämpfen

Korruption richtet enorme wirtschaftliche Schäden an und zerstört das Vertrauen in Wirtschaft und Verwaltung. Deshalb wollen wir die Korruptionsrichtlinie des Landes zügig und konsequent umsetzen. Korruption muss schneller aufgeklärt, öffentlich gemacht und wirksam sanktioniert werden. Auch hier gilt für uns: Prävention ist besser als Nachsorge. Notwendig sind aus bündnisgrüner Sicht mehr Transparenz und Kontrolle öffentlicher Verwaltung. Wir brauchen aber auch eine Kultur der Selbstverpflichtung und Ehrlichkeit sowie einen möglichst hohen Schutz und die Anerkennung für interne Hinweisgeber. Deshalb wollen wir ein Korruptionsregister auf Landesebene einführen. Hier sollen Unternehmen und Privatpersonen

registriert werden, die durch Bestechung, illegale Beschäftigung, Verstöße gegen Wettbewerbsbestimmungen oder Schwarzarbeit auffällig geworden sind. Sie sind künftig von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.

Die Freiwilligen Feuerwehren stärken

Zur Inneren Sicherheit gehört ein flächendeckender und leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz. Das Rückgrat dazu bildet unser bewährtes System der Freiwilligen Feuerwehren. Diese freiwilligen Strukturen sind vor allem im ländlichen Raum immer schwerer aufrecht zu erhalten. Die Nachwuchsförderung in Kinder- und Jugendfeuerwehren sowie die Gewinnung von Frauen braucht eine bessere öffentliche Unterstützung. Ebenso wollen wir die Arbeit der Tausenden Ehrenamtlichen in unseren Freiwilligen Feuerwehren und im Katastrophenschutz besser würdigen.

Das System der Stützpunktfeuerwehren wollen wir weiterentwickeln. Um ihre Einsatzfähigkeit zu erhalten und die zu überwindenden Räume zu verkleinern, kann es an einzelnen Standorten notwendig sein, sie mit hauptamtlichen Kräften zu unterstützen.

Sicherheit in Freiheit: Für eine bürgernahe Polizei

Die innenpolitische Debatte der vergangenen Jahre war geprägt vom Streit über den Stellenabbau bei der Polizei und die Schließung von Polizeiwachen. Die Verunsicherung sowohl bei den Polizeibediensteten als auch bei den Bürgerinnen und Bürger ist noch immer groß. Wir Grüne wollen eine bürgernahe und bürgerfreundliche Polizei. Verantwortungsvoll handelnde Polizeibedienstete lassen sich nicht durch Technik ersetzen. Sicherheit ist für uns jedoch auch eine gesellschaftliche Frage. Wir wollen Zivilcourage sowie gezielt Projekte zur Prävention besser fördern.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung Anfang des Jahres endlich die überholte Zielzahl von 7.000 Stellen für die Brandenburger Polizei auf 7.800 nach oben korrigiert und die Zahl der auszubildenden PolizeianwärterInnen drastisch erhöht hat. Wir wollen, dass sich die personelle und materielle Ausstattung der Polizei in Brandenburg an ihren Aufgaben orientiert. Mit der neuen Zielzahl muss eine Anpassung der Konzeption einhergehen.

Einen völligen Stopp oder gar eine Rückabwicklung der Polizeistrukturereform lehnen wir ab. Kriminalitätsphänomene wie der gewerbsmäßige Autodiebstahl, Grenzkriminalität oder ausufernde Einbruchskriminalität im Speckgürtel Berlins sind dauerhafte Erscheinungsformen,

die nicht nur mit kurzfristigen Kräfteverschiebungen bei der Polizei lösbar sind. Bei den Straftaten im Berliner Umland und in der Grenzregion zu Polen wollen wir die Kooperation mit Berlin und mit polnischen Sicherheitskräften intensivieren. International agierenden Banden muss auch durch überregionale Kooperation begegnet werden. Die Polizeistruktur muss deswegen den auftretenden Kriminalitätsphänomenen Rechnung tragen und darf nicht fiskalischen Erwägungen untergeordnet werden. Wir setzen dabei auf einen Gleichklang von Prävention, kriminalpolizeilicher Ermittlungsarbeit und Streifendienst. Personalentwicklung, leistungsgerechte Besoldung und Gesundheitsförderung wollen wir entsprechend verbessern und ein langfristiges Personalentwicklungskonzept für die Brandenburger Polizei auf den Weg bringen.

Die Einführung von Namensschildern für Polizisten und Polizistinnen war ein wichtiger Schritt voran zu einer bürgerfreundlichen Polizei. Für uns Grüne geht es nun darum, ein unabhängiges Beschwerdemanagement für die Polizeiarbeit aufzubauen. Hierfür wollen wir die Stelle eines bzw. einer unabhängigen Polizeibeauftragten schaffen. Hier soll bei Konflikten zwischen Bürgern und Bürgerinnen und Polizei, aber auch zwischen Polizeibediensteten vermittelt werden.

Eingriffsbefugnisse wie die automatische Kennzeichenfahndung, Handy-Ortung und Vorratsdatenspeicherung sind aus unserer Sicht keine Maßnahmen der Gefahrenabwehr und gehören daher nicht ins Polizeigesetz. Einzige Ausnahme darf die Ortung vermisster, hilfloser oder suizidgefährdeter Personen sein. Solche Eingriffe in die Bürgerrechte wollen wir ausschließlich an einen konkreten Tatverdacht und an die Strafverfolgung binden. Dies stärkt auch die Verfahrensrechte der Betroffenen.

Damit möglichst wenig tödliche Gewaltverbrechen unentdeckt und im Dunkelfeld bleiben, wollen wir die Qualität der Leichenschau durch intensivierte Fortbildung für die Ärzteschaft und den Erhalt des Rechtsmedizinischen Institutes sichern.

Den Verfassungsschutz umfassend reformieren

Der NSU-Skandal hat deutlich gezeigt, dass die Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden, vor allem des Verfassungsschutzes auf den Prüfstand gehören. Wir Grüne treten für eine umfassende Reform des Verfassungsschutzes ein. Wir fordern verbindliche und kontrollierbare Regeln zur Kooperation der Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, Kriminalamt) untereinander und zwischen den Bundesländern.

Selbstbestimmte und leistungsfähige Justiz

Bündnis 90/Die Grünen wollen den grundgesetzlich verbrieften Rechtsschutz und die Rechtswegegarantie verlässlich gewähren. Überlange Gerichtsverfahren und Rechtswegverkürzungen als Folge von Stellenabbau und Einstellungstopps in der Justiz gefährden diesen Anspruch zusehends. Allein die Rechtstreitigkeiten infolge der Hartz-4-Gesetze haben zu einer massiven Mehrbelastung der Gerichte gesorgt, für die sie personell nicht ausgestattet wurden. Dies wollen wir beheben.

Wir wollen eine moderne Justiz, ergänzt durch ein gutes System vorsorgender Rechtspflege und gezielter Prävention. Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Deshalb lehnen wir Bündnisgrüne eine Einschränkung der Beratungs-, Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe ab. Sozialgerichtsverfahren sollen weiterhin grundsätzlich gerichtskostenfrei bleiben – dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz in Brandenburg stärken und streben eine Selbstverwaltung der Gerichte an. Den Rechtsschutz – auch in der Fläche – und einen mehrstufigen Rechtsweg wollen wir garantieren. Die seit Jahren erfolgreiche Gerichtsmediation wollen wir erhalten, weil sie effektiv und kostengünstig Konflikte löst. Auch Ansätze für außergerichtliche Einigungen wollen wir daher fördern.

Jeder Euro für Prävention spart drei Euro im Strafvollzug. Deshalb stehen gute Präventionsstrategien für uns Grüne an erster Stelle. Vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene brauchen wir mehr Gewalt- und Suchtprävention. Warnschussarrest und die „harte Hand des Staates“ lösen keine Probleme. Für Bagatell-Delikte wie z. B. Schwarzfahren wollen wir Haft- oder Ersatzfreiheitsstrafen zugunsten anderer, auch außergerichtlicher Maßnahmen vermeiden.

Strafvollzug weiterentwickeln

Im Strafvollzug stellen wir Grüne die gelungene Resozialisierung von Straftätern und Straftäterinnen in den Vordergrund. Eine gute Resozialisierung senkt das Rückfallrisiko und ist der beste Opferschutz. Sie beginnt am ersten Tag der Haft. Deshalb wollen wir die Therapie-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote im Strafvollzug ausweiten und besser in den Vollzug

integrieren. Hierzu brauchen wir einen möglichst wohnortnahen Vollzug und mehr offenen Vollzug, vor allem in den Monaten vor der Haftentlassung.

Ausbildung, Job, Wohnung und hilfreiche Sozialkontakte sind die entscheidenden Kriterien für ein geringes Rückfallrisiko. Deshalb wollen wir die Betreuungsangebote nach der Haftentlassung deutlich verbessern. Hierzu sollen die Fachaufsichten der beteiligten Behörden (Führungsaufsicht, forensische Ambulanzen, soziale Dienste) zusammengelegt werden, damit alle Beteiligten besser als bisher kooperieren. Besonders wichtig sind uns funktionierende Netzwerke, die eine durchgängige Betreuung und die Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden in und nach dem Strafvollzug sicherstellen.

Wer in Brandenburg grün wählt,...

- ... wählt Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte
- ... fordert eine handlungsfähige Polizei und Justiz
- ... macht sich stark für die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren
- ... stimmt für eine serviceorientierte Verwaltung ohne Korruption und Vetternwirtschaft
- ... unterstützt einen modernen öffentlichen Dienst
- ... fördert präventive Formen der Konfliktlösung
- ... und tritt ein für einen modernen Strafvollzug mit dem Ziel der Resozialisierung

13. Gesundheit für alle in Brandenburg fördern

Wir Grüne wollen, dass die Menschen in Brandenburg gesund bleiben. Deshalb machen wir die Förderung der Gesundheit zu einem Schwerpunkt der künftigen Politik im Land. Die Eckpunkte hierfür sind: Gesundheitsförderung in allen Bereichen des Lebens, Prävention, hohe Qualität der Krankenbehandlung und gute Pflege – wohnortnah und unabhängig vom Geldbeutel der Menschen.

Für uns Bündnisgrüne beginnt Gesundheitspolitik nicht erst im Krankheitsfall. Wir wollen einen Richtungswechsel hin zu einem ganzheitlichen Gesundheitssystem, das auf Vorbeugung setzt und die Lebensumstände der Menschen wie soziales Umfeld, Arbeitsbedingungen und Umweltfaktoren besser in den Blick nimmt.

Unabhängig von technischem Fortschritt in Gesundheit und Pflege bleibt die unmittelbare Zuwendung von Mensch zu Mensch das Wichtigste. Deshalb fördern wir ein System, das trotz aller Pflichten zur Dokumentation und Qualitätssicherung nicht in Bürokratie erstickt. Wir wollen, dass menschliche Zuwendung und Beratung wieder einen höheren Stellenwert bekommen.

Gute Gesundheitsversorgung vor Ort

Wir wollen für Patienten und Patientinnen eine integrierte Versorgung sicherstellen. Hierzu ist eine gute Kooperation zwischen ambulanten und stationären Gesundheitseinrichtungen notwendig. Die regionale Versorgung wollen wir rund um die Hausärztinnen und Hausärzte etablieren. Sie leiten die Patientinnen und Patienten auf die richtigen Versorgungswege: Medizinische Versorgungszentren, Fachärzte oder nichtärztliche Gesundheitsangebote. Sie bilden gemeinsam mit der Pflege und neuen Formen der Gesundheitsversorgung den Kern für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem in Brandenburg. Hierzu gehören Angebote wie Telemedizin, rollende Arztpraxen oder Praxisfilialen, Patientenbusse und Gemeindeschwestern. Solche Angebote wollen wir stärker in Brandenburg etablieren, vor allem um die Menschen in den ländlichen Räumen wohnortnah zu versorgen.

Die Krankenhäuser sind ein wichtiger und verlässlicher Bestandteil der flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Wir Grüne wollen die Krankenhäuser in ihrer Rolle als Knotenpunkte der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen stärken. Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, die Krankenhäuser für weitere ambulante Angebote zu öffnen und besser in

die Gesamtversorgung zu integrieren. Dazu sind eine kluge Standortpolitik und eine sichere Finanzierung der Krankenhäuser notwendig.

Der öffentliche Gesundheitsdienst leistet einen wichtigen Beitrag, um die Gesundheitsrisiken in den Kommunen zu verringern und die vorhandenen Angebote besser zu vernetzen. Wir wollen diesen konzeptionell weiterentwickeln, damit er stärker als bisher der Gesundheitsförderung und der sogenannten „sozialraumbezogenen Prävention“ dient. Den gesundheitlichen Verbraucherschutz und die Rechte von Patientinnen und Patienten wollen wir weiter stärken.

Gute Pflege in häuslicher Umgebung

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in Brandenburg in Zukunft deutlich ansteigen. Wir Grüne sehen uns in der Pflicht, die Weichen für eine gute Pflege zu stellen. Dazu muss auf Bundesebene die Pflegeversicherung zukunftsfest gemacht werden. In Brandenburg wollen wir die Pflegestrukturen ausbauen und verbessern. Hierzu brauchen wir deutlich mehr qualifiziertes Personal und bessere Bedingungen für die häusliche Pflege.

Für uns ist der Grundsatz "ambulant vor stationär" nach wie vor Programm. Wir wollen gute Pflege sowohl zu Hause als auch in Pflegeeinrichtungen sicherstellen. Wir wollen weg von traditionellen Groß- und Sondereinrichtungen. Wir brauchen stattdessen mehr Orte, an denen Pflege und Betreuung in einer häuslichen Wohnumgebung stattfinden können.

Pflegende Angehörige wollen wir besser beraten und unterstützen, indem wir ambulante Angebote wie Pflegestützpunkte, Tages- und Kurzzeitpflege verbessern und ausbauen. Für Migrantinnen und Migranten wollen wir soweit wie möglich kultursensible Pflegeangebote vorhalten. Soweit erforderlich wollen wir altersgerechte, barrierefreie Wohnungen sowie sozialraumorientierte Pflegeangebote fördern. Professionelle Pflege im Zusammenwirken mit bürgerschaftlichem Engagement wollen wir besonders unterstützen.

Ambulante und alternative Pflege- und Betreuungskonzepte (etwa Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser) wollen wir weiterentwickeln und finanziell stärken. Unser Ziel sind fließende Übergänge zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung. Diese Angebote berücksichtigen die Wünsche der Menschen nach Selbstbestimmung und Teilhabe auch bei Pflegebedürftigkeit. Die Qualität der Pflegedienste muss vergleichbar und bewertbar sein. Wir Grüne wollen deshalb klare Standards und Qualitätskontrollen etablieren, deren Ergebnisse öffentlich zugänglich sind.

Viele Sterbende haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit vertrauten Menschen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Wir wollen das Angebot an wohnortnaher palliativer Unterstützung und an Hospizeinrichtungen deutlich stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und flexible Arbeitsangebote auch für die Pflege naher Angehöriger gelten.

Berufe in Gesundheit und Pflege attraktiver machen

Der Fachkräftemangel macht um Gesundheit und Pflege keinen Bogen. Brandenburg braucht dringend mehr Hausärzte sowie gut qualifiziertes Personal für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Deshalb wollen wir diese Berufe deutlich aufwerten: Durch bessere Bezahlung, durch attraktive Arbeitsbedingungen, durch gute Chancen für Weiterbildung und Aufstieg sowie durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Einrichtung einer Pflegekammer stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Wir setzen uns konsequent für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein – auch „typische Frauenberufe“ beispielsweise in der Pflege müssen endlich aufgewertet und besser bezahlt werden (siehe Kapitel Arbeit).

Brandenburg braucht ein Konzept gegen den absehbaren Pflegenotstand. Die Kapazitäten für die Ausbildung von Pflegekräften müssen steigen. Wir wollen daher die Zahl und die Leistungsfähigkeit der Aus- und Weiterbildungsstandorte in Brandenburg überprüfen und ggf. anpassen. Für die Aus- und Weiterbildung in den Pflegeberufen erwarten die Menschen ein hohes Niveau. Wir setzen hierzu vor allem auf eine integrative Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung in der Gesundheits- und Kranken- sowie der Kinder- und Altenpflege. Wir setzen uns für eine kostenlose Ausbildung in der Altenpflege ein, um mehr Menschen für die Pflegeberufe gewinnen zu können.

Armut, Obdachlosigkeit, Migrationshintergrund oder geschlechterspezifische Unterschiede bei Krankheiten erfordern einen kultursensiblen Umgang in Gesundheit und Pflege. Wir wollen diese Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen stärker in der Ausbildung, aber auch in der Berichterstattung der Landesregierung berücksichtigen sehen.

Die Rolle der Hebammen stärken

Eine gute gesundheitliche Versorgung beginnt mit dem ersten Tag des Lebens. Dazu gehört eine gute Beratung und Versorgung von Schwangeren durch Hebammen und Geburtshelferinnen und -helfern. Ob ambulant oder stationär, mit Hebammenhilfe im eigenen Heim oder in einer Hebammenpraxis – Schwangere sollen frei wählen können, wo und wie ihre Kinder auf die Welt kommen. Brandenburg ist als Flächenland auf Angebote der nichtklinischen Geburtshilfe durch Hebammen angewiesen. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Prophylaxe von Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag, um die viel zu hohe Rate bei Kaiserschnitten zu senken. Familienhebammen leisten zudem auch präventive Arbeit im Bereich der psychosozialen Betreuung.

Wir Bündnisgrüne wollen diese Leistungen besser würdigen und bezahlen. Wir setzen uns für eine Reform des Haftungsrechts in der Geburtshilfe ein, damit die Hebammen von ihrer Arbeit leben können. Die gesundheitliche Aufklärung soll stärker über die Leistungen der Hebammen informieren.

Früh mit der gesundheitlichen Prävention beginnen

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind von chronischen und psychischen Erkrankungen betroffen, besonders in benachteiligten Familien. Deshalb wollen wir die frühzeitige Gesundheitsförderung und Prävention in Kitas und Schulen ausbauen. Vor allem Themen wie Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung und Suchtprävention gehören auf die Agenda. Dazu sind mehr Ressourcen notwendig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kitas und Schulen brauchen mehr Möglichkeiten, sich entsprechend zu qualifizieren.

Psychische Erkrankungen: Auffangen und Helfen

Jeder vierte Erwachsene ist in seinem Leben mindestens einmal von einer ernsthaften psychischen Erkrankung betroffen. Jede vierte Krankenschreibung hat einen psychischen Hintergrund – Tendenz steigend. Trotzdem ist dieses Thema zu oft ein Tabu. Die medizinische Versorgung ist unzureichend - vor allem in den ländlichen Regionen. Wartezeiten von mehreren Monaten für einen Therapieplatz sogar in einer Krisensituation sind nicht hinnehmbar.

Wir Grüne wollen deshalb ambulante und stationäre psychiatrische Angebote ausbauen und die stationären Einrichtungen besser in das ambulante Versorgungsnetzwerk einbinden. Ein

Krisendienst soll, ähnlich wie in Berlin, flächendeckend und vernetzt Hilfen einleiten und koordinieren. Zudem gibt es in Brandenburg bisher nur wenige psychiatrische Tageskliniken und Institutsambulanzen für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dies wollen wir schrittweise ändern.

Gerade für psychisch kranke Mütter mit Kindern wollen wir mehr Angebote schaffen, denn die ersten Lebensjahre sind prägend für den Beziehungsaufbau und die weitere emotionale und soziale Entwicklung eines Kindes. So wollen wir beispielsweise eine stationäre psychiatrisch-psychotherapeutische Mutter- Kind Station aufbauen.

Auch nach einem stationären Aufenthalt dürfen die Betroffenen nicht allein gelassen werden. Der Schutz der psychisch Erkrankten und die Hilfe für die Betroffenen brauchen verbindliche Regeln.

Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch kranke Menschen wollen wir erhalten bzw. ins Leben rufen.

Suchtgefahren vorbeugen

Ob Missbrauch von Alkohol, Tabak, Drogen oder Medikamenten, ob Computer-, Kauf- oder Spielsucht – Suchtprobleme gefährden viele Menschen und verursachen Krankheiten sowie enorme soziale Probleme für die Betroffenen und ihre Familien.

Wir Grüne setzen auf Prävention und Entkriminalisierung statt auf die Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik. Wir wollen die Mindestmenge, bei der ein Verfahren eingestellt werden kann, an die Berliner Sätze anpassen. Ziel ist, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Vorhandene Hilfsangebote im ambulanten, stationären und teilstationären Bereich wollen wir stärken.

Kinder stark zu machen ist die beste Suchtprävention. Viele Familien sind damit überfordert. Eine realistische Suchtprävention muss deshalb Eingang in unsere Kitas und Schulen finden. Sucht- und Drogenberatungsstellen, Familien – und Gesundheitszentren wollen wir besser in die Lage versetzen, Betroffene und Angehörige fachgerecht beraten zu können. Auch für Sucht im Alter muss es adäquate Therapie- und Rehabilitationsangebote geben.

In den letzten Jahren hat es große Fortschritte beim Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern gegeben. Wir wollen den Schutz vor Passivrauch weiter verbessern.

Die Drogensatztherapie in der Fläche ist sicherzustellen. Die Kommunen sollen Möglichkeiten vorhalten, um Drogenkonsumierende vor Schäden durch verunreinigte oder überdosierte Drogen zu schützen. Hierfür wollen wir auch die Berlin-Brandenburger Arbeitsgruppe Drugchecking fördern. Bei Bedarf sollen die Kommunen gemeinsam mit der Drogenhilfe Lösungen wie z.B. Konsumräume mit Originalstoffabgabe entwickeln.

Bei ambulanten, teilstationären und stationären Therapieangeboten sollen die Interessen Jugendlicher und auch genderspezifische Aspekte stärker berücksichtigt werden. Die Suchthilfe und Prävention im Strafvollzug ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Wer in Brandenburg grün wählt,...

... will ein Gesundheitssystem, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen

... unterstützt eine wohnortnahe medizinische Versorgung für alle

... setzt sich ein für eine menschenwürdige Pflege im Alter

... stimmt für mehr Attraktivität der Berufe in Gesundheit und Pflege

... stärkt die Arbeit der Hebammen in Brandenburg

... tut etwas für die Gesundheitsförderung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen

... setzt auf eine präventive Suchthilfe

14. Brandenburgs Hochschulen in Hochform bringen

Brandenburg braucht gute Hochschulen. Denn unsere Gesellschaft ist dringend angewiesen auf mehr junge Menschen mit Hochschulabschluss, die sich ein Leben lang weiterbilden. Gute Hochschulen setzen wichtige Impulse und geben Antworten auf die Fragen unserer Zeit: Beim Klimaschutz und in der Energiepolitik. Für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Für ein sozial gerechtes Miteinander in unserer Gesellschaft. Wir Grüne wollen unseren Hochschulen ermöglichen, für alle Bereiche unseres Lebens zu forschen. Grundlagenforschung zu kulturellen und gesellschaftlichen Fragen muss gegenüber wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion wieder mehr in den Fokus rücken.

All dies wird nur gelingen, wenn wir endlich den rot-roten Stillstand in Brandenburgs Hochschulpolitik beenden. Ziel grüner Politik ist ein Hochschulsystem, das konzeptionell und finanziell auf sicheren Beinen steht. Wir wollen autonome Hochschulen mit einer demokratischen Kultur und besten Bedingungen für Studierende und Hochschulangehörige.

Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft. Aber diese Substanz schwindet, weil die Landesregierung aus SPD und LINKEN die Hochschulen sträflich vernachlässigt. Nach wie vor liegt Brandenburg auf dem letzten Platz in der Hochschulfinanzierung. Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Studierenden investiert als hier in Brandenburg. Das macht sich natürlich an den Hochschulen bemerkbar.

Der Bericht der letzten Hochschulstrukturkommission (Buttler-Bericht) zeigt klipp und klar: Brandenburg setzt falsche Prioritäten und bietet im akademischen Bereich weniger Bildungschancen als der Großteil der anderen Bundesländer. Für die Hochschulen wird es immer schwerer, hochkarätige, unabhängige Forschung und attraktive Studienangebote zu organisieren. Dass dies unter den schlechten Bedingungen in Brandenburg teilweise dennoch gelingt, ist eine grandiose Leistung der Hochschulen.

Unser Ziel sind Hochschulen, die konzeptionell gut in die gemeinsame Hochschullandschaft der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg passen, die aber auch vor Ort gesellschaftlich gut verankert sind. Deshalb wollen wir Grüne die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich verbessern, auch durch mehr Geld vom Bund. Wir Grüne werden hierzu in der nächsten Wahlperiode ein Hochschulgesetz vorlegen, das Probleme wie prekäre Arbeitsbedingungen,

moderne Hochschulsteuerung und eine intensivere Kooperationen zwischen den Hochschultypen endlich anpackt.

Mehr Informationen zu unseren wissenschafts- und forschungspolitischen Vorstellungen finden Sie unter anderem in unserem Parteitagsbeschluss „Hochschullandschaft gemeinsam weiterentwickeln“ (<http://gruenlink.de/pg7>).

Gemeinsame Hochschullandschaften denken und weiterentwickeln

Wir Grüne in Brandenburg schauen in der Hochschulpolitik über den Tellerrand. Die in Brandenburg und Berlin entstandene Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige Entwicklung der Hochschulen. Unser Ziel ist ein kooperativer Hochschulverbund in der Metropolenregion. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Einrichtungen besser vernetzen. Durch gegenseitige Anerkennung wollen wir flexible Übergänge ermöglichen. Aber auch die Kooperation mit den Hochschulen in Sachsen und Polen wollen wir ausbauen.

Eine eigene medizinische Fakultät wird aus diesen Überlegungen heraus von uns abgelehnt. Berlin bietet für die akademische Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern die besten Voraussetzungen. Ein Medizinstudium auch in Brandenburg möglich zu machen, würde noch lange nicht das Problem der medizinischen Unterversorgung in unseren ländlichen Regionen beseitigen. Hier müssen andere Lösungen her.

Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, die verschiedenen Hochschultypen stärker zu verzahnen. Sie können sich mit ihren unterschiedlichen Kompetenzbereichen gegenseitig unterstützen, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung und den verstärkten Aufbau gemeinsamer Studiengänge und gemeinsamer Promotionen. Davon versprechen wir uns eine stärkere Durchlässigkeit innerhalb des Hochschulsystems und innovative Projekte in der Wissenschaft.

Mehr Geld und Perspektiven für Brandenburgs Hochschulen

Brandenburgs Hochschulpolitik lebt derzeit von den Zuschüssen des Bundes durch den Hochschulpakt 2020. Diese Gelder kommen allerdings nicht in vollem Umfang bei den

Hochschulen an, weil SPD und LINKE gleichzeitig die Landesmittel für die Hochschulen gekürzt haben.

Wir Grüne sagen: Die Hochschulen dürfen nicht länger die Sparschweine der Landesregierung sein. Die Mittel aus dem Hochschulpakt sollen die Situation der Hochschulen deutlich verbessern. Sie sind nicht dazu gedacht, nur den Status quo zu sichern und den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ist die größte Herausforderung für die brandenburgische Hochschulpolitik. Unsere Hochschulen brauchen deutlich mehr Geld, um bei den wichtigsten Indikatoren, wie den Ausgaben pro Studierenden oder Ausgaben im Verhältnis zum BIP den Anschluss an die anderen Bundesländer zu halten.

Wir Grüne setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Bundesanteil für alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erhöhen. Die dann frei werdenden Landesmittel wollen wir zweckgebunden in die Hochschulen geben. Weiterhin wollen wir die Grundfinanzierung deutlich erhöhen, um die Studienplätze tatsächlich auszufinanzieren. Hierfür wollen wir in den nächsten fünf Jahren die Globalmittel für die Hochschulen erhöhen, finanziert aus dem Landeshaushalt. Nur so können die aktuell rund 50.000 Studienplätze in Brandenburg erhalten werden. Dadurch wollen wir die Hochschulen auch unabhängiger machen von Drittmitteln und dafür sorgen, dass Globalhaushalte überhaupt erst sinnvoll werden. Finanzierungsquellen wie insbesondere Studiengebühren lehnen wir in jeglicher Form und für alle Studierenden bis zum ersten Masterabschluss ab. Die Verwaltungsgebühren müssen abgeschafft werden und die Hochschulen die entsprechenden Gelder vom Land vollständig kompensiert bekommen.

Eine langfristige Entwicklung der Hochschulen ist nur über viele Haushaltsjahre hinweg möglich. Deshalb garantieren wir Grüne den Hochschulen, dass sie zweckgebundene Rücklagen aufbauen und flexibel einsetzen können. Außerdem wollen wir diese Rücklagen gesetzlich vor dem Zugriff der Landesregierung schützen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass eine Landesregierung schamlos die Rücklagen unserer Hochschulen plündert, wie dies unter Rot-Rot geschehen ist.

Hochschulpolitik darf nicht über undurchsichtige ad-hoc-Gewährung oder Entzug finanzieller Mittel geschehen. Wir Grüne setzen auf einen schlüssigen Hochschulentwicklungsplan für Brandenburg, der vom Landtag beschlossen wird. Mit einem nachvollziehbaren und verbindlichen Verteilungsschlüssel sowie mit überprüfbaren Vereinbarungen zwischen den Hochschulen und dem Land wollen wir allen Beteiligten eine gute Hochschulpolitik mit Perspektive ermöglichen.

Moderne Hochschulen: autonom und demokratisch

Wir Grüne sind überzeugt: Nur autonome Hochschulen können ihre Potenziale voll ausschöpfen und kreative Lösungen entwickeln. Hochschulautonomie darf jedoch kein Selbstzweck sein. Und sie soll nicht als Rückzugsgebiet missverstanden werden, in dem Besitzstände verteidigt und Veränderungen blockiert werden. Politik muss und darf in letzter Konsequenz handeln – aber muss dann dafür sorgen, dass alle Beteiligten in einem guten und zielführenden Dialog miteinander stehen. Nur so sind die anstehenden Aufgaben in der Hochschulpolitik zu bewältigen.

Wir Grüne wollen endlich ernst machen mit der Hochschulautonomie. Hochschulen sind keine „nachgeordneten“ Behörden und dürfen nicht länger als solche behandelt werden. Wir fordern daher, die Hochschulen aus der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg zu lösen. Stellenkürzungen im Hochschulbereich passen nicht zu den Herausforderungen, vor denen Brandenburg steht: Mehr Investitionen in kluge Köpfe, mehr Forschung und Innovation.

In Zukunft sollen die Hochschulen die „Dienstherren“ der Professorinnen und Professoren sein, nicht das Land. Das Land soll sich auf die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die Hochschulen verteilt werden.

Hochschulen sind auch Orte, an denen Demokratie und demokratische Strukturen im täglichen Umgang miteinander erlernt und gelebt werden. Bündnis 90/Die Grünen stehen für die demokratisch verfasste Hochschule. Wir wollen eine qualifizierte, d.h. auch entscheidungsrelevante Mitbestimmung von Studierenden, akademischem Mittelbau, Professorinnen und Professoren sowie nichtwissenschaftlichem Personal garantieren. Gremien sollen daher so zusammengesetzt sein, dass die vier Statusgruppen angemessen an den Beschlüssen mitwirken können. Wir wollen mehr Mitbestimmung für die akademische Selbstverwaltung ermöglichen. Die Beschlüsse über den Haushalt und den Hochschulentwicklungsplan müssen wieder vom Senat getroffen werden. Wir begrüßen die Einführung des allgemeinpolitischen Mandates für die studentische Selbstverwaltung.

Arbeitsplatz Hochschule: Gute Bedingungen statt Selbstausbeutung

An Brandenburgs Hochschulen arbeiten rund 11.000 Professorinnen, Professoren, Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltungs-, und technische Angestellte. Damit gehören die Hochschulen zu den größten Arbeitgebern des Landes. Der Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Hierzu können flexible Arbeitsverhältnisse (zum Beispiel bei kurzfristigen Forschungsprojekten) und eine leistungsbezogene Entlohnung gehören. Diese Besonderheiten wollen wir in einem eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag berücksichtigt sehen.

Ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten im Wissenschaftsbereich schafft die notwendigen Instrumente für eine effiziente und vorausschauende Personalplanung. Auf lange Sicht wollen wir bundesweit neue Professorinnen und Professoren nicht mehr verbeamten – dies kann jedoch kein Alleingang von Brandenburg sein. Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert sind. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen eigenen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten realisieren.

Raus aus dem Prekariat

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Darüber hinaus verstärkt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Tendenz zu prekärer Beschäftigung. In Deutschland zählen selbst gestandene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen „Nachwuchs“. Selbständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit schlecht bezahlten Lehraufträgen abgedeckt.

Wir wollen familienfreundliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Und wir wollen Schluss machen mit prekären Bedingungen an den Hochschulen. Für befristete Verträge wollen wir Mindestlaufzeiten einführen. Sie sollen der Dauer der Qualifikation entsprechen beziehungsweise bei Projektstellen die Vertragsdauer an die Projektlaufzeit koppeln. Hierzu werden wir das Hochschulgesetz entsprechend ändern. Mit unbefristeten Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue Personalkategorien jenseits der Professur schaffen. Die familienpolitische Komponente des

Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist grundsätzlich anzuwenden. Studentische Beschäftigte und Lehrbeauftragte sollen in das Personalvertretungsgesetz mit aufgenommen werden. Die Personalkategorie der „Hilfskräfte“ muss grundsätzlich umstrukturiert werden: Beschäftigte mit Masterabschluss sind nicht zu Dumpinglöhnen, sondern als akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen. Weitere Tätigkeiten sollten von studentischen Beschäftigten nur während des Studiums ausgeübt werden.

Promotionsbedingungen verbessern – mehr Juniorprofessuren

Wir brauchen bessere Bedingungen für die Promotion, vor allem verlässliche Strukturen für die Qualifizierung und Betreuung. Wir unterstützen die Verankerung von Promotionsvereinbarungen im neuen Hochschulgesetz. Dies bedeutet mehr Transparenz für die Rechte und Pflichten der Promovierenden, der Betreuenden sowie der Fachbereiche. Auf diesem Weg lassen sich auch mögliche Abhängigkeiten reduzieren. Auch sogenannte Tenure-Track-Modelle (die Option, nach einer befristeten Bewährungsphase auf unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu wechseln) müssen eingerichtet werden, um weitere Perspektiven neben der in der Praxis immer noch vielfach vorausgesetzten Habilitation zu eröffnen. Promovierende werden bisher unterschiedlichen Statusgruppen zugeordnet oder sind keine Hochschulmitglieder. Wir wollen die Promovierenden der Statusgruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuordnen, weil für uns die Promotion der Beginn des wissenschaftlichen Berufs ist und alle Promovierenden auf diesem Weg angemessen in die akademische Selbstverwaltung integriert werden.

Alle Brandenburger Hochschulen müssen sich zu den Regeln der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Sicherung der wissenschaftlichen Praxis bekennen. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem auch die kooperativen Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten intensiver fördern.

Juniorprofessuren haben sich bewährt. Wir wollen die Brandenburger Hochschulen ermuntern, bei Neubesetzungen stärker auf Juniorprofessuren zu setzen und durch Entfristungsoptionen (tenure-track) verlässliche Perspektiven für die Karriere zu bieten. So können aufstrebende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erfolgreich nach der Promotion abgeholt, weiter gefördert und in die Professorenschaft integriert werden

Mehr Frauen in die Wissenschaft und in Führungspositionen bringen

Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe werden es weniger. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem. Wir vergeben damit auch riesigen Chancen in Forschung, Innovation und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Außerdem sollen alle Hochschulen die Gleichstellungsstandards der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfüllen. Wenn diese nicht erfüllt werden, muss das Folgen für die Mittelvergabe haben. Für die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen wollen wir ein Organklagerecht einführen, wie es bei den Kommunen bereits existiert.

Studieren soll auch Freude bereiten: „Bologna“ richtig machen!

Die aktuellen Studienstrukturen bestehen den Praxistest kaum. Es ist heute häufig schwieriger den Studienort zu wechseln als vor der „Bologna-Reform“. Verdichtung, Verschulung des Studiums und Überreglementierung haben dazu geführt, dass den Studierenden kaum noch Zeit bleibt. Wir Grüne teilen die ursprünglichen Ziele der Bologna-Reform: Bessere Organisation des Studiums, bessere Betreuung, mehr Transparenz der Studieninhalte und eine bessere nationale und internationale Mobilität. Wir wollen ein selbstbestimmtes und flexibles Studium. Daher brauchen wir einen Kurswechsel, der die Studierenden endlich in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen Studierende sozial absichern und Freiräume schaffen: Für Kinder und Familie, für den Job oder die erste eigene Firma neben dem Studium, für ehrenamtliches oder politisches Engagement und natürlich auch für Freizeit und soziale Kontakte. Regelungen für Zwangsexmatrikulationen auf Grund der Länge des Studiums wollen wir umgehend abschaffen. Wir wollen die Hochschulen anregen, mehr auf Interdisziplinarität und Flexibilität zu setzen, anstatt Pflichtmodule mit Lehrstoff vollzupacken. Querdenken, Kreativität und selbständig Probleme lösen – das sind die Kompetenzen, die unsere Gesellschaft dringend braucht. Dafür wollen wir wieder mehr Platz im Studium schaffen.

Noch ist es Realität, dass ein Bachelorstudium kaum als berufliche Qualifikation anerkannt wird und ein Masterabschluss obligatorisch ist. Deswegen wenden wir uns gegen administrativ festgesetzte Engpässe zum Masterstudium, die allein der Regulierung von Studierendenzahlen dienen. Die Hochschulen müssen ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um Masterplätze entsprechend der Nachfrage bereitzustellen und selektive Zugangshürden abschaffen zu können.

Mehr Qualität für eine gute Lehre ermöglichen

Wir wollen mehr Qualität für die Lehre ermöglichen. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen sollen gestärkt und honoriert werden. Das Netzwerk Studienqualität Brandenburg (sqb) zur Weiterbildung und Beratung von Lehrenden ist ein Anfang, aber ausbaufähig. Die Lehre muss auf die Studierenden ausgerichtet sein. Wir wollen insbesondere die Position der Lehre und Didaktik im Vergleich zur Forschung stärken. Um die Quoten der Studienabbrecherinnen und -abbrecher zu senken und die Studienbedingungen zu verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden.

Angebot an Studierendenwohnheimen dem Bedarf anpassen

Der Anstieg der Studierendenzahlen und der immer knapper werdende Wohnraum vor allem in Potsdam führen dazu, dass viele Bewerberinnen und Bewerber und viele Studierende kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen - dem jeweiligen Bedarf angemessen - das Angebot an Wohnheimplätzen durch Neubau erhöhen. Diese Neubauten sollten auch den Ansprüchen von Studierenden mit Kindern gerecht werden.

Forschung fördern und in den Dienst der Gesellschaft stellen

Forschung heißt, sich Gedanken über die Welt von morgen zu machen, neugierig zu sein und verstehen zu wollen, was wir nicht wissen. Wir Grüne wollen den nächsten Schritt gehen: von einer Wissenschaft für die Gesellschaft hin zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft. Wir wollen mehr inter- und transdisziplinäre Forschung, um das Wissen auf eine breitere Basis zu stellen und ökologische und gesellschaftliche Wechselwirkungen rechtzeitig zu erkennen.

Ein Grundpfeiler dafür ist eine starke Forschung, die nicht an unmittelbaren Verwertungsinteressen gebunden ist. Denn ohne den bedingungslosen Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch hierfür wird die bessere Grundfinanzierung der Brandenburger Hochschulen benötigt.

Hochschulen sind regionale Motoren der Innovation. Neue Technologien, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen in enger Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen oder durch die Gründung neuer Unternehmen aus den Hochschulen heraus.

Deshalb wollen wir unterstützende Strukturen in den Hochschulen weiterentwickeln und dauerhaft finanziell absichern.

Zukunftsherausforderungen interdisziplinär Erforschen

Demografischer Wandel, die Erforschung unseres Klimas und eine nachhaltige Energiegewinnung sind Herausforderungen, denen sich auch Brandenburg in den nächsten Jahrzehnten zu stellen hat. Wir wollen die Potentiale der Region nutzen, um die gesellschaftlichen, kulturellen und technologischen Aspekte dieser Veränderungen zu erforschen. Hierzu ist eine noch bessere Vernetzung der Forschungsinstitute mit den Hochschulen und der Wirtschaft notwendig.

Nachhaltige Entwicklung ist ohne starke Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie ohne die Künste genauso undenkbar wie ohne Naturwissenschaften. Für zentrale Herausforderungen wie gesellschaftliche Heterogenität, demografische Entwicklung, Klimawandel, Globalisierung und Konfliktprävention braucht es geisteswissenschaftliche Forschung und Lösungskompetenz. Hochschulen müssen wieder eine Schlüsselrolle im gesellschaftlichen Diskurs einnehmen und Orte kritischer Reflexion, Analyse und Synthese sein.

Forschung transparent und öffentlich machen

Forschung bedeutet auch Verantwortung. Deshalb sind klare und verbindliche Transparenzregeln nötig, um Forschung zum Beispiel zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen wissen können, was mit ihren Steuermitteln erforscht wird und wer mit wem zu welchem Zweck kooperiert. Wir Bündnisgrünen wollen die Hochschulen verpflichten, hierzu einen internen Diskussionsprozess zu führen und in ihren Senaten Zivil- und Nachhaltigkeitsklauseln zu verabschieden. Damit sollen sie öffentlich deutlich machen, welche Forschung von den Hochschulangehörigen getragen und auf welche Forschung lieber verzichtet wird.

Drittmittelforschung bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlichen Zuweisungen für Wissenschaft und Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang zu Daten und deren Nutzbarkeit im

Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der Datengrundlagen). Der Austausch innerhalb der Wissenschaft, aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft kann davon nur profitieren.

Wer in Brandenburg bündnisgrün wählt ...

- ... beendet den rot-roten Stillstand in der Hochschulpolitik Brandenburgs
- ... stimmt für eine bessere und verlässliche Hochschulfinanzierung
- ... setzt sich dafür ein, dass Wissenschaft echte Berufschancen bietet
- ... fordert bessere Studienbedingungen und mehr demokratische Mitbestimmung
- ... stimmt eindeutig gegen Studiengebühren
- ... will starke, selbstständige und regional verankerte Hochschulen
- ... sorgt dafür, dass studieren in Brandenburg wieder mehr Spaß macht

15. Grüne Netz- und Medienpolitik: Freiheit im Internet und ein starker Medienstandort

Das Internet hat eine Revolution ausgelöst. Es verändert unsere Arbeitswelt, unsere Kommunikation und unsere kulturellen Aktivitäten. Das Internet macht unser Leben leichter. Wir Grüne wollen die Chancen des Internets herausstellen, ohne real bestehende Risiken zu vernachlässigen. Für Brandenburg werden wir ein positives Leitbild einer demokratischen digitalen Agenda entwickeln.

Der Staat hinkt der rasanten Entwicklung im Netz hinterher und versucht zu oft, schematisch die Gesetze der analogen Welt zu übertragen – was im Internet kaum funktioniert. Grüne Netzpolitik stellt die Freiheit und die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer in den Mittelpunkt. Den Zugang zum Internet betrachten wir als Bürgerrecht und Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir wollen verhindern, dass sich in Brandenburg eine digitale Zwei-Klassen-Gesellschaft entwickelt. Deshalb fordern wir den zügigen Ausbau schneller Datenverbindungen auch im ländlichen Raum und wollen die Netzneutralität sichern. Medienkompetenz, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte und Freiheit im Internet sind für uns Grüne die Grundlagen für eine demokratische digitale Zukunft.

Wir betrachten Netzpolitik als politische Querschnittsaufgabe. Wichtig ist es für uns, den gesellschaftlichen Dialog zu den brennenden Fragen der Netzpolitik zu organisieren: Von Datenschutz und Breitbandausbau über neue Formen der digitalen Demokratie bis hin zur Frage, wie wir Brandenburgs Bürgerinnen und Bürger besser vor Spionage-Angriffen aus dem Netz schützen können. Deshalb wollen wir, dass Medien- und Netzpolitik im Landtag in einem eigenen Ausschuss behandelt wird, die Landesregierung die verschiedenen Akteure themenbezogen an einen Tisch bringt und sich am Dialog im Netz beteiligt. Dabei sollte eine verstärkte Kooperation mit Berliner Stellen geprüft werden um Gemeinsamkeiten erkennen und nutzen zu können.

Meine Daten gehören mir – Bürgerrechte im Netz schützen

Datenschutz ist ein Bürgerrecht. Und wir Grüne sind die Partei für den Schutz der Bürgerrechte. Das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren ist deshalb ein Kernanliegen grüner Netzpolitik.

Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass die Nutzerinnen und Nutzer die Kontrolle über die eigenen Daten behalten. Sie müssen nachvollziehen können, welche Daten gesammelt werden,

wie diese verarbeitet und an wen die Daten weitergereicht werden. Auf Wunsch müssen sie auch dafür sorgen können, dass persönliche Daten wieder gelöscht werden. Die Rechtsgrundlagen müssen den Grundsätzen der Zweckbindung, Erforderlichkeit und Datensparsamkeit sowie der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Grundsätze stärkere Beachtung in der Entwicklung und Einführung neuer IT-Verfahren finden, vor allem in der öffentlichen Verwaltung.

Datenschutz braucht Aufklärung und Kontrolle. Öffentliche und private Datenverarbeiter müssen ihre Pflichten kennen. Sie müssen wissen, dass man ihnen auf die Finger schaut – und gegebenenfalls auch klopft. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen mehr Informationen über ihre Möglichkeiten zur „digitalen Selbstverteidigung“, zum Beispiel durch Verschlüsselung ihrer Daten. Deshalb wollen wir die Stelle der Landesbeauftragten für den Datenschutz weiter stärken. Sie berät und kontrolliert die öffentlichen Stellen und seit 2010 auch die privaten Unternehmen in Brandenburg. Hierfür braucht sie eine angemessene Ausstattung, die den neuen Herausforderungen des Datenschutzes im Internet gerecht wird.

Ebenso wollen wir das Datenschutzgesetz des Landes an die rasanten technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre anpassen.

Verbraucherrechte im Netz stärken

Der Online-Handel und Online-Banking verzeichnen rasante Zuwächse. Deshalb werden Verbraucherschutz und -aufklärung für die digitale Welt immer wichtiger. Mit der Entwicklung des Internets wächst auch die Zahl der schwarzen Schafe. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen im Internet vor Betrug geschützt werden. Es muss noch klarer erkennbar sein, wo die kostenlose Internetwelt aufhört und wo kostenpflichtige Angebote beginnen. Wir sagen: Wer surft, hat Rechte. Doch viele Menschen kennen ihre Rechte im Netz nicht. Deshalb wollen wir die Verbraucherzentralen und andere Initiativen stärken, die für mehr Aufklärung und Information der Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen. Wir wenden uns zudem vehement gegen Abzocke und ungerechtfertigte (Massen-)Abmahnungen, zum Beispiel wegen der angeblichen Verbreitung geschützter Musiktitel oder Filme.

Medienbildung ausbauen: Wissen für das digitale Zeitalter schulen

Medienkompetenz ist für uns eine generationsübergreifende Herausforderung und Voraussetzung für eine eigenverantwortliche Nutzung der neuen Technologien. Ob sparsamer Umgang mit den eigenen Daten oder die Risiken sozialer Netzwerke – das digitale Zeitalter erfordert neue Fähigkeiten im Umgang mit Medien. Gerade weil der Staat in diesem Bereich nicht alles regulieren kann und soll, gehört Medienbildung als Querschnittsthema in allen Bildungseinrichtungen und für alle Altersgruppen auf die Tagesordnung. Das soll in der Kita beginnen und endet noch lange nicht in der Lehramtsausbildung. Wir wollen zudem mehr Angebote zum Erwerb von Medienkompetenz für Erwachsene schaffen.

Freier Zugang zu öffentlichen Daten: Open Data & Open Access fördern

Demokratie braucht Teilhabe und Information durch öffentlich zugängliche Daten. Ob aktuelle Abgaswerte, Wetter- oder Geodaten. Wir wollen die Institutionen des Landes verpflichten, ihre Datenbestände der Allgemeinheit in offenen und maschinenlesbaren Formaten online zur Verfügung zu stellen – sofern nichts dagegen spricht wie der Schutz personenbezogener Daten oder unvermeidbar hohe Kosten. Hierzu wollen wir ein zentrales „Open-Data-Portal“ des Landes Brandenburg schaffen. Was andere Länder können, sollte auch in Brandenburg möglich sein.

Open-Data birgt große wirtschaftliche Potenziale. Laut EU liegt hier ein Potenzial der Wertschöpfung von bis zu 40 Milliarden Euro jährlich in der Union. Deshalb wollen wir, dass öffentliche Daten kostenfrei weiterverarbeitet werden dürfen.

In der Wissenschaft wollen wir das „Open-Access-Modell“ fördern, ohne die Freiheit der Wissenschaft zu beschränken. Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck- oder Fraunhofer-Institute sowie Hochschulen wollen wir verpflichten, ihre Forschungsergebnisse kostenfrei zu veröffentlichen. Dies soll auch für Gutachten und Studien gelten, die im Auftrag von Ministerien, Landesbehörden oder Landtagsfraktionen angefertigt wurden. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Daten müssen auch öffentlich verfügbar sein. Die Daten sollten möglichst immer online zugänglich sein, um eine schnelle Nutzung und Verfügbarkeit zeit- und ortsunabhängig zu gewährleisten.

Mehr Demokratie wagen – auch im Netz

Das Internet bietet neue Chancen, unsere Demokratie zu stärken. Gerade in einem Flächenland mit weiten Wegen ergibt das Sinn. Wir wollen die Online-Petition für Brandenburg einführen. Die von uns vorgeschlagene Enquete-Kommission Ländliche Räume soll hierzu entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Weiterhin soll sie über Möglichkeiten für mehr Demokratie via Internet nachdenken, zum Beispiel elektronische Konsultationsverfahren zu öffentlichen Planungen oder Unterschriftensammlungen bei Volksbegehren und Volksinitiativen. Die Einführung von Wahlcomputern sowie elektronische Volksentscheide lehnen wir ab.

Digitale Teilhabe sichern – schneller Netzzugang für Alle

Damit "Breitband für Alle" tatsächlich auch für alle Menschen Realität wird, kämpfen wir auf Bundesebene für die entsprechenden gesetzlichen Änderungen für eine Universaldienstverpflichtung. Die dabei bereitgestellte Bandbreite wollen wir regelmäßig dem Bedarf anpassen.

Wir unterstützen den Aufbau eines Netzes von freien öffentlichen WLAN-Hotspots und setzen uns über den Bundesrat für die Haftungsprivilegierung von Betreiberinnen und Betreibern öffentlicher WLAN-Hotspots ein. Die unsägliche „Störerhaftung“ gehört abgeschafft.

Wir wollen auf Landesebene drei Modellprojekte in größeren Städten und drei in den ländlichen Räumen fördern, die den Aufbau von kostenlosen und öffentlichen WLAN-Netzen für ihre Bürgerinnen und Bürger beinhalten. Hierbei wollen wir von den Erfahrungen des Pilotprojekts der Medienanstalt Berlin-Brandenburg lernen.

Netzneutralität wahren

Das Internet braucht keine Türsteher. Das heißt: Alle Daten müssen ohne Diskriminierung und Filterung übertragen werden, unabhängig davon, woher die Datenpakete stammen und welchen Inhalt sie haben. Für uns Grüne ist dies eine entscheidende Frage der Demokratie und Chancengleichheit im Netz. Denn sowohl die privaten Nutzerinnen und Nutzer als auch kleine und mittlere Unternehmen werden kaum mithalten können, wenn sie sich eine bevorzugte Behandlung bei den Netzbetreibern erkaufen müssen. Wir Grüne wollen die Netzneutralität im Sinne des Ende-zu-Ende-Prinzips sichern und machen uns auf allen Ebenen dafür stark, dass die Bundesnetzagentur diesen Anspruch konsequent durchsetzt.

Chancen freier Lehrinhalte nutzen

Wissen im Netz frei zu teilen und weiter zu entwickeln, eröffnet neue Wege für die Bildung. Das kann viel Geld für Lizenzen und Ressourcen sparen. Davon profitieren sowohl Schulen als auch die Eltern.

Um in der Bevölkerung ein breites Verständnis für offene Standards zu wecken, wollen wir den Einsatz von freien Lehrinhalten (Open Educational Resources - OER) in allen Bildungseinrichtungen fördern. Diese Lehr- und Lernmaterialien können zu Hause, in der Schule, auf dem Tablet-Computer oder auch online genutzt und weiterentwickelt werden.

Freie Software Fördern

Freie, quelloffene Software (Open-Source-Software) wollen wir unterstützen. Brandenburg soll hier eine Vorreiterrolle einnehmen und den Anteil von Open-Source-Software im öffentlichen Sektor deutlich erhöhen.

Gerade im Hinblick auf die Enthüllungen zu Amerikanischen Geheimdiensten, die nachweislich Hintertüren in proprietäre Software eingebaut haben, sollte es ein dringendes Ziel sein, die Verwaltung unabhängig von diesen Anbietern zu machen. Anstatt multinationale Konzerne zu fördern ist freie Software meist auch ein direkter Beitrag zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft.

E-Government ausbauen

Das Netz kann uns helfen, das Handeln der Verwaltung transparenter zu machen. Wir Grüne wollen das Internet zu einer Schnittstelle zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Verwaltung ausbauen. Natürlich muss auch hier der Datenschutz konsequent eingehalten werden. Darüber hinaus soll digitale Teilhabe nicht zulasten einer serviceorientierten Verwaltung gehen: Die Bürgerinnen und Bürger sollen alle Behördendienstleistungen auch ohne Netzzugang erreichen können. Für einen Verantwortlichen Umgang mit sensiblen Bürgerdaten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Behörden bei der Kommunikation mit Bürgern immer eine sichere Verschlüsselung und Signierung anbieten sollten.

Löschen statt Sperren

Wir Grüne stehen für Freiheit im Netz. Deshalb lehnen wir jegliche Form von Netzsperrern ab. Wir stellen die Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht. In den Schubladen der CDU liegen noch immer Pläne zu Internetsperren. Diese Sperren lassen sich technisch leicht umgehen. Wir fordern stattdessen "Löschen statt Sperren". Wir wollen kinderpornografische Darstellungen im Netz und die damit verbundene Sexuelle Ausbeutung von Kindern verstärkt bekämpfen. Dafür wollen wir die zuständige Fachdirektion der Polizei personell verstärken und eine schlagkräftige Sonderstaatsanwaltschaft bilden.

Medienstandort Berlin-Brandenburg weiter stärken – digitale Chancen ergreifen

Die digitale Zeitwende eröffnen neue Chancen für kleinere und mittlere Unternehmen und für neue Arbeitsplätze. Brandenburg sollte diese Chancen stärker nutzen als in der Vergangenheit. Durch eine offensive Internetpolitik des Landes z.B. bei Open Data wollen wir die Innovationschancen der Unternehmen erweitern und dem Mittelstand, einschließlich Startups und Existenzgründern, einen besseren Zugang zu Risikokapital und Forschungsmitteln in diesem Bereich ermöglichen.

Rundfunkstaatsverträge weiterentwickeln und modernisieren

Wir Grüne bekennen uns klar zum dualen Rundfunksystem. Die Vielfalt der Brandenburger Medienlandschaft ist geprägt durch einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ein funktionierendes Verlagswesen, private Rundfunkanbieter, Bürgermedien und vielfältige Angebote der neuen Medien. Diese Vielfalt wollen wir erhalten.

Der RBB-Staatsvertrag und der Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg sollen im Einvernehmen mit dem Partnerland Berlin weiterentwickelt und modernisiert werden. Die Zusammensetzung des Rundfunkrates und dessen Aufgaben müssen kritisch überprüft werden. Der Rundfunkrat spiegelt derzeit die Gesellschaft in Brandenburg nicht ausreichend wider. Menschen mit Behinderung, religiöse und andere gesellschaftliche Gruppen sind nicht ausreichend vertreten.

Die Rechte der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir institutionell weiter stärken. Dafür streben wir einen gemeinsamen Personalrat für alle Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten des RBB an, mit gleichen Rechten für alle.

Um mehr Transparenz zu schaffen, wollen wir den RBB verpflichten, seine Wirtschaftspläne und die Protokolle der Gremien zu veröffentlichen.

Wer grün wählt, stimmt ab für...

- ... Freiheit und Bürgerrechte im Netz – ohne Schnüffelei durch den Staat
- ... schnelles Internet und digitale Teilhabe für alle Menschen
- ... mehr Transparenz und Informationsfreiheit
- ... die Wahrung der Netzneutralität und mehr Demokratie im Netz
- ... eine vielfältige und freie Medienlandschaft in Brandenburg
- ...eine stärkere Nutzung der wirtschaftlichen Chancen des Internets

16. Kulturland Brandenburg: kreativ, offen und bunt

Kultur ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Kultur ist Nahrung – für unsere Gesellschaft und für jeden einzelnen Menschen. In Kunst und Kultur werden die Fragen unserer Zeit verhandelt – jenseits der Logik kommerzieller Verwertung. Eine offene und demokratische Gesellschaft gibt es nur mit kultureller Vielfalt, künstlerischer Freiheit und dem Zugang zu kultureller Bildung für alle Menschen.

Die frühe Begegnung mit Kunst und Kultur schafft Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Kulturelle Bildung gibt den Menschen den Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in die Hand. Sie ist somit auch eine wichtige sozialpolitische Frage. Deshalb liegt hier ein Schwerpunkt grüner Kulturpolitik. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen, unabhängig von ihren persönlichen Lebensumständen.

Brandenburg bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und engagierten Kulturschaffenden in Stadt und Land. Sie leisten einen herausragenden Beitrag für die kulturelle Identität des Landes und begründen den Ruf Brandenburgs als Kulturland. Wir Grüne wissen um dieses Potenzial und werden die Kulturschaffenden auch in Zukunft tatkräftig unterstützen. Ebenso unterstützen wir die „Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg“. Die hier formulierten Ziele sind aber nur zu erreichen, wenn wir Brandenburgs Kommunen solide finanzieren. Denn es sind die Landkreise, Städte und Gemeinden, die den größten Teil der kulturellen Infrastruktur des Landes tragen (siehe Kapitel Kommunen).

Kunst darf und soll Grenzen überschreiten – in jeder Hinsicht. Wir Grüne werden die Freiheit der Kunst verteidigen, wann immer es nötig ist. Kulturelle Grenzen sind zu überschreiten, wenn Brandenburg ein tolerantes und weltoffenes Land bleiben soll. Deshalb wollen wir interkulturelle Angebote ausweiten. Denn Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen verschiedener kultureller Hintergründe sichern.

Lust auf Kultur wecken – Kulturelle Bildung für alle

Eine wichtige Aufgabe der zukünftigen Kulturpolitik ist die Förderung der kulturellen Bildung. Kulturelle Bildung ist wichtig, um die Persönlichkeit zu entfalten, um sich der eigenen Kreativität bewusst zu werden. Und kulturelle Bildung gibt uns Orientierung, um uns in unserer Gesellschaft und in unserem Land, in Europa, in der Welt zu verorten. Kulturelle Bildung fördert die Grundlagen für ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben. Sie muss bereits in der Kita

und in der Grundschule beginnen, in den Schulen und Hochschulen fortgesetzt werden, und einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir wollen deshalb, dass Kulturschaffende, Kulturträger und Bildungseinrichtungen besser zusammenarbeiten – auf Basis schlüssiger Konzepte und mit verlässlicher Finanzierung. Kulturelle Bildung soll als fester Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und an außerschulischen Lernorten stattfinden.

Die direkte Begegnung mit lebendigem Theater zu ermöglichen, sehen wir als Teil der Kulturpflege dieses Landes. Wir begrüßen deshalb das von der Landesregierung geförderte Projekt einer „Wanderoper“, die vielfältiges Musiktheater an Schulen in der „Fläche“ erlebbar macht und zugleich als Berufsförderungsmaßnahme Auftrittschancen und Hilfe bei (Wieder-) Eintritt ins Berufsleben schafft. Mit der öffentlichen Förderung von Bühnen und Orchestern soll künftig auch die Zielsetzung verbunden sein, geeignete Produktionen zu erarbeiten, mit denen die zahlreichen Aufführungsorte im Land in einer gewissen Regelmäßigkeit „bespielt“ werden können.

Raum und Vielfalt für Kunst & Kultur sichern

Sowohl traditionellen als auch modernen künstlerischen Ausdrucksformen steht der ihnen gebührende Platz zu. Die sogenannte Hochkultur und die Breitenkultur sollen gleichberechtigt das Kulturleben Brandenburgs prägen. Wir wollen jeweils bildende und darstellende Kunst, Soziokultur, Musik, Literatur und Film, der Sparte angemessenen fördern – von Ausstellungshonoraren und Katalogförderung, über Stipendien bis zu Literatur, Film- und Musikfestivals. Wir fordern bei der Fortschreibung der Verträge zum Theater- und Orchesterverbund eine angemessene Beteiligung des Landes an den Tarifsteigerungen für das Personal. Die Arbeit in diesem Verbund kann weiter verbessert werden, zum Beispiel beim Austausch von Werken und Aufführungen. Hierzu sollte es eine fachgerechte Überprüfung geben.

Eine kreative und innovative Kulturszene erneuert sich ständig. Wir Grüne wollen fördern, was sich bewährt hat. Zugleich wollen wir Räume für neue Ideen und Projekte schaffen. Hierzu werden wir einen Kulturfonds für innovative Projekte und Initiativen einrichten.

Neben kreativen Freiräumen und finanziellen Spielräumen, braucht ein Kulturland ganz handfeste Räume: Bühnen, Museen, Konzerthäuser, bezahlbare Ateliers und Ausstellungsräume für bildende Künstler, technisch gut ausgestattete Archive und Bibliotheken, Orte der Soziokultur und vieles mehr.

Kulturschaffende leben oft in prekären materiellen Verhältnissen. Raum für Kultur und eine faire Bezahlung der Kulturschaffenden kosten Geld – das vor allem in den berlinfernen Regionen fehlt. Kunst und Kultur fallen als „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen oft zuerst Sparzwängen zum Opfer. Deshalb wollen wir in der nächsten Wahlperiode prüfen, ob sich mit einem Kulturraumgesetz nach sächsischem Vorbild die materielle Basis für die Kulturarbeit auch in Brandenburg verbessern lässt.

Kulturland ist überall

Ziel unserer Kulturpolitik soll es sein, das kulturelle Leben des gesamten Landes in Theatersälen, Kirchen, Museen, Galerien und Künstlerwerkstätten, Bibliotheken und Musikschulen zu vernetzen, zu beleben und zu bereichern im Sinne infrastruktureller Bildungsversorgung vor Ort, als belebender und stabilisierender Faktor gegenüber Tendenzen der „Landflucht“ und als Teil der Strategien, die zunehmende Zahl der Berlin-Abwanderer für die Ansiedlung im brandenburgischen ländlichen Raum zu gewinnen, letztlich auch als wichtiger Faktor der touristischen Kernversorgung mit regionalen Highlights.

Wir sehen dabei das Land als richtungweisend in vielfältiger Funktion – nicht nur als Geldgeber, sondern auch als Träger der verschiedensten Institutionen, daneben, kaum weniger wichtig, die Kommunen, als Träger und Geldgeber, die zugleich schwer bedrängt sind in ihrem Engagement durch die sogenannte „Freiwilligkeit“ kultureller Leistungen bei sinkenden Haushaltseinnahmen.

Unabhängig von religiösen Überzeugungen sehen wir auch die Kirchen als Kooperationspartner in dem Bereich, die, getragen vom ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitglieder, aktive Träger kulturellen Lebens in den Dörfern und Landstädten im Bereich des Musiklebens, aber auch des Theaters und sogar der Filmkunst sind. Wir setzen uns ein für die Künstler und Kunsthandwerker mit ihren Ateliers auf dem Lande und die privaten Galerien als Quellorte und Katalysatoren kultureller Entwicklung im ländlichen Raum, die wir über Ausstellungsunterstützungen und öffentliche Ankäufe fördern wollen.

Die Schulen sehen wir als wichtige Weichensteller für die Kulturrezeption in der Fläche: Nicht nur entscheidet oft ihre Qualität und ihr Angebot, ob Ort und Region für Zuzug attraktiv bleiben, Schulen sind es vor allem – neben dem Elternhaus –, die entscheidend in ihrer Bildungsvermittlung prägen: wie weit Kultur in ihren vielfältigsten Ausdrucksformen zum Erlebnis, Bedürfnis und zur Bereicherung für das Leben junger Menschen wird!

Wir sprechen uns ausdrücklich für die Ermutigung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements aus, das in so vielen Bereichen des kulturellen Lebens in den verschiedensten Ausprägungen, in Stiftungen, in gemeinnützigen Vereinen und in individuellen Beiträgen die Kulturarbeit im Lande trug und trägt und sich als unentbehrlich für das Kulturleben im Lande vor und neben den staatlichen, kommunalen und kirchlichen Institutionen erwiesen hat.

Wir verdoppeln den Takt: Mehr Landesförderung für die Musik- und Kunstschulen

In der musisch-ästhetischen Ausbildung der Brandenburger Kinder und Jugendlichen spielen die Musik- und Kunstschulen die entscheidende Rolle. Sie sind ein Eckpfeiler der kulturellen Bildung in unserem Land. Das Festival der Musikschulen begeistert jedes Jahr zehntausende Brandenburgerinnen und Brandenburger. Trotz gestiegener Schülerzahlen, Unterrichtsstunden und Personalkosten sank der Anteil des Landes an der Finanzierung der Schulen in den letzten zehn Jahren von 15 auf 9 Prozent. Rot-Rot hat daran nichts geändert, obwohl Anfang 2014 anlässlich der Verabschiedung des Musik- und Kunstschulgesetzes dazu die Chance bestanden hätte.

Wir wollen die Kommunen und Eltern entlasten. Den Musik- und Kunstschulen wollen wir mehr Qualität, eine bessere Ausstattung und eine bessere Entlohnung des Personals ermöglichen. Hierzu werden wir mit Beginn der neuen Wahlperiode die Förderung seitens des Landes verdoppeln. Damit die Musik- und Kunstschulen ihre erfolgreichen Kooperationen mit Kitas und Schulen ausweiten können, wollen wir zudem das Landesprogramm "Musische Bildung für alle" in größerem Umfang fortführen und durch einen Programmteil für die Kunst erweitern. Das schließt zusätzliche Stipendien für Instrumental- und Gesangsschüler an den Musikschulen und Leihinstrumente an (Musik-)Schulen ein, um auch finanziell schwächeren, aber begabten und interessierten Schülerinnen und Schülern den Weg zur Musik zu eröffnen.

Kulturtourismus, Medien- und Kulturwirtschaft stärken

Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor für unser Land. Allein die Schlösser und Gärten sowie Brandenburgs Sommerkonzerte ziehen jährlich Millionen Gäste an. Die Wiege des deutschen Films hat sich in Babelsberg zu einem international anerkannten Medienstandort entwickelt. Hier werden millionenschwere Filmproduktionen umgesetzt. Immer mehr Menschen finden in der Kultur- und Medienwirtschaft Arbeit und die Potenziale sind längst nicht ausgeschöpft. Jeder in die Förderung von Kultur gesteckte Euro generiert ein Vielfaches an Ausgaben und Investitionen. Deshalb wollen wir die Entwicklung der Branche gezielt fördern und für bessere

Arbeitsbedingungen sorgen. Brandenburg braucht neue Jobs für den strukturellen Wandel – und mehr junge Kreative als Antwort auf den demographischen Wandel.

Brandenburgs Baudenkmäler erhalten

Unsere Baudenkmäler sind wichtige Zeugen der vielfältigen Landesgeschichte Brandenburgs. Sie stiften kulturelle Identität und Heimatverbundenheit. Deshalb wollen wir Brandenburgs Baudenkmäler erhalten, wo immer es möglich ist. Das ist oft sehr teuer, doch der Aufwand lohnt. Unsere alten Dorfkirchen, Industriebauten oder Feldsteinscheunen machen Brandenburgs Städte und Dörfer schöner und attraktiver für Tourismus. Baudenkmäler sind auch Arbeitsplatzsicherungen – gerade durch sie findet regionale Handwerkskunst Aufgaben und Entfaltung.

Bauverwaltungen müssen demgemäß Bauherren konstruktiv und Schwierigkeiten aus dem Weg räumend bei Sanierungen begleiten und kreativ heutige Anforderungen kompatibel mit dem Denkmal machen.

Ergänzend zu den bestehenden Förderprogrammen braucht Brandenburg jährlich mindestens eine Millionen Euro, um die wertvollste Denkmalsubstanz vor dem Verfall zu retten. Wir befürworten deshalb die Einrichtung einer Denkmalstiftung zur Förderung des baukulturellen Erbes in Brandenburg. Wir Grüne sind bereit, das dafür notwendige Stiftungskapital in den nächsten Jahren aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Brandenburg ist das einzige Land der Bundesrepublik, das keinen Denkmalschutzfonds hat. Es wird Zeit, dies zu ändern. Außerdem wollen wir bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt von Baudenkmalern besser würdigen und unterstützen.

Die Schätze der sorbisch-wendischen Kultur bereichern uns alle

Es spricht für den kulturellen Reichtum, für die Kraft unseres Kulturraumes und für unsere Liberalität, wenn eine nationale Minderheit umfassende Förderung ihrer Sprache in Kitas, Schulen, Jugendclubs, eigenen Zeitungen, Publikation eigener Literatur, eigenem Theater und Radiosendungen erfährt. Zweisprachiges Aufwachsen fördert nachweislich intellektuelle Leistungsfähigkeit und sprachliche Kompetenz, die Kenntnis der sorbischen/wendischen Sprache ermöglicht zudem den leichten Zugang zur Sprache unseres direkten östlichen Nachbarvolkes. Wer will heute noch bestreiten, dass die sorbische/wendische Kultur der beiden Lausitzen nicht nur die Gemeinden des engeren Siedlungsraumes, sondern auch die

Nachbargemeinden der Region in Brauchtum, Traditionen und vielfältigem kulturellem Erbe bereichert haben!

Gerade wegen der Schwierigkeiten nationaler Minderheiten, in der heutigen von den Medien der Mehrheitskultur dominierten Gesellschaft eigene kulturelle Identität zu behaupten, muss mit substantieller Förderung und ideeller Anerkennungskultur die sorbische/wendische Minderheit getragen und gestützt werden, wobei die Kontinuität der Landesförderung der zentrale Anker für die sorbische/wendische Bildungs- und Kulturarbeit ist. Wir fordern deshalb, die Zuschüsse des Landes an die Stiftung für das sorbische Volk aufzustocken.

Gleichermaßen wichtig ist die öffentliche Anerkennung, Interessenwahrnehmung und positive Aufmerksamkeit durch PolitikerInnen und Verwaltung in den Kommunen und Kreisen, um die sorbische/wendische Kultur im Bewusstsein der Region und auch aller Brandenburgerinnen und Brandenburger als präsent und bereichernd zu verankern (bis hin zu „Kleinigkeiten“ wie z. B. Zugansagen in der Sprache der regionalen Minderheit). Wir sehen daher den Widerstand in einzelnen Kommunen gegen die Wieder-Einbeziehung ihrer Gemeinden in den historisch belegten sorbisch-wendischen Kulturraum unter rein finanziellen Ablehnungsgründen (Kosten zweisprachiger Straßenschilder etc.) für nicht zielführend und für eine bedauerliche Abkehr von dem nun seit Jahrzehnten so bewährten respektvollen, kooperativem Miteinander, nicht zuletzt, wenn die Gemeinden sich zugleich bei ihrer touristischen Vermarktung durchaus auf das reiche sorbisch/wendische Kultur- und Traditionserbe stützen.

Wir begrüßen die Berufung eines Beauftragten für das sorbische/wendische Volk durch die Landesregierung und erwarten, dass er mindestens einmal jährlich in einem Bericht über die Entwicklung der sorbischen/wendischen Kultur informiert und Sorbisch/Wendisch entsprechend der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit gefördert wird.

Dass die durch Verfolgung in der Vergangenheit und durch den aktuellen Druck durch die multimediale Mehrheitskultur geschwächte sorbische/wendische Minderheit zusätzlich in ihrem Siedlungsraum durch Braunkohlenabbaggerung bedroht ist, erachten wir als besonders tragisch und kritikwürdig. Wir unterstützen daher alle, die um ihren angestammten Heimat-, Kultur- und Siedlungsraum kämpfen. "

Wer in Brandenburg Grün wählt...

... stimmt für die Verdoppelung der Landesförderung für unsere Musik- und Kunstschulen

... will allen Menschen den Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen

... setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden ein

... gibt eine Stimme für die Freiheit der Kunst

... macht sich stark für Brandenburgs alte Dorfkirchen und andere Baudenkmäler

... ermöglicht den Sorben und Wenden, ihre kulturelle Identität zu wahren

17. Wir bringen Brandenburg in Bewegung: Sport für Alle

Sport bringt Menschen in Bewegung. Und das nicht nur körperlich. Sport schafft soziale Kontakte, hält den Geist fit und beugt Krankheiten vor. Doch Sport fördert nicht nur die Gesundheit. Er trägt auch bei zu bürgerschaftlichem Engagement und zum Verständnis von Demokratie. Sport fördert die soziale wie kulturelle Integration. Programme wie „Integration durch Sport“ oder „Kick Brandenburg“ der Brandenburgischen Sportjugend erreichen zehntausende Kinder und Jugendliche. Sie sind wichtige Bestandteile präventiver Jugendsozialarbeit und der beste Beweis, dass jeder Cent hierfür gut angelegtes Geld ist.

Trendsportarten und neue Formen der Bewegungskultur suchen sich ihren Platz. Nur 13 Prozent der Brandenburger sind in Sportvereinen organisiert. So wenig Einwohner wie in keinem anderen Bundesland und deutlich unter dem Bundesschnitt von 34 Prozent. Wir Grüne wollen den Sport in seinen verschiedenen Formen fördern – vom Breitensport bis zum Spitzensport, im Verein und darüber hinaus. Hierbei wollen wir die Sportpolitik für neue Entwicklungen öffnen und Aspekte wie Naturverträglichkeit und demokratische Mitbestimmung stärker berücksichtigen.

Den Sport naturverträglich organisieren

Wir unterstützen insbesondere den natur- und landschaftsverträglichen Sport. Sportstätten und Sportveranstaltungen sollen umwelt- und klimaverträglich sein. Hierfür wollen wir mehr Bewusstsein schaffen. Die Verbände, Vereine und andere Träger des Sports werden wir bei der Erstellung von Konzepten zur Nachhaltigkeit unterstützen. Vor allem für größere Sportveranstaltungen sollten Themen wie Abfallvermeidung, Klimaschutz und umweltverträgliche Mobilität stärker in den Blick genommen werden.

Fairplay – auch in der Sportförderung!

Wir wollen demokratische Entscheidungsstrukturen für alle Bereiche des Sports. Das beginnt bei der Sportförderung und reicht über den Alltag im Sportverein bis hin zur Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung kommunaler Infrastruktur für den Freizeitsport.

Brandenburgs Sportvereine leben vom bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder. Nirgends wird mehr ehrenamtliche Arbeit geleistet. Wir Grüne bekennen uns daher klar zum Auftrag der Landesverfassung, den Sport zu fördern.

Die über den Landessportbund zugewiesenen Fördermittel sollen gleichermaßen auch den vielen kleineren Vereinen zukommen, die bisher kaum von den Landesförderprogrammen profitieren. Wir wollen in der Sportförderung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Breitensport und Spitzensport erreichen. Die besondere Struktur der Brandenburger Vereinslandschaft mit einer Vielzahl kleiner und mittlerer Vereine soll hierbei besonders berücksichtigt werden.

Die Sportpolitik der rot-roten Landesregierung ist zu stark auf den Spitzensport in den olympischen Sportarten ausgerichtet. Bei der Förderung des Breitensports hält sie den Ball eher flach. Wir Grüne legen unser Augenmerk dagegen mehr darauf, die bundesweit niedrigste Beteiligung am Vereinssport zu erhöhen. Vor allem gesundheitsorientierte Sportangebote wollen wir stärker fördern. Dies entspricht auch den Empfehlungen der Landessportkonferenz Brandenburg 2013.

Sportförderung und -sponsoring können deutlich transparenter werden. Mitglieder der Landesregierung, die auf Fördermittelvergaben Einfluss nehmen können, sollten nicht zugleich Vorstände von Sportvereinen oder -verbänden sein. Das gilt auch für Führungskräfte in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung, die zugleich als Sponsoren des Sports auftreten. Hier erwarten die zehntausenden Ehrenamtlichen in den Sportvereinen zu recht mehr Fairplay. Es darf nicht sein, dass wenige ins Ziel getragen werden, während andere einen Hürdenlauf absolvieren müssen.

Sport für Jung und Alt

Der demografische Wandel verlangt neue Antworten in der Sportpolitik. „Sport für alle“ soll auch in Zukunft möglich bleiben. Dies beginnt mit bewegungsorientierten Kitas und reicht über „gesunde“ und „bewegte“ Schulen bis zu spezifischen Bewegungsangeboten für ältere Menschen. In Brandenburg gibt es hier großen Nachholbedarf, vor allem bei Kindern bis sechs Jahren, Mädchen, Frauen sowie Älteren. Deshalb wollen wir in den Brandenburger Schulen pro Woche mindestens drei Sportstunden durch fachlich gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer gewährleisten.

Für einen sauberen Sport: Frühe Aufklärung ist der beste Schutz vor Doping

Auch wir Grüne in Brandenburg fiebern mit unseren Sportlerinnen und Sportlern und freuen uns über Spitzenleistungen. Die Infrastruktur hierfür wie die Olympiastützpunkte wollen wir erhalten. Zugleich halten wir es für notwendig, die Wettbewerbsmanipulation und Gesundheitsgefährdung durch Doping immer wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen. Wir wollen die Menschen in allen Bereichen des Sports bestärken, hiervor nicht die Augen zu verschließen.

Doping erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sports. Doping widerspricht den ethischen Grundsätzen des Sports. Doping gefährdet die Gesundheit. Doping stellt den Anspruch des Sports auf Förderung aus öffentlichen Mitteln infrage. Wir Grüne setzen uns für einen dopingfreien und fairen Spitzen- und Breitensport ein. Den Sportverbänden und -vereinen wollen wir ermöglichen, ihrer besonderen Verantwortung im Kampf gegen Doping nachzukommen, vor allem in der Nachwuchsarbeit.

Wir setzen vor allem auf Prävention und Aufklärung. Unser sportlicher Nachwuchs soll so früh wie möglich über die Gefahren des Dopings und über die ethischen Grundlagen des Sports aufgeklärt werden. Wir werben besonders bei den Eliteschulen des Sports darum, das Angebot des Vereins Doping-Opfer-Hilfe e.V. (DOH) anzunehmen und Opfer des DDR-Zwangsdopings als Zeitzeugen einzuladen.

Wir begrüßen nachdrücklich die Initiative des Bundesrates, Doping gesetzlich als Sportbetrug zu verankern. Die gemeinschaftliche Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur NADA findet unsere Unterstützung.

Lehren aus der Doping-Geschichte in Brandenburg ziehen

Die Ergebnisse der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute“ (Uni Münster/HU Berlin) haben 2013 für viel Aufsehen gesorgt. Auch ein Gutachten für die Enquetekommission Aufarbeitung im Brandenburger Landtag hat sich intensiv mit dem Thema Sport befasst. Beide Studien belegen: Viel zu lange wurde völlig verantwortungslos und verharmlosend Manipulation im Hochleistungssport betrieben.

Wir Grüne setzen uns für eine unabhängige und wissenschaftlich begründete Brandenburg-Studie zur Transformation des Sports seit 1989/90 ein. Damit wollen wir die Strukturen ausleuchten, die bis heute den Kampf gegen Doping erschweren.

Wir werben beim Landessportbund dafür, konkrete Initiativen für Dopingopfer zu entwickeln und den Verein Doping-Opfer-Hilfe e.V. (DOH) mit den zugesagten Mitteln zu unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Rente für DDR-Dopingopfer ein, denen im minderjährigen Alter durch Doping erhebliche gesundheitliche Schäden zugefügt wurden.

Wer in Brandenburg Grün wählt...

... sorgt für mehr Bewegung in Brandenburg

... will eine faire Sportförderung – für Breitensport und Spitzensport

... verbessert die Unterstützung für den Sport im Verein

... sorgt für mehr Nachhaltigkeit auch im Sport

... unterstützt einen sauberen Sport und den konsequenten Kampf gegen Doping

18. Wir in Europa und der Einen Welt

Wir Grüne bekennen uns klar zu Europa. Europa bedeutet für uns nicht nur Schuldenkrise, Agrarsubventionen oder Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel. Europa bedeutet mehr für uns, vor allem: Europäische Menschenrechte, Frieden und offene Grenzen.

Gerade das Jahr 2014 ist ein Europajahr: 100 Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkrieges, 75 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des 2. Weltkrieges, 70 Jahre nach der Landung der Alliierten in der Normandie, die das Ende des 2. Weltkrieges einläutete, 25 Jahre nach den Montagsdemonstrationen und der friedlichen Revolution im Osten Deutschlands und Europas – Ereignisse, die Europa begründet haben und ohne die Europa nicht möglich gewesen wären. Europa ist Zukunft und Hoffnung für viele Konfliktregionen in der Welt.

Unser Alltag ist ohne vereintes Europa heute schon undenkbar: Das Auslandsemester in Helsinki. Der Jugendaustausch in der Bretagne. Die Familie aus Stettin, die in die Uckermark zieht. Oder die Brandenburger Handwerker, die in Polen arbeiten. Europa garantiert z.B. auch gleiche Badewasserqualität überall – ob in unseren Seen oder an der italienischen Adria. Europa sorgt für Verbraucherschutz europaweit – z.B. gegen die Abzocke bei Handygebühren im Ausland, Kostenerstattungen von Reiseanbietern bei schlechten Urlaubserfahrungen oder beim Geld abheben am Bankautomaten. Europa ist hier und heute: Deshalb wollen wir Grüne ein starkes Brandenburg in einem starken Europa. Wir wollen Europa für die Menschen in Brandenburg erlebbar und erfahrbar machen und vor allem die Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn weiter ausbauen. Wir wollen ein Brandenburg, das sich aktiv in europäische Netzwerke einbringt und Europa mitgestaltet.

Die europäische Integration bringt viele Vorteile und wie jeder Wandel auch Herausforderungen oder Probleme mit sich. Wir Grüne sehen Europa, trotz aller Detailkritik vor allem als Chance.

Europa in Brandenburg mitgestalten

Die Entscheidungswege, Institutionen und Zuständigkeiten in Europa gehören auf den Prüfstand. Das Ziel grüner Politik ist nicht weniger Europa, sondern mehr Europa – mit starker demokratischer Legitimation. Deshalb haben Grüne Europaabgeordnete jahrelang für die „Europäische Bürgerinitiative“ gekämpft, durch die nun erstmals Elemente direkter Demokratie in Europa eingeführt wurden: Mit 1 Mio. Unterschriften können die Bürgerinnen und Bürger Europas jetzt die EU-Kommission auffordern, gesetzgeberisch tätig zu werden oder neue

Regelungen zu verhindern. So hat der Erfolg der Europäischen Bürgerinitiative gegen die Wasserprivatisierungsideen der EU-Kommission diese zum Einlenken bewegt. Trinkwasser bleibt Allgemeingut!

Wir Grüne in Brandenburg wollen Europa aktiv mit gestalten. Der Vertrag von Lissabon stärkt die Rechte der Bevölkerung und der Parlamente. Wir möchten diese Beteiligungsrechte des Landtags in Brandenburg besser nutzen als bisher und aktiv an der europäischen Gesetzgebung mitwirken: Über den Bundesrat, den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie über die Landesvertretung in Brüssel. Dies wollen wir in einem Beteiligungs- und Zusammenarbeitsgesetz für das Land Brandenburg festschreiben. Auch in den Prozess zur Ausarbeitung einer neuen europäischen Verfassung soll sich Brandenburg aktiv einbringen.

Wir wollen, dass Brandenburg seinen Einfluss nutzt, um das transatlantische Handelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA auszusetzen und fair neu zu starten. Deutschland darf keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards und Gesetze aushöhlt und bei dem demokratische Entscheidungen durch Klagen internationaler Investoren untergraben werden. Wir wollen in Brandenburg weder Genmais, Chlorhühnchen noch Hormonfleisch. Unsere Verbraucherschutzrechte wie auch unsere Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Datenschutzstandards dürfen nicht durch Freihandelsabkommen angetastet werden.

Zusammenarbeit mit Polen weiter ausbauen

Für Brandenburg ist die Zusammenarbeit mit Polen, insbesondere den polnischen Regionen im Grenzgebiet, besonders wichtig. Hier wird Nachbarschaft täglich gelebt. Trotzdem sind Oder und Neiße zu oft eher Barrieren denn verbindendes Element. Wir nehmen den Auftrag der Brandenburger Verfassung zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit ernst und wollen den Dialog auf allen Ebenen stärken. Regelmäßige Treffen auf Minister- wie Arbeitsebene sollen unsere besondere Freundschaft mit Polen unterstreichen.

Insbesondere bei Umweltfragen wie dem Ausbau des deutsch-polnischen Internationalparks Unteres Odertal sowie dem Gewässer- und Hochwasserschutz wollen wir die Zusammenarbeit ausbauen. Ebenso wollen wir in Polen für eine gemeinsame Energiepolitik auf Basis der erneuerbaren Energien werben.

Die Grenzregion entlang von Oder und Neiße soll besser zusammenwachsen. Dafür müssen die Sprachbarrieren vor allem auf deutscher Seite abgebaut werden. Wir setzen uns für ein Mehrsprachigkeitskonzept des Landes ein, das Polnisch als Nachbarsprache besonders berücksichtigt (siehe Bildungskapitel). Die Grenzregionen sollen sich, auch mit attraktiven öffentlichen Diensten und Angeboten für Kultur und Gesundheit, zu einem funktionsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum entwickeln. Hierzu sind neue gemeinsame Lösungen über die Grenze hinweg gefragt, um die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu bewältigen und unnötige Doppelstrukturen zu vermeiden. Das entlastet die öffentlichen Haushalte.

Die personelle und technische Ausstattung der Polizei in Brandenburg muss sich auch in den Grenzgebieten an ihren Aufgaben orientieren (siehe Kapitel Innenpolitik). Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen deutscher und polnischer Polizei weiter verbessern und das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko sowie die erfolgreiche Tandem-Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten fortführen.

Das Deutsch-Polnische Informationszentrum (VIZ) der Verbraucherzentrale Brandenburg wollen wir erhalten und eine länderübergreifende polnisch-sprachige Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund einführen.

Die Europäischen Strukturfonds für den ökologischen Wandel nutzen

Die Europäischen Strukturfonds tragen erfolgreich dazu bei, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensverhältnisse in den Regionen Europas zu verbessern. Brandenburg wird seit 1991 aus diesen Fonds gefördert. Allein in der Förderperiode von 2007 bis 2013 flossen über 3 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt nach Brandenburg. In der Förderperiode ab 2014 gehört Brandenburg nicht mehr zu den besonders benachteiligten Regionen. Trotzdem bekommt Brandenburg bis 2020 weitere Unterstützung und kann wichtige Projekte angehen.

Wir Grüne wollen die Mittel der EU für eine sozial und ökologisch tragfähige Entwicklung unserer ländlichen Regionen nutzen. Für kleine Unternehmen und Initiativen wollen wir den Zugang zu den Fördermitteln der EU erleichtern – vor allem durch weniger Bürokratie und bessere Beratung bei der Antragstellung.

Brandenburg setzt in der neuen Förderperiode verstärkt auf sogenannte revolving Fonds: Neben Zuschüssen zu Projekten werden auch Kredite ausgereicht, deren Rückflüsse wiederum für neue Projekte genutzt werden. Dies soll die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit

kleinerer und mittlerer Unternehmen steigern. Wir Grüne wollen aus diesen Fonds vor allem Unternehmen fördern, die innovative Projekte im Klima- und Ressourcenschutz auf den Weg bringen. Damit unterstützen wir die Energiewende in Brandenburg und den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz – für ein Leben nach der Kohle.

Europäische Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten besser nutzen

Bereits 21 Europaschulen in Brandenburg fördern mit einem besonderen Profil Fremdsprachen und internationale Zusammenarbeit. Wir Grüne wollen mehr davon, von der Grundschule bis zum Weiterbildungszentrum. Deshalb werden wir Schulen mit innovativen Projekten für die europäische Integration besser fördern.

Die europäischen Bildungsprogramme ermöglichen unseren Kindern und Jugendlichen, Erfahrungen in Europa zu sammeln und im Geist von Toleranz, Verständnis füreinander und Freundschaft aufzuwachsen. Wir ermuntern alle Bildungseinrichtungen in Brandenburg, an den europäischen Bildungsangeboten teilzunehmen und zweisprachige Abschlüsse, doppelte Berufsqualifikationen und Masterstudiengänge anzubieten.

Bildung und Ausbildung in Brandenburg können noch klarer europäisch und international ausgerichtet werden. Dies steigert die Attraktivität unseres Landes im Wettbewerb der Regionen. Gerade mit Blick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf bietet Europa uns hier große Chancen und Perspektiven. Diese Chancen können wir nur nutzen, wenn wir ausländische Berufs- und Studienabschlüsse zügig anerkennen.

Europa ist mitten in Brandenburg

Staatliche Aufgaben stehen heute in fast allen Bereichen in einem europäischen Kontext. Daher ist die Europakompetenz auf allen Ebenen der Brandenburgischen Verwaltung weiter zu stärken. Wir wollen Freiräume für Beschäftigte fördern, die zusätzliche europäische Qualifikationen erwerben. Hierzu gehört zum Beispiel die Freistellung öffentlich Bediensteter für den berufsbegleitenden Studiengang "Master of European Governance and Administration" (MEGA).

Das Land und die Kommunen sollen sich intensiver in europäische Kooperationen einbringen. Denn hier entstehen neue Ideen und gemeinsame Lösungen für ein nachhaltiges Europa von

morgen. So sollte beispielsweise die Präsenz brandenburgischer Katastrophenhelfer in europäischen Verbänden und dem „European Emergency Response Center“ verstärkt werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung der Kooperation im Ostseeraum. Auch wenn Brandenburg kein unmittelbarer Ostseeanrainer ist, bestehen lange Traditionen in der Zusammenarbeit der Region Berlin-Brandenburg mit Skandinavien. Wir begrüßen die geplante Ostseestrategie der Landesregierung und werden sie inhaltlich aktiv begleiten. Auch das Landesparlament sollte sich stärker in die Ostsee-Kooperation einbringen.

Die vielfältigen Städte- und Gemeindeparterschaften und interkulturellen Aktivitäten von Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern mit anderen europäischen Ländern begrüßen wir sehr und schlagen eine Intensivierung zu einer europäischen Nachbarschaftsstrategie des Landes vor.

Der Euro ist gut für Brandenburg

Der Euro ist Zahlungsmittel oder Währungsanker für 45 Staaten. Ein Auseinanderbrechen des Euroraums und die Rückkehr der nationalen Währungen würde einige dieser Staaten in den Ruin treiben. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen wären verheerend. Der weltweit größte Binnenmarkt wäre akut in Gefahr – zum Nachteil aller Beteiligten. Deutsches Vermögen in den Krisenländern würde vernichtet, Banken gerieten erneut ins Strudeln. Auch Brandenburgs Auslandsanlagen wären betroffen – 98% des brandenburgischen Pensionsfonds sind im Ausland angelegt. Der Außenhandel der brandenburgischen Wirtschaft, der immerhin 25% der Wirtschaftsleistung des Landes (BIP 2011) ausmacht, würde dramatische Verluste hinnehmen müssen.

Europa ist Vorbild und Hoffnung für viele Menschen weltweit

Nicht nur die wirtschaftlichen Risiken wären enorm. Ein Scheitern des Euro kann das Ende für das historische Bündnis Europa bedeuten. Die europäische Integration hat dem Kontinent und seinen Bürgerinnen und Bürgern Frieden und Wohlstand gebracht. Sie hat die Überwindung der Teilung Deutschlands und Freiheit für viele Staaten Osteuropas ermöglicht. Europa ist für viele krisengeschüttelte Regionen dieser Erde Vorbild und Hoffnung. Europas Stimme für Menschen- und Bürgerrechte, Freiheit, soziale Marktwirtschaft und Fortschritt darf in der globalisierten Welt nicht verstummen – zu viel steht auf dem Spiel!

Deshalb sind Ausschlüsse oder einseitige Austritte einzelner Mitgliedsstaaten aus unserer gemeinsamen Währung für Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg kein Weg aus der Krise. Anstatt sich in die Vergangenheit zu flüchten, sollten wir alle Kräfte bündeln, die Europäische Union gemeinsam und solidarisch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise führen und weiter entwickeln. Das Land Brandenburg kann und soll hierzu im Bundesrat und in europäischen Gremien aktiv beitragen.

Brandenburg – ein Teil der Einen Welt

Wir Grüne setzen uns ein für weltweite Solidarität und Zusammenarbeit. Der Klimawandel und eine nachhaltige Entwicklung sind nur global zu bewältigen. Auch im Hinblick auf die Menschen, die aus den Kriegs- und Krisengebieten zu uns flüchten. Wir werben für mehr Kontakt und ein besseres Verständnis für die Länder des Südens. Vor allem die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika wollen wir fördern.

Einige Kommunen gehen bereits neue Wege und entwickeln Fair Trade-Konzepte. Damit können sie – wenn auch in kleinen Schritten – ganz konkret die Lebensverhältnisse in Regionen verbessern, aus denen die Menschen vor Hunger, Not und Perspektivlosigkeit fliehen. Solche Projekte mit vorbildlichem Charakter wollen wir besser fördern und landesweit bekannt machen.

Die Landesregierung hat im Jahr 2012 überarbeitete entwicklungspolitische Leitlinien verabschiedet, die wir begrüßen. Wir werden dafür sorgen, dass Brandenburg seine internationale Verantwortung als Teil der Einen Welt aktiv wahrnimmt und diese Leitlinien mit Leben erfüllt. Wir unterstützen die Empfehlungen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für den „Runden Tisch der Entwicklungszusammenarbeit in Brandenburg“. Wir wollen die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg besser mit der Entwicklungspolitik verzahnen. Das Energiewendeland Brandenburg wollen wir zur Modellregion für Klimapartnerschaften mit Entwicklungsländern machen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Brandenburg die erste Länderpartnerschaft Ostdeutschlands mit einem afrikanischen Land bzw. einer afrikanischen Region eingeht. Hierbei wollen wir vor allem die Themen Klimaschutz, Fair Trade und die ländliche Entwicklung auf die Agenda setzen.

Wer in Brandenburg GRÜN wählt...

- ... will ein weltoffenes, tolerantes und europäisches Brandenburg
- ... unterstützt mehr Europakompetenz in der brandenburgischen Verwaltung
- ... fördert gute Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu unseren polnischen Nachbarn und im Ostseeraum
- ... stimmt für die bessere Nutzung der Europäischen Strukturfördermittel, Bildungs- und Ausbildungsprogramme
- ... will mit EU-Geldern mehr Umweltschutz und soziale Teilhabe fördern
- ... stimmt für den Ausbau von Partnerschaften mit europäischen Städten und Regionen
- ... will verstärktes Engagement Brandenburgs in europäischen Kooperationen
- ... setzt sich für eine Brandenburger Modellregion für Klimapartnerschaften mit Entwicklungsländern ein

Index

- Agrarpolitik.....2, 8, 25–34
- Ältere Menschen .3, 43, 89, 92, 100, 111, 112, 138, 139
- ArbeitnehmerInnenrechte72, 128
- Arbeitslosigkeit.....81, 89
- Arbeitsmarktpolitik.....45, 71, 76, 80, 82
- Armut.....3, 76, 89, 90, 100, 109
- Artenvielfalt6, 21, 28, 30, 32
- Ausbildung 3, 30, 36, 38, 42, 45, 74, 77, 79–80, 106, 109, 143
- Barrierefreiheit.....49, 52, 94
- Behinderung, Menschen mit....39, 79, 89, 93, 94, 128
- BER2, 4, 54, 56, 61, 65, 83, 84
- Beschäftigung.....76, 79, 81, 85, 103, 117
- Bildung.....35–46, 113–22
- Biodiversität, siehe Artenvielfalt28
- Bodenschutz28
- Braunkohle.....18, 22, 71, 143
- Breitbandausbau21, 22, 126
- Bürgerbeteiligung.....14, 58, 137
- BürgerInnenrechte 3, 101, 104, 106, 123, 128, 145
- Bürgerversicherung.....93
- CCS Carbon-Capture-Storage24
- Chancengleichheit26, 89, 126
- CO₂-Emission.....53
- Daseinsvorsorge.....57, 89, 123, 142
- Datenschutz.....65, 123, 124, 127
- Demografischer Wandel120
- Demokratie57, 58, 64–70, 125
- Denkmalschutz.....62
- Dienstleistungen13, 51, 120
- Diskriminierung94, 95, 96, 97, 100, 126
- Drogenpolitik111
- E-Government60, 127
- Ehrenamt.....60, 76, 81
- Elektromobilität47
- Energieeffizienz19
- Energieeinsparung.....20, 84
- Energiepolitik/-wende2, 14, 18–24
- Entwicklungspolitik146
- Ernährung29, 34, 110
- Erneuerbare Energien.....18
- Europa83, 85, 130, 140, 141, 143, 144, 145
- Fachkräfte (-mangel)74, 75
- Familien (-politik)78, 98, 109, 119, 140
- Feinstaub.....53
- Finanzpolitik.....83, 84
- Flughafen2, 4, 54, 56, 61, 65, 83, 84
- Forschung8, 9, 28, 30, 73, 85, 113–22
- Forstwirtschaft.....6, 8, 16
- Fracking.....24
- Frauenquote, siehe Quote97
- Freihandelsabkommen.....32, 141
- Frieden (-spolitik)140, 145
- Ganztagsschulen41
- Garantierente.....77, 93
- Gemeinwohl15, 57, 73, 75
- Gender Budgeting99
- Gentechnik.....2, 31, 32
- Gerechtigkeit18, 35
- Geschlechtergerechtigkeit....3, 77, 78, 97–100

Gesundheitspolitik	107	LKW-Maut.....	54
Gleichberechtigung/-stellung ..	94, 95, 97, 98, 100	Lobbyismus.....	67, 68, 70
Globalisierung.....	8, 121, 140, 145, 146	Löhne, faire.....	45, 71, 76, 77, 82, 85, 89
Grundsicherung.....	80, 92	Luftreinhaltung/saubere Luft.....	31, 36, 53
Haushaltspolitik.....	84, 85, 88	Massentierhaltung.....	2, 4, 9, 25, 27, 31, 34
Hochschulpolitik	113–22, 125	Medien (-politik)	123–29
Hochwasserschutz	2, 6, 11, 12, 17, 32, 142	Menschenrechte	94, 140
Homosexualität, Homophobie	95, 100	MigrantInnen.....	66, 94, 108
Industrie	2, 15, 19, 73	Mindestlohn.....	77, 85
Informationsfreiheit, siehe Open Data	65, 128	Mitbestimmung	3, 62, 64, 76, 79, 116, 122, 136
Infrastruktur	21, 48, 50, 55, 62, 137	Mobilität.....	22, 47–56, 92
Inklusion.....	39, 40, 42, 94, 95	Monopole (Großbetriebe)	19
Innere Sicherheit.....	99, 101–6	Nachhaltigkeit.....	17, 18–24, 29
Innovation	51, 73, 120, 127, 142	Nachtflugverbot	2, 4, 54, 65
Integration.....	96, 130, 136	Naturschutz.....	26
Jugend.....	79	Netzneutralität.....	123, 126, 129
Justiz.....	101, 102, 104, 105, 106	Netzpolitik.....	122–29
Kinderbetreuung.....	3, 36, 78	Öffentlicher Dienst.....	102
Kirchen, siehe Religion	3	Open Access	121
Klimapolitik/-schutz.....	22, 23, 30, 47, 56, 73, 143	Open Data	65, 121, 128
Kommunalpolitik.....	10, 13, 19, 22, 35, 48, 56, 57–63, 66, 72, 92, 98	Open Educational Resources (OER).....	126
Kommunalreform.....	59, 63	Open Source.....	127
Korruption (Anti-)	68, 70, 101, 102, 106	Opferschutz.....	69, 96, 97, 99, 139
Kulturpolitik.....	68, 121, 130–36	ÖPNV.....	48–50, 55, 61
Länderfinanzausgleich	61, 86, 88	Partizipation, siehe Bürgerbeteiligung	14, 58, 137
Ländlicher Raum	62, 125	Patienten	61, 107, 108
Landwirtschaft.....	2, 8, 25–34	Pflegepolitik/Pflegeversicherung	93, 108
Lärm (-schutz)	23, 47, 53	Polizei.....	102, 103, 127, 142
Lesben, siehe Homosexualität	94, 95	Qualifizierung.....	81, 118
		Quote	98

Radverkehr	47, 50	Tierschutz.....	9, 27, 34
Rassismus.....	64, 69, 96	Tourismus.....	6, 10, 17, 134
RBB.....	128	Transgender, Transidentität, Transsexualität	94
Rechtsextremismus	69	Transparenz .	58, 67, 74, 87, 102, 121, 125, 128
Rechtsstaat	67, 101	Umweltpolitik/-schutz	6–17, 81, 146
Religion	3	Verbraucherschutz/-rechte	33, 34, 74, 75, 124
Renaturierung.....	13	Vereinbarkeit von Familie und Beruf...	41, 78
Ressourcen (-schutz) ..	6, 25, 31, 71, 110, 119, 126	Verfassung (-schutz)	68, 141, 142
Rundfunk	128	Verkehrspolitik.....	47–56, 61
Sanierung.....	13, 20	Verkehrssicherheit.....	56
Schule	35–46	Volksentscheid siehe Bürgerbeteiligung.	1, 3, 54, 61, 65, 125
Schwule, siehe Homosexualität.....	94, 95	Vorratsdatenspeicherung	104
Solidarität.....	69, 145	Wachstum.....	71
Sorben.....	60, 68, 136	Wahlrecht	66
Sport.....	81, 136–39	Wald	16
Sprachförderung	37	Wasser.....	12, 13, 15, 55, 93
Spree	2, 4, 6, 14, 17, 23, 68	Weiterbildung.....	19, 31, 36, 42, 109, 120
Stadtentwicklung	62, 63	Windparks.....	21
Strafvollzug.....	102, 105, 106, 112	Wirtschaftspolitik.....	61, 72, 71–75
Strukturfonds.....	62, 142, 143	Wissenschaft.....	113–22, 125
Studium, siehe Hochschulpolitik.....	42, 119	Wolf.....	8, 33
Teilhabe	89–100	Zivilgesellschaft.....	33, 34, 35, 64, 69, 96